



Staats-Anzeiger

FÜR DAS LAND HESSEN

1966

Montag, den 25. April 1966

Nr. 17

	Seite		Seite
Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei — staatliche Anerkennung von Rettungstaten	553	Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen	
Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 26. 3. 66 bis 12. 4. 66	553	Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das Land Hessen	559
Der Hessische Minister des Innern		Aufstellung eines Raumbedarfs- und Funktionsprogramms bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten von Krankenhäusern, Personalwohnheimen, Schulen für Pflege- und medizinisch- technisches Personal und Gesundheitsämtern	563
Eröffnung der Dienstgebäude am 5. Mai 1966	554	Ungültigkeitserklärung von Sprengstofflaubnisscheinen	563
Auflösung öffentlicher Baudarlehen	554	Regierungspräsidenten	
Erkennung der Genehmigung der Professor Dr. Zerweck-Stiftung in Frankfurt am Main	555	DARMSTADT	
Erkennung der Genehmigung der August Egenolf- Stiftung in Hadamar	555	Benennung von Wohnplätzen	564
Änderung der Grenze zwischen den Gemeinden Weiperfelden und Cleeberg im Landkreis Wetzlar	555	Benennung von Wohnplätzen	564
Erlassung neuer Feuerlöschgeräte	555	Auflösung der Viehversicherungskasse Klein-Krotzenburg	564
Erlassung neuer Feuerlöschgeräte	555	KASSEL	
Erlassung neuer Feuerlöschgeräte	556	Verlust von Dienstaussweisen für die forstlich ausgebildeten Bediensteten im Lande Hessen	564
Der Hessische Minister der Finanzen		Personalmeldungen	
Vollzug des Bundeskindergeldgesetzes vom 14. 4. 1964 i. d. F. des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Bundeskindergeldgesetzes vom 5. 4. 1965 und Art. 7 des Haushaltssicherungsgesetzes vom 20. 12. 1965	558	B. im Bereich des Hessischen Ministerpräsidenten — Staatskanzlei	564
Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr		C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern	564
Änderung der Satzung der Handwerkskammer für den Regierungsbezirk Kassel	558	F. im Bereich des Hessischen Kultusministers	565
Eröffnung der im Zuge der Landesstraße 3143 neugebauten Strecken sowie Abstufung und Eindeutung von Teilstrecken der bisherigen Landesstraße 3143 in der Gemarkung Lüdermünd, Landkreis Fulda	558	H. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen	567
Erneuerung der hessischen Eichamsbezirke	559	J. im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Forsten	568
Aufbau und Betrieb einer Hochdruck-Gasleitung von Meerholz, Landkreis Gelnhausen, nach Dettingen, Landkreis Alzenau	559	K. beim Rechnungshof des Landes Hessen	569
Aufbau und Betrieb einer Anschlussgasleitung von Weiterode, Landkreis Rotenburg, nach Bebra	559	Buchbesprechungen	569
		Öffentlicher Anzeiger	570
		Genehmigung zur Einrichtung eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen von Ober-Erlenbach nach Bad Homburg v. d. H.	575

Die 4. Folge 1966 der monatlich erscheinenden Beilage

„Rechtsprechung der Hessischen Verwaltungsgerichte“

ist dieser Ausgabe des Staats-Anzeigers für die ständigen Bezieher kostenlos beigelegt.

370

Der Hessische Ministerpräsident

Staatliche Anerkennung von Rettungstaten

Für die Rettung eines Menschen vor dem Tode am 8. Mai 1965 spreche ich Herrn Erich Karl Becker, Fernmeldewart, Großen-Buseck, Dank und Anerkennung aus.
Wiesbaden, 11. 11. 1965

Der Hessische Ministerpräsident
II A 3 — 14 c
St.Anz. 17/1966 S. 553

371

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 26. 3. 1966 bis 12. 4. 1966

Erhältlich durch den Buchhandel oder unmittelbar beim Hessischen Statistischen Landesamt
6200 Wiesbaden, Rheinstraße 35/37

Statistische Berichte

C II 1 — 66/S 1
Die Feldfruchterträge in den Landbaugebieten Hessens 1959/64 und 1965 1,—

C III 1 — vj 1/66
Der Schweinebestand am 3. März 1966 in Hessen (vorläufiges Ergebnis) —,50

Preis
DM

C III 3 — j/65
Milcherzeugung und -verwendung in Hessen im Jahre 1965 1,—

C IV 3 — m 2/66
Ergebnisse aus betriebswirtschaftlichen Meldungen in Hessen im Februar 1966 —,50

F II 1 — m 1/66
Die erteilten Baugenehmigungen in Hessen im Januar 1966 —,50

F II 3 — j/65
Der Bauüberhang in Hessen am Jahresende 1965 —,50

G I 1 — m 2/66
Umsatz- u. Beschäftigtenentwicklung im Einzelhandel im Februar 1966 — Schnellmeldung (vorläufige Zahlen) —,50

G I 1 — m 2/66
Umsatz- u. Beschäftigtenentwicklung im Einzelhandel im Februar 1966 —,50

G III 1 — m 1/66
Die Ausfuhr Hessens im Januar 1966 1,—

	Preis DM
H II 1 — m 2/66 Die Binnenschifffahrt in Hessen im Februar 1966	1,—
L I 4 — j/65/1 Die Schulden von Land und Gemeinden (Gv.) in Hessen am 31. Dezember 1965	—,50
M I 1 — m 2/66 Erzeuger- und Großhandelspreise in Hessen im Februar 1966	1,—

Wiesbaden, 12. 4. 1966

Hessisches Statistisches Landesamt
Z 2 c 1 Az.: 77 a 241/66
StAnz. 17/1966 S. 553

372

Der Hessische Minister des Innern

An alle Behörden und Dienststellen des Landes, die Gemeinden und Gemeindeverbände, die sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts

Beflaggung der Dienstgebäude am 5. Mai 1966

Aus Anlaß des Europatags ordne ich nach § 1 des Gesetzes über das Beflaggen öffentlicher Gebäude vom 16. Mai 1950 (GVBl. S. 106) für Donnerstag, den 5. Mai 1966, das Beflaggen der Dienstgebäude und sonstigen öffentlichen Gebäude des Landes und der der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts an.

Ich bitte, neben der Bundes- und Landesflagge auch die Europaflagge zu zeigen.

Die Beflaggung beginnt um 7.00 Uhr und endet bei Einbruch der Dunkelheit.

Wiesbaden, 5. 4. 1966

Der Hessische Minister des Innern
I A 14 — 3 d 34
StAnz. 17/1966 S. 554

373

Ablösung öffentlicher Baudarlehen

Bezug: Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Ablösung öffentlicher Baudarlehen nach dem Zweiten Wohnungsbaugesetz vom 23. Dezember 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 2148) und Neufassung der Ablösungsverordnung vom 1. Februar 1966 (BGBl. I S. 107 — meine Erlasse vom 30. Januar 1958 (StAnz. S. 187) und vom 15. Februar 1960 (StAnz. S. 277)).

I.

Gemäß § 69 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes (II. WoBauG) in der Fassung vom 1. September 1965 (BGBl. I S. 1617) und der Verordnung über die Ablösung öffentlicher Baudarlehen nach dem Zweiten Wohnungsbaugesetz in der Fassung vom 1. Februar 1966 (BGBl. I S. 107) kann der Eigentümer eines Eigenheims, einer Eigensiedlung oder einer eigengenutzten Eigentumswohnung nach Ablauf von zwei Jahren und vor Ablauf von zwanzig Jahren seit Bezugsfertigkeit über die vereinbarungsgemäß zu entrichtenden Tilgungen hinaus das öffentliche Baudarlehen ganz oder in Teilen vorzeitig unter Gewährung eines Kapitalnachlasses ablösen.

Die Möglichkeit der Ablösung öffentlicher Baudarlehen bestand bereits nach den vor dem 1. September 1965 geltenden Vorschriften des Zweiten Wohnungsbaugesetzes, jedoch hat das Wohnungsbauänderungsgesetz 1965 vom 24. August 1965 (BGBl. I S. 945) eine Änderung der für die Ablösung der öffentlichen Baudarlehen geltenden Vorschriften der §§ 69 und 109 des II. WoBauG gebracht. Die Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Ablösung öffentlicher Baudarlehen nach dem Zweiten Wohnungsbaugesetz vom 23. Dezember 1965 (BGBl. I S. 2148) trägt der geänderten Rechtslage Rechnung.

II.

Im einzelnen ergeben sich gegenüber der bisherigen Rechtslage folgende Änderungen:

1. Der Ablösungsbetrag wird künftig an Hand von Tabelle ermittelt. Die Tabellenwerte sind auf den Restschuldbestand im Zeitpunkt der Ablösung abgestellt. Darin ist eine Abkehr von dem bisherigen Verfahren zu sehen, das die Berechnung des Ablösungsbetrages auf den Ursprungsbetrag des Darlehens bezog. Durch die Umstellung auf den Restschuldbestand wird eine genauere Ermittlung des Ablösungsbetrages erreicht.

2. § 69 Abs. 1 des II. WoBauG bezieht die Ablösung öffentlicher Baudarlehen auf alle Eigenheime, Eigensiedlungen und eigengenutzte Eigentumswohnungen, stellt also nicht mehr auf das einschränkende Erfordernis der Familienheimangehörigkeit ab. Dies bedeutet, daß jetzt auch eine Einzelperson also nicht mehr wie bisher nur eine Familie, die Ablösung vergünstigt in Anspruch nehmen kann. Einer Anerkennung als Familienheim oder eigengenutzte Eigentumswohnung bedarf es nicht mehr.

3. Der Anwendungsbereich der §§ 69 und 70 des II. WoBauG ist durch § 109 Abs. 4 des II. WoBauG auf öffentlich geförderte Eigenheime, Eigensiedlungen und eigengenutzte Eigentumswohnungen, die nach dem 20. Juni 1948 bezugsfertig geworden sind, erweitert worden.

4. Der bisherige § 69 Abs. 2 des II. WoBauG, der im Fall der Errichtung von Kaufeigenheimen und Trägerkleinsiedlungen schon dem Bewerber die Ablösung des öffentlichen Baudarlehen ermöglichte, ist ersatzlos entfallen. Im Hinblick auf die insoweit geänderte Rechtslage sind Anträge auf Ablösung öffentlicher Baudarlehen von Bewerbern nicht mehr entgegenzunehmen.

5. In § 69 Abs. 2 des II. WoBauG in der Fassung vom 1. September 1965 ist bestimmt worden, daß für Schwerbeschädigte und ihnen gleichgestellte Personen eine günstigere Regelung vorgesehen werden kann. Von dieser Möglichkeit ist bereit Gebrauch gemacht worden. Insoweit verweise ich auf die Neufassung der Verordnung über die Ablösung öffentlicher Baudarlehen nach dem Zweiten Wohnungsbaugesetz beigefügte Vervielfältigtabelle, die eine Sonderregelung für Schwerbeschädigte und ihnen gleichgestellte Personen ausweist.

6. In Anlehnung an die bisherige Staffelung nach der Kinderzahl ist eine weitere Staffelung für Ablösende mit 9 und mehr Kindern geschaffen worden, um diesen Familien einer größeren Kapitalnachlaß gewähren zu können.

7. Der § 2 der neu gefaßten Ablösungsverordnung regelt die Ablösungsberechtigung in besonderen Fällen. Absatz 1 dieser Vorschrift behandelt die Ablösung durch den Miteigentümer. Dem Miteigentümer wird die Möglichkeit eingeräumt nach seiner Wahl das öffentliche Baudarlehen zu einem seinem Eigentumsanteil entsprechenden Teil oder mit Zustimmung der übrigen Berechtigten ganz abzulösen. Nach Abs. 2 dieser Vorschrift sind auch Personen ablösungsberechtigt, denen für Kinder, die Eigentümer oder Miteigentümer sind, ein Kinderfreibetrag nach den jeweils geltenden Vorschriften des Einkommensteuergesetzes zusteht oder gewährt wird.

8. Nach § 7 der Ablösungsverordnung sind als Kinder im Sinne des § 4 der Ablösungsverordnung die Kinder zu berücksichtigen, für die dem Ablösenden im Zeitpunkt der Entrichtung des Ablösungsbetrages ein Kinderfreibetrag nach

den jeweils geltenden Vorschriften des Einkommensteuergesetzes zusteht oder gewährt wird. Es ist also nicht mehr erforderlich, daß die Kinder im Zeitpunkt der Entrichtung des Ablösungsbetrages zum Haushalt des Ablösenden gehören müssen.

9. Im Artikel IV Abs. 2 der Dritten Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Ablösung öffentlicher Baudarlehen nach dem Zweiten Wohnungsbaugesetz ist bestimmt worden, daß auf Ablösungen, die nach dem 31. August 1965 und vor dem 31. Dezember 1965 durchgeführt oder die vor dem 31. Dezember 1965 eingeleitet worden sind, abweichend von Abs. 1 die Ablösungsverordnung in ihrer bisherigen Fassung Anwendung findet, sofern der Ablösende hierdurch günstiger gestellt wird.

III.

Anträge auf Ablösung der öffentlichen Baudarlehen sind bei der Gemeinde einzureichen, in der das Eigenheim, die Eigensiedlung oder die eigengenutzte Eigentumswohnung liegt. Die Gemeinden haben die Anträge mit ihrer Stellungnahme an den Landesbewilligungsausschuß bei der Hessischen Landesbank — Girozentrale — Landestreuhandstelle — Frankfurt (Main) weiterzuleiten. Sind die Bewilligungsbescheide für die öffentlichen Baudarlehen von der Deutschen Bau- und Bodenbank AG, Frankfurt (Main), erteilt worden, so sind die Anträge an den Landesbewilligungsausschuß bei der Deutschen Bau- und Bodenbank AG, Frankfurt (Main), weiterzuleiten. Formblätter für Anträge auf vorzeitige Ablösung öffentlicher Baudarlehen sind bei den vorstehend genannten Instituten erhältlich.

Die Hessische Landesbank — Girozentrale — Frankfurt (Main) ist berechtigt, für die Bearbeitung des Antrags eine Gebühr von 25,— DM zu erheben. Das gleiche gilt für die Deutsche Bau- und Bodenbank AG, Frankfurt (Main).

Die Erlasse vom 30. Januar 1958 (StAnz. S. 187) und vom 15. Februar 1960 (StAnz. S. 277) werden hiermit aufgehoben
Wiesbaden, 13. 4. 1966

Der Hessische Minister des Innern
V B 31 — 62 c 44 — 31/66

StAnz. 17/1966 S. 554

374

Bekanntmachung über die Genehmigung der Professor-Dr.-Zerweck-Stiftung in Frankfurt am Main

Die Landesregierung hat am 5. 4. 1966 den nachstehenden Beschluß gefaßt, den ich hiermit bekanntgebe:

„Die von Herrn Rechtsanwalt Dr. Otto Ranft auf Grund des Stiftungsgeschäfts vom 7. Februar 1966 errichtete

„Professor-Dr.-Zerweck-Stiftung“

mit dem Sitz in Frankfurt am Main wird gemäß § 80 BGB in Verbindung mit Art. 4 Abs. 1 preuß. AVBGB genehmigt.“
Wiesbaden, 7. 4. 1966

Der Hessische Minister des Innern
II A 5 — 2501 — 3/66 — W 5

StAnz. 17/1966 S. 555

375

Bekanntmachung über die Genehmigung der August-Egenolf-Stiftung in Hadamar

Die Landesregierung hat am 5. 4. 1966 den nachstehenden Beschluß gefaßt, den ich hiermit bekanntgebe:

„Die von Herrn August Egenolf auf Grund des Stiftungsgeschäfts vom 2. Februar 1966 errichtete

„August-Egenolf-Stiftung“

mit dem Sitz in Hadamar, Landkreis Limburg, wird gemäß § 80 BGB in Verbindung mit Art. 4 Abs. 1 preuß. AVBGB genehmigt.“

Wiesbaden, 7. 4. 1966

Der Hessische Minister des Innern
II A 5 — 2501 — 1/66 — W 5

StAnz. 17/1966 S. 555

376

Änderung der Grenze zwischen den Gemeinden Weiperfelden und Cleeburg im Landkreis Wetzlar, Regierungsbezirk Wiesbaden

Die Hessische Landesregierung hat am 21. März 1966 beschlossen:

„Auf Grund der §§ 16 und 17 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) i. d. F. vom 1. 7. 1960 (GVBl. S. 103) werden mit

Wirkung vom 1. April 1966 nachstehende Flurstücke aus dem Gebiet der Gemeinde Cleeburg ausgemeindet und in das Gebiet der Gemeinde Weiperfelden eingemeindet:

Flur 7 Flurstücke	104	30,20 a
	105	4,00 a
	106	5,90 a
	107	3,40 a
insgesamt:		43,50 a

Die Auseinandersetzung ist, soweit erforderlich, von der Aufsichtsbehörde durchzuführen.“

Wiesbaden, 5. 4. 1966

Der Hessische Minister des Innern
IV A 22 — 3 k 08 — 44/66

StAnz. 17/1966 S. 555

377

Zulassung neuer Feuerlöschgeräte

Das Bayerische Staatsministerium des Innern hat mit Schreiben vom 2. März 1966 — Az.: I D 3 — 3085/7-1 — mitgeteilt, daß es auf Vorschlag der Zentralprüfstelle für Tragkraftspritzen, Feuerlöschpumpen und Feuerlöscharmaturen des Bayerischen Landesamtes für Feuerschutz in Regensburg folgende Tragkraftspritzen und Feuerlöschpumpen nach den Normvorschriften geprüft und als normgerecht anerkannt hat:

Firma **Klein, Schanzlin & Becker**, Werg Amag, Nürnberg

TS 2/5: geprüft mit 1-Zyl.-Zweitakt-Ilo-Motor, 148 ccm, 5,7 PS bei 4500 U/min, einstufiger Pumpe, 200/50 = 4150 U/min, Vertikal-Kolbenentlüftungspumpe, PVR 190/11/64.

TS 2/5: geprüft mit 1-Zyl.-Zweitakt-Otto-Motor, 145 ccm, 5,7 PS bei 4500 U/min, einstufiger Pumpe, 200/50 = 4300 U/min, Vertikal-Kolbenentlüftungspumpe, PVR 196/5/65.

Firma **Gebrüder Bachert**, Bad Friedrichshall/Württ.

TS 8/8: geprüft mit 4-Zyl.-VW-Motor, 1192 ccm, 31 PS bei 3000 U/min, zweistufiger Pumpe, 800/80 = 2850 U/min, Auspuffgasstrahler, PVR 195/4/65.

Firma **Carl Metz GmbH**, Karlsruhe

FP 16/8: geprüft mit 6-Zyl.-Daimler-Benz-Dieselmotor 5675 ccm, 150 PS bei 2800 U/min, zweistufiger Pumpe, 1600/80 = 2750 U/min, Wasserring-Entlüftungspumpe, PVR 197/6/65.

Firma **Albert Ziegler**, Giengen/Brenz

FP 8/8: geprüft mit 6-Zyl.-Daimler-Benz-Dieselmotor, 5674 ccm, 100 PS bei 2900 U/min, einstufiger Pumpe, 800/80 = 3600 U/min, Kolbenentlüftungspumpe, PVR 198/7/65

FP 8/8: geprüft mit 6-Zyl.-Opel-Motor, 2584 ccm, 70 PS bei 3800 U/min, zweistufiger Pumpe, 800/80 = 2800 U/min, Kolbenentlüftungspumpe, PVR 199/8/65.

Auf Grund der Verwaltungsvereinbarung der Länder der Bundesrepublik über die Prüfung, Zulassung bzw. Anerkennung von Feuerlöschgeräten vom 8. II. 1956 — StAnz. S. 1203 — gilt die Anerkennung auch für den Bereich des Landes Hessen.

Wiesbaden, 6. 4. 1966

Der Hessische Minister des Innern
VIII 83 — Az.: 65e/04-01

StAnz. 17/1966 S. 555

378

Zulassung neuer Feuerlöschgeräte

Das Bayerische Staatsministerium des Innern hat mit Schreiben vom 2. März 1966 — Az.: I D 3 — 3085/6-1 — mitgeteilt, daß es auf Vorschlag der Zentralprüfstelle für Tragkraftspritzen, Feuerlöschpumpen und Feuerlöscharmaturen des Bayerischen Landesamtes für Feuerschutz in Regensburg folgende Feuerlöscharmaturen nach den Normvorschriften geprüft und als normgerecht anerkannt hat:

Firma **Schmitz & Co.**, Armaturenfabrik, Frankfurt-Höchst

CM-Strahlrohr DIN 14 365 PVR — A 136/10/65
DM-Strahlrohr DIN 14 365 PVR — A 137/11/65

Firma **Max Widenmann**, Armaturenfabrik, Giengen/Brenz

A-Saugkorb DIN 14 362 PVR — A 138/12/65

DM-Strahlrohr DIN 14 365 PVR — A 140/14/65

Auf Grund der Verwaltungsvereinbarung der Länder der Bundesrepublik über die Prüfung, Zulassung bzw. Anerkennung von Feuerlöschgeräten vom 8. 11. 1956 — StAnz. S. 1203 — gilt die Anerkennung auch für den Bereich des Landes Hessen.

Wiesbaden, 6. 4. 1966

Der Hessische Minister des Innern

VIII 83 — Az.: 65e/04-01

StAnz. 17/1966 S. 555

379

Zulassung neuer Feuerlöschgeräte

Auf Grund des § 2 der Polizeiverordnung über Feuerlöschmittel und tragbare oder ohne eigenen Kraftantrieb fahrbare Feuerlöschgeräte vom 15. März 1957 (GVBl. S. 35) werden nachstehend aufgeführte Feuerlöschgeräte und Feuerlöschmittel neu zugelassen:

Lfd. Nr.	Hersteller:	Feuerlöschgeräte: Feuerlöschmittel:	Zulassungs- Kenn-Nr.:	zugelassen für Brandklasse:
Mit Wirkung vom 15. September 1965				
1	AKO GmbH, Opladen b/Köln Ophovener Straße 14—20	„AKO“-Feuerlöscher DIN Pulver 1, Hersteller-Typbe- zeichnung: P 1 G, Bauart-Kurzzeichen: PG 1 L	P 1 — 5/65	A, B, C, E*) bis 1000 V
2	dto.	„AKO“-Kraftfahr- zeug-Pulverlöscher, Hersteller-Typbe- zeichnung: P 2 G, Bauart-Kurzzeichen: PG 2 L	P 2 — 6/65	A, B, C, E*) bis 1000 V
3	Gloria-Werke H Schulte-Fran- kenfeld KG., Wadersloh/Westf.	„Gloria“-Feuer- löscher DIN Pulver 1, Hersteller-Typbe- zeichnung: P 1 G, Bauart-Kurzzeichen: PG 1 H	P 1 — 12/65	A, B, C, E*) bis 1000 V
4	Bavaria Feuer- lösch-Appa- ratebau Albert Loos, Nürnberg, Veillodter Str. 1	„Bavaria“-Feuer- löscher DIN Pulver 1, Hersteller-Typbe- zeichnung: PG 1 s, Bauart-Kurzzeichen: PG 1 L	P 1 — 20/65	A, B, C, E*) bis 1000 V
Mit Wirkung vom 22. September 1965				
5	Wenger-Export Murrhardt/Württ., Kaiser-Ludwig-Str.	„terco“-Vergaser- brandlöscher, Hersteller-Typbe- zeichnung: terco, Bauart-Kurzzeichen: Ha 0,2 L	P 2 — 14/65	B, E
Mit Wirkung vom 18. Oktober 1965				
6	Deutsche Feuer- löscher-Bauanstalt Wintrich & Co., Bensheim a. d. B.	„Wintrich“-Pulver- löscher DIN Pulver 6, Hersteller-Typbe- zeichnung: P 6 TE, Bauart-Kurzzeichen: P 6 H	P 1 — 8/65	B, C, E
7	dto.	„Wintrich“-Pulver- löscher DIN Pulver 6, Hersteller-Typbe- zeichnung: P 6 TSP, Bauart-Kurzzeichen: P G 6 H	P 1 — 9/65	A, B, C, E*) bis 1000 V
8	dto.	„Wintrich“-Pulver- löscher DIN Pulver 12, Hersteller-Typbe- zeichnung: P 12 TE, Bauart-Kurzzeichen: P 12 H	P 1 — 10/65	B, C, E
9	dto.	„Wintrich“-Pulver- löscher DIN Pulver 12, Hersteller-Typbe- zeichnung: P 12 TSP, Bauart-Kurzzeichen: PG 12 H	P 1 — 11/65	A, B, C, E*) bis 1000 V
10	dto.	„Wintrich“-Kraft- fahrzeug-Pulver- löscher, Hersteller-Typbe- zeichnung: P 2 PSP, Bauart-Kurzzeichen: PG 2 L	P 2 — 7/65	A, B, C, E*) bis 1000 V
Mit Wirkung vom 4. November 1965				
11	Heinz Keilholz Eppstein/Ts., Hauptstr. 61	„Taurus“-Kohlen- säurelöscher CO ₂ , Nebel bzw. Gas Hersteller-Typbe- zeichnung: KS 6, Bauart-Kurzzeichen: K 6	P 1 — 21/65	B, C, E
12	dto.	„Taurus“-Kohlen- säurelöscher CO ₂ , Hersteller-Typbe- zeichnung: KS 1,5, Bauart-Kurzzeichen: K 1,5	P 1 — 22/65	B, C, E
13	dto.	„Taurus“-Kraftfahr- zeug-Pulverlöscher, Hersteller-Typbe- zeichnung: P 2 GL, Bauart-Kurzzeichen: PG 2 L	P 2 — 12/65	A, B, C, E*) bis 1000 V
Mit Wirkung vom 16. November 1965				
14	Walter Kilde GmbH., Lüneburg, Goseburgstr. 15	„Kilde“-Kraftfahr- zeug-Pulverlöscher, Hersteller-Typbe- zeichnung: DCPS 2, Bauart-Kurzzeichen: PG 2 L	P 2 — 8/65	A, B, C, E*) bis 1000 V
15	Heinz Keilholz, Eppstein/Ts., Hauptstr. 61	„Taurus“-Pulver- löscher, DIN Pulver 12, Hersteller-Typbe- zeichnung: P 12, Bauart-Kurzzeichen: P 12 H	P 1 — 25/65	B, C, E
16	Bavaria Feuer- lösch-Apparate- bau Albert Loos, Nürnberg, Veillodter Str. 1 Vertrieb: Walther & Cie AG, Köln-Dellbrück, Waltherstr. 51	„Walther“-Kraftfahr- zeug-Pulverlöscher, Hersteller-Typbe- zeichnung: P 2 G, Bauart-Kurzzeichen: PG 2 L	P 2 — 11/65	A, B, C, E*) bis 1000 V
Mit Wirkung vom 1. Dezember 1965				
17	Bavaria Feuer- lösch-Apparate- bau Albert Loos, Nürnberg, Veillodter Str. 1	„Bavaria“-Feuer- löscher DIN Pulver 1, Hersteller-Typbe- zeichnung: PG 1 P, Bauart-Kurzzeichen: PG 1 L	P 1 — 23/65	A, B, C, E*) bis 1000 V
18	Josef Egetemeyer Nürnberg 9, Gebhard-Ott- Straße 6	„Löschfix“-Kraftfahr- zeug-Pulverlöscher, Hersteller-Typbe- zeichnung: PG 2 P, Bauart-Kurzzeichen: PG 2 L	P 2 — 13/65	A, B, C, E*) bis 1000 V
Mit Wirkung vom 1. Dezember 1965				
19	Total KG Foerstner & Co., Ladenburg/Neckar	„Total“-Sonder- löscher Hersteller-Typbe- zeichnung: E 10, Bauart-Kurzzeichen: P 10 H	P 2 — 18/65	B, C, E
20	dto.	„Total“-Pulverlösch- gerät, Hersteller-Typbe- zeichnung: E 40, Bauart-Kurzzeichen: P 40 H	P 3 — 6/65	B, C, E
21	Total KG., Foerstner & Co., Ladenburg/Neckar	Luftschäummittel Hersteller-Typbe- zeichnung: Komet- Extrakt 1000, Der Luftschäum „Komet-Extrakt 1000“ (Verschäumungszahl 1 bis 1000) kann nur mit Spezial-Schaum- rohr bzw. Spezial- Schaumgenerator hergestellt werden.	PL — 10/65	A, B
22	COSMOS-Feuer- löschgerätebau GmbH, Mannheim, B 1, 3—5	„COSMOS“-Pulver- löscher DIN Pulver 1, Hersteller-Typbe- zeichnung: GV 1, Bauart-Kurzzeichen: PG 1 L	P 1 — 15/65	A, B, C, E*) bis 1000 V
23	dto.	„COSMOS“-Pulver- löscher DIN Pulver 6, Hersteller-Typbe- zeichnung: PV 6, Bauart-Kurzzeichen: P 6 L	P 1 — 16/65	B, C, E

Lfd. Nr.	Hersteller:	Feuerlöschgeräte: Feuerlöschmittel:	Zulassungs- Kenn-Nr.:	zugelassen für Brandklasse:	Lfd. Nr.	Hersteller:	Feuerlöschgeräte: Feuerlöschmittel:	Zulassungs- Kenn-Nr.:	zugelassen für Brandklasse:
24	dto.	„COSMOS“-Pulverlösch- er DIN Pulver 6, Hersteller-Typbe- zeichnung: GV 6, Bauart-Kurzzeichen: PG 6 L	P 1 — 17/65	A, B, C, E*) bis 1000 V	37	Total KG Foerstner & Co., Ladenburg/Neckar	„TOTAL“-Sprüh- wasser-Löschgerät Hersteller-Typbe- zeichnung: W 150, Bauart-Kurzzeichen: W 150 Hn	P 3 — 7/65	A, B*, E) Kühlöle mit Flamm- punkten ab 130° C
25	dto.	„COSMOS“-Pulverlösch- er DIN Pulver 12, Hersteller-Typbe- zeichnung: PV 12, Bauart-Kurzzeichen: P 12 L	P 1 — 18/65	B, C, E	38	dto.	„TOTAL“-Sprüh- wasser-Löschgerät Hersteller-Typbe- zeichnung: W 250, Bauart-Kurzzeichen: W 250 Hn	P 3 — 8/65	A, B*, E) Kühlöle mit Flamm- punkten ab 130° C
26	COSMOS-Feuerlösch- gerätebau GmbH, Mannheim, B 1, 3—5	„COSMOS“-Pulverlösch- er DIN Pulver 12, Hersteller-Typbe- zeichnung: GV 12, Bauart-Kurzzeichen: PG 12 L	P 1 — 19/65	A, B, C, E*) bis 1000 V	39	dto.	Schaummittel Hersteller-Typbe- zeichnung: „Komet-Extrakt LB“	PL — 11/65	A, B, E*) bis 1000 V unter Beachtung der Mindestabstände (VDE 0132/5.65) für Luft- schaum, der leitfähige Beläge bildet.
27	dto.	„COSMOS“-Sonderlösch- er Hersteller-Typbe- zeichnung: G 2, Bauart-Kurzzeichen: PG 2 L	P 2 — 17/65	A, B, C, E*) bis 1000 V	40	Dr. H. Schmitt- mann GmbH, Velbert/Rhld. Langenhorster Str. 30	Spezial-Löschpulver Hersteller-Typbe- zeichnung: „Ultra-Fulgin“	PL — 8/65	A, B, C, D**, E*) bis 1000 V,) nur mit Pulver- brause Das Löschpulver darf nur in Geräten verwen- det werden, mit denen es geprüft und zugelas- sen worden ist.
28	Total KG Foerstner & Co., Ladenburg/Neckar	Sonderlöschpulver Hersteller-Typbe- zeichnung: „TOTALIT E“ Das Löschpulver darf nur in Geräten verwen- det werden, mit denen es geprüft und zugelassen worden ist.	PL — 9/65	B, C, E	Mit Wirkung vom 1. Februar 1966				
29	Joachim Czech, Donaustauf über Regensburg	„Flammex“-Ver- gaserbrandlösch- er Hersteller-Typbe- zeichnung: „Flammex“ Bauart-Kurzzeichen: PG 0,05 L	P 2 — 15/65	B, E*) bis 1000 V	41	Walther & Cie AG, Köln-Deilbrück, Waltherstr. 51	„Walther“-Metall- brand-Sonder-Lösch- gerät, Hersteller-Typbe- zeichnung: P 50 D, Bauart-Kurzzeichen: PM 50 H	P 3 — 9/65	D und Lithium, Natrium, Kalium, Natrium- hydrid, Alumi- niumtriae- thyl, Kali- ummethylat, ferner an- gereich- ertes Uran in Spänen und Preß- lingen
30	Farbwerke Hoechst AG vorm. Meister Lucius & Brüning, Frankfurt (M)- Höchst	Schaummittel Hersteller-Typbe- zeichnung: „Tutogen T“ Das Schaummittel darf nur in Geräten verwendet werden, mit denen es geprüft und zugelassen wor- den ist.	PL — 7/65	A, B	42	Weinstock & Siebert, Düsseldorf- Lierenfeld, Am Karlshof 10	*) Löschpulver, Hersteller-Typbe- zeichnung: „Furex B C E 80“	PL — 12/65	B, C, E
Mit Wirkung vom 26. Januar 1966					43	dto.	**) Sonderlösch- pulver, Hersteller-Typbe- zeichnung: „Furex D 37“	PL — 13/65	D und Lithium, Natrium, Kalium, Natrium- hydrid, Alumini- umtriae- thyl, Kalium- methylat, ferner an- gereich- ertes Uran in Spänen und Preßlingen
31	Heinz Keilholz, Eppstein-Vocken- hausen/Ts. Hauptstr. 61	„Taurus“-Pulverlösch- er DIN Pulver 6, Hersteller-Typbe- zeichnung: P 6 L, Bauart-Kurzzeichen: P 6 L	P 1 — 24/65	B, C, E	Mit Wirkung vom 1. Februar 1966				
32	dto.	„Taurus“-Pulverlösch- er DIN Pulver 6, Hersteller-Typbe- zeichnung: P 6, Bauart-Kurzzeichen: F 6 H	P 1 — 26/65	B, C, E	44	dto.	*) Das Löschpulver darf nur in Geräten verwendet werden, mit denen es geprüft und zugelassen wor- den ist. Es darf auch in den Geräten verwen- det werden, die mit dem Löschpulver „Furex BCE“, Zulas- sungs-Kenn-Nr. PL - 11/57, geprüft wur- den.		
33	dto.	„Taurus“-Pulverlösch- er DIN Pulver 6, Hersteller-Typbe- zeichnung: P 6 Gl, Bauart-Kurzzeichen: PG 6 L	P 1 — 27/65	A, B, C, E*) bis 1000 V	45	dto.	**) Das Löschpulver darf nur in Geräten verwendet werden, mit denen es geprüft und zugelassen wor- den ist. Die Geräte müssen eine Pulver- brause und einen In- halt von 12 kg und darüber haben.		
34	Bavaria Feuerlösch- Apparate- bau Albert Loos, Nürnberg 10, Veilodter Str. 1	„Bavaria“-Pulverlösch- er DIN Pulver 6, Hersteller-Typbe- zeichnung: P 6 D, Bauart-Kurzzeichen: P 6 L	P 1 — 28/65	B, C, E	Mit Wirkung vom 1. Februar 1966				
35	dto.	„Bavaria“-Pulverlösch- er DIN Pulver 6, Hersteller-Typbe- zeichnung: PG 6 D, Bauart-Kurzzeichen: PG 6 L	P 1 — 29/65	A, B, C, E*) bis 1000 V	Mit Wirkung vom 1. Februar 1966				
36	AEROSOL SERVICE A/S, SMØRUMNEDRE, KØBENHAVN- MÅIØV, DANMARK Vertrieb: Hans Pfefferkorn, Bodenwerder/ Weser	Vergaserbrandlösch- er „Brandmeister“, Hersteller-Typbe- zeichnung: „Brand- meister“, Bauart-Kurzzeichen: Ha 0,2 L	P 2 — 16/65	B, E	Mit Wirkung vom 1. Februar 1966				

Die Feuerlöschgeräte und Feuerlöschmittel sind auf Grund der Verwaltungsvereinbarung über die Prüfung, Zulassung oder Anerkennung von Feuerschutzgeräten vom 8. November 1956 (StAnz. S. 1203) von der Amtlichen Prüfstelle für Feuerlöschmittel und -geräte in Münster i. Westfalen geprüft und als normgerecht anerkannt worden.

Wiesbaden, 12. April 1966

Der Hessische Minister des Innern
VIII 83 — 35f/02
StAnz. 17/1966 S. 556

380

Der Hessische Minister der Finanzen

Vollzug des Bundeskindergeldgesetzes vom 14. April 1964 (BGBl. I S. 265) i. d. F. des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Bundeskindergeldgesetzes vom 5. April 1965 (BGBl. I S. 222) und Art. 7 des Haushaltssicherungsgesetzes vom 20. Dezember 1965 (BGBl. I S. 2065)

Bezug: Meine Erlasse vom 7. Juli 1964 (StAnz. S. 918) und 8. Juli 1965 (StAnz. S. 883)

1. Zu Abschnitt III Nr. 4 Buchst. a des Bezugserrlasses vom 7. Juli 1964 i. d. F. des Änderungs- und Ergänzungserlasses vom 8. Juli 1965

Seit dem 1. November 1965 gehören auch die portugiesischen Arbeitnehmer zu den in Abschnitt III Nr. 4 Buchst. a des Bezugserrlasses genannten ausländischen Arbeitnehmern. Pflegekinder sind bei portugiesischen Arbeitnehmern jedoch nicht zu berücksichtigen.

Vom gleichen Zeitpunkt an sind bei den türkischen Arbeitnehmern Pflegekinder, Enkel und Geschwister nicht mehr zu berücksichtigen.

Hinweis auf § 2 der Ersten VO zur Durchführung des BGGG vom 22. Oktober 1965 (BGBl. I S. 1727) sowie auf Art. 33 des deutsch-türkischen Abkommens über Soziale Sicherheit vom 30. April 1964 (BGBl. II 1965 S. 1169).

In Abschnitt III Nr. 4 Buchst. a Unterabs. 2 des Bezugserrlasses bitte ich hinter dem Wort „griechischen“ das Wort „portugiesischen“ einzufügen.

2. Zu Abschnitt III Nr. 4 Buchst. e des Bezugserrlasses vom 7. Juli 1964

Es ist folgender Unterabsatz anzufügen:

„Nach Art. 9 Abs. 5 der VO Nr. 4 des Rates der EWG über die Soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer ist jedoch

vom 1. August 1965 an Wanderarbeitnehmern aus den EWG-Staaten, die im Einstellungs- bzw. Entlassungsmonat vor bzw. nach ihrer Beschäftigung in der Bundesrepublik eine Beschäftigung in den Niederlanden oder in Belgien ausgeübt haben bzw. ausüben werden, für jeden Arbeitstag im Bundesgebiet 1/26 der monatlichen Leistungen zu zahlen. Arbeitnehmer, die im Einstellungsmonat bereits in Frankreich, Italien oder Luxemburg beschäftigt waren, erhalten die Leistungen erst vom Beginn des folgenden Monats an. Hinweis auf Art. 4 und Art. 13 der VO 109/65 des EWG-Rates vom 30. Juni 1965 (Amtsbl. S. 2124/65).“

3. Zu Abschnitt A Nr. 6 des Bezugserrlasses vom 8. Juli 1965

Die Ausbildungszulage beträgt nach Art. 7 des Haushaltssicherungsgesetzes vom 20. Dezember 1965 (BGBl. I S. 2065) in den Kalenderjahren 1966 und 1967 30,— DM monatlich.

Hinter den Worten „40,— DM monatlich“ bitte ich den Klammersatz „in den Kalenderjahren 1966 und 1967 30,— DM monatlich“ einzufügen.

4. Dieser Erlaß ergeht im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen.

Wiesbaden, 17. 3. 1966

Der Hessische Minister der Finanzen

P 2032 A — 8 — I B 32

StAnz. 17/1966 S. 558

381

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr

Änderung der Satzung der Handwerkskammer für den Regierungsbezirk Kassel

Die Satzung der Handwerkskammer für den Regierungsbezirk Kassel vom 22. März 1954 (StAnz. S. 371), zuletzt geändert durch Beschluß vom 1. Juli 1964 (StAnz. S. 1171), ist auf Grund des gemäß § 105 Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 2 und § 106 Abs. 1 Nr. 12 und Abs. 2 der Handwerksordnung in der Fassung vom 28. Dezember 1965 (BGBl. 1966 I S. 2) genehmigten Beschlusses der Vollversammlung vom 4. November 1965, veröffentlicht im Kurhessischen Handwerk 1966 S. 49, geändert worden.

§ 19 Abs. 2 Satz 1 der Satzung erhält demnach folgende Fassung:

„Willenserklärungen, die die Kammer vermögensrechtlich verpflichten, bedürfen der Schriftform; sie müssen von dem Präsidenten oder einem Vizepräsidenten und dem Hauptgeschäftsführer, im Falle seiner Verhinderung von seinem Stellvertreter, unterzeichnet sein.“

Die Satzungsänderung wird hiermit gemäß § 105 Abs. 4 der Handwerksordnung bekanntgemacht.

Wiesbaden, 7. 4. 1966

Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Verkehr
I b 1 — 584/65

StAnz. 17/1966 S. 558

382

Widmung der im Zuge der Landesstraße 3143 neugebauten Strecken sowie Abstufung und Einziehung von Teilstrecken der bisherigen Landesstraße 3143 in der Gemarkung Lüdermünd, Landkreis Fulda, Regierungsbezirk Kassel

1. Die im Zuge der Landesstraße 3143 in der Gemarkung Lüdermünd, Landkreis Fulda, Regierungsbezirk Kassel, neugebauten Strecken von km 9,180 neu = alt bis km 9,960 neu (= km 9,990 alt) = 0,780 km und von km 10,318 neu (= km 10,348 alt) bis km 10,542 neu (= km 10,573 alt) = 0,224 km werden mit Wirkung vom 1. April 1966 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes (HStrG) vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Die gewidmeten Strecken gehören zur Gruppe der Landesstraßen und werden als Teilstrecken der Landesstraße 3143 in das Verzeichnis der Landesstraßen eingetragen.

2. Die Teilstrecken der bisherigen Landesstraße 3143 von km 9,180 alt = neu bis km 9,990 alt (= km 9,960 neu) = 0,810 km und von km 10,348 alt (= km 10,318 neu) bis km 10,573 alt (= km 10,542 neu) = 0,225 km verlieren mit Ablauf des 31. März 1966 die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße und werden wie folgt abgestuft bzw. eingezogen.

a) Die Teilstrecken von km 9,404 alt bis km 9,990 alt (= km 9,960 neu) = 0,586 km und von km 10,348 alt (= km 10,318 neu) bis km 10,429 alt = 0,081 km werden mit Wirkung vom 1. April 1966 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§§ 3, 5 HStrG).

Die Straßenbaulast für die abgestuften Strecken geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Gemeinde Lüdermünd über (§ 43 HStrG).

b) Die Teilstrecken von km 9,180 alt = neu bis km 9,996 alt = 0,216 km und von km 10,429 alt bis km 10,573 alt (= km 10,542 neu) = 0,144 km werden mit Wirkung vom 1. April 1966 eingezogen, da kein Verkehrsbedürfnis mehr besteht (§ 6 Abs. 1 HStrG).

Von der Ankündigung der Einziehung gemäß § 6 Abs. 2 HStrG wurde abgesehen, da es sich hierbei um die Einziehung von Teilstrecken im Zusammenhang mit Änderungen von unwesentlicher Bedeutung handelt.

c) Die Teilstrecke von km 9,396 alt bis km 9,404 alt = 0,008 km wird mit folgender Kilometrierung mit Wirkung vom 1. April 1966 Teilstrecke der Kreisstraße 114 von km 9,511 bis km 9,519.

Außerdem wird zum gleichen Zeitpunkt die neugebaute Anschlußstrecke von km 9,519 neu bis km 9,525 neu (= km 9,392 neu der L 3143) = 0,006 km Teilstrecke der Kreisstraße 114.

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Kassel, Brüder-Grimm-Platz 1, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirt-

schaft und Verkehr) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 7. 4. 1966

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Verkehr**
III b 3 -- Az.: 63 a 30
St.Anz. 17/1966 S. 558

383

Neugliederung der hessischen Eichamtsbezirke

Ab 1. April 1966 werden, um eine bessere Arbeitseinteilung und eine rationellere Arbeitsweise zu ermöglichen, die Eichämter Herborn, Korbach und Offenbach aufgelöst. Zum gleichen Zeitpunkt wird in Offenbach ein Nebeneichamt errichtet.

Auf Grund der Neugliederung bestehen in Hessen Eichämter in Darmstadt, Frankfurt (Main), Fulda, Gießen, Hanau, Kassel und Wiesbaden.

Die Eichamtsbezirke werden aus folgenden kreisfreien Städten und Landkreisen gebildet:

Eichamt Darmstadt: kreisfreie Stadt Darmstadt, Landkreise Bergstraße, Darmstadt, Dieburg, Erbach und Groß-Gerau;

Eichamt Frankfurt: kreisfreie Stadt Frankfurt (Main), Landkreis Friedberg;

Eichamt Fulda: kreisfreie Stadt Fulda, Landkreis Alsfeld, Fulda, Hersfeld, Hünfeld, Lauterbach, Schlüchtern und Ziegenhain;

Eichamt Gießen: kreisfreie Städte Gießen und Marburg, Landkreise Biedenkopf, Dillenburg, Gießen, Marburg, Oberlahn und Wetzlar;

Eichamt Hanau: kreisfreie Städte Hanau und Offenbach, Landkreise Büdingen, Gelnhausen, Hanau und Offenbach;

Eichamt Kassel: kreisfreie Stadt Kassel, Landkreise Eschwege, Frankenberg, Fritzlar-Homburg, Hofgeismar, Kassel, Melsungen, Rotenburg, Waldeck, Witzenhausen und Wolfhagen;

Eichamt Wiesbaden: kreisfreie Stadt Wiesbaden, Landkreise Limburg, Main-Taunus, Obertaunus, Rheingau, Untertaunus und Usingen.

Wiesbaden, 4. 4. 1966

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Verkehr**
I c 1 — 7 b—02—25
gez. Arndt
St.Anz. 17/1966 S. 559

384

Bau und Betrieb einer Hochdruck-Gasleitung von Meerholz, Landkreis Gelnhausen, nach Dettingen, Landkreis Alzenau

Anordnung

Auf Grund des § 11 des Gesetzes zur Förderung der Energiewirtschaft (Energiewirtschaftsgesetz) vom 13. Dezember 1935 (RGBl. I S. 1451) in Verbindung mit Artikel 129 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und § 1 der Verordnung über die Energiewirtschaft und die Wasserversorgung vom 17. Juli 1946 (GVBl. S. 188) wird zugunsten der Main-Gaswerke Aktiengesellschaft, Frankfurt (Main), die Beschränkung oder, soweit dies nicht ausreicht, die Entziehung von Grundeigentum oder von Rechten an Grundeigentum in der Gemeinde Meerholz, Landkreis Gelnhausen, Regierungsbezirk Wiesbaden, für den Bau und Betrieb einer Hochdruck-Gasleitung von Meerholz nach Dettingen, Landkreis Alzenau, im Wege der Enteignung für zulässig erklärt.

Für die Enteignung von Grundeigentum des Staates und von Rechten des Staates an Grundeigentum bedarf es einer besonderen Anordnung.

Auf das Verfahren findet das preußische Gesetz über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren vom 26. Juli 1922 (GS S. 211) Anwendung.

Die Befugnis zur Durchführung der Enteignung erlischt, wenn der Antrag auf Einleitung des Planfeststellungsverfahrens nicht bis zum 31. März 1967 gestellt worden ist.

Wiesbaden, 30. 3. 1966

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Verkehr**
— II c 1 — 215 G — 165 —
In Vertretung
gez. Dr. Lutz

St.Anz. 17/1966 S. 559

385

Bau und Betrieb einer Anschlußgasleitung von Weiterode, Landkreis Rotenburg, nach Bebra

In der Veröffentlichung St.Anz. 15/1966 S. 497 muß es im ersten Absatz ab Zeile 5 richtig heißen:

„der Verordnung über die Energiewirtschaft und die Wasserversorgung vom 17. Juli 1946.“
(nicht 1964).

St.Anz. 17/1966 S. 559

386

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das Land Hessen

Im Monat März 1966 wurden die nachstehend aufgeführten Tarifverträge in das Tarifregister für das Land Hessen eingetragen.

1. Nr. 101/153 — Anschlußtarifvertrag vom 10. 1. 1966 für die in den landwirtschaftlichen Verwaltungen und Betrieben, Gartenbau-, Weinbau- und Obstbaubetrieben und deren Nebenbetrieben der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein beschäftigten Arbeiter zur Übernahme des Änderungstarifvertrages Nr. 5 vom 2. 12. 1965 zur Änderung und Ergänzung des MTL II vom 27. 2. 1964 (u. a. Krankenbezüge).

Tarifgemeinschaft deutscher Länder und Gewerkschaft Gartenbau-, Land- und Forstwirtschaft, Hauptverwaltung.

2. Nr. 101/154 — 1. Änderungstarifvertrag vom 1. 2. 1966 zum Manteltarifvertrag vom 1. 9. 1962 (Arbeitszeit, Urlaub).

3. Nr. 101/155 — Gehaltstarifvertrag Nr. 5 vom 1. 2. 1966. Zu 2 u. 3) betr. Milchkontrollangestellte des Landeskontrollverbandes Hessen-Nassau e. V.

Zu 2 u. 3) Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband Frankfurt/M., Feuerbachstr. 49, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen.

4. Nr. 101/156 — Gehaltstarifvertrag vom 28. 1. 1966 für die Angestellten der Landwirtschaft und ihrer Nebenbetriebe im Lande Hessen.

Tarifvertragsparteien:

Land- und Forstwirtschaftlicher Arbeitgeerverband für Hessen e. V. und Deutscher land- und forstwirtschaftlicher Angestelltenbund, Landesverband Hessen.

5. Nr. 303/114 — Tarifvertrag vom 10. 8. 1965 zur Änderung des Manteltarifvertrages für die Angestellten im hessischen Braunkohlenbergbau vom 3. 6. 1965 (Geltungsbereich — Wegfall des Kraftwerkes Wölfersheim —).

Tarifvertragsparteien:

Arbeitgeberverband des Hessischen Bergbaus e. V. und Industriegewerkschaft Bergbau und Energie.

6. Nr. 303/115 — Tarifvertrag vom 1. 11. 1963 über die Gewährung von Dienstalterszulagen.

7. Nr. 303/116 — Tarifvertrag vom 26./29. 6. 1964 über die Gewährung von Dienstalterszulagen und Treueurlaub.

8. Nr. 303/117 — Tarifvertrag vom 17. 12. 1965 zur Änderung des Tarifvertrages vom 26./29. 6. 1964 (Dienstalterszulagen). Zu 6—8) betr. gewerbl. Arbeitnehmer in den bergbaulichen Betrieben der Abteilungen Borken und Wölfersheim der Preußischen Elektrizitäts AG.

Zu 6—8) Tarifvertragsparteien:

Preußische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, Hannover, und Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Gießen.

9. Nr. 400/114 — Rahmentarifvertrag vom 18. 2. 1966 für die gewerbl. Arbeitnehmer einschl. der gewerbl. Lehrlinge.

10. Nr. 400/115 — Tarifvertrag vom 16. 2. 1966 über die Gewährung eines zusätzlichen Urlaubsgeldes an die kaufm. und techn. Angestellten sowie Meister.

- Zu 9 u. 10.) betr. Arbeitnehmer in der Industrie der Steine und Erden im Lande Hessen.
Zu 9. u. 10) Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband Steine und Erden für das Land Hessen e. V. und Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden, Bezirk Hessen.
11. Nr. 403/73 — Manteltarifvertrag vom 21. 2. 1966 für die gewerbl. Arbeitnehmer der Firma Theodor Stephan KG., Haiger/Dillkreis.
12. Nr. 403/74 — Protokollnotiz vom 21. 2. 1966 zu § 12 (Urlaub) des vorstehend genannten Manteltarifvertrages.
Zu 11 u. 12) Tarifvertragsparteien:
Firma Theodor Stephan KG., Haiger/Dillkreis, sowie Arbeitgeberverband des Hessischen Bergbaus e. V. und Industriegewerkschaft Bergbau und Energie.
13. Nr. 406/23 — Tarifvertrag vom 16. 2. 1966 über die Regelung der Arbeitszeit für die gewerbl. Arbeitnehmer in der Ziegelindustrie im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband Steine und Erden für das Land Hessen e. V. und Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden, Bezirk Hessen.
14. Nr. 409/167 — Gehaltstarifvertrag vom 15. 4. 1965 für die kaufm. und techn. Angestellten und Meister sowie Entgelte für die Lehrlinge der Hohl- und Flachglasindustrie (Erzeugung, Veredelung und Verarbeitung) im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Verein der Glasindustrie e. V., Landesgeschäftsstelle Hessen und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen.
15. Nr. 700/380 — Lohnstarifvertrag vom 1. 3. 1966 für die gewerbl. Arbeitnehmer sowie Entgelte für die Lehrlinge.
16. Nr. 700/381 — Gehaltstarifvertrag vom 1. 3. 1966 für die kaufm. und techn. Angestellten und Meister sowie Entgelte für die Lehrlinge.
17. Nr. 700/382 — Tarifvertrag vom 1. 3. 1966 zur Änderung des Manteltarifvertrages für die gewerbl. Arbeitnehmer vom 26. 8. 1960 i. d. F. vom 7. 12. 1963 (Arbeitszeitkürzung ab 1. 1. 1967).
18. Nr. 700/383 — Tarifvertrag vom 1. 3. 1966 zur Änderung des Manteltarifvertrages für die kaufm. und techn. Angestellten und Meister vom 6. 9. 1961 i. d. F. vom 1. 4. 1964 (Arbeitszeitkürzung ab 1. 1. 1967).
Zu 15—18) betr. Arbeitnehmer der Eisen-, Metall- und Elektroindustrie in Fulda und Umgebung
Zu 15—18) Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband für Fulda und Umgebung e. V. und Industriegewerkschaft Metall, Bezirksleitung Frankfurt M.
19. Nr. 700/384 — Lohnstarifvertrag vom 7. 3. 1966 für die gewerbl. Arbeitnehmer.
20. Nr. 700/385 — Tarifvertrag vom 7. 3. 1966 über Löhne und Arbeitszeit für die Monatslohnempfänger.
21. Nr. 700/386 — Tarifvertrag vom 7. 3. 1966 zur Änderung des Arbeiter-Manteltarifvertrages vom 15. 10. 1964 (Arbeitszeit).
22. Nr. 700/387 — Gehaltstarifvertrag vom 7. 3. 1966 für die Angestellten.
23. Nr. 700/388 — Tarifvertrag vom 7. 3. 1966 zur Änderung des Angestellten-Manteltarifvertrages vom 15. 10. 1964 (Arbeitszeit, Zuschläge für Mehr-, Nacht- usw. Arbeit).
Zu 19—23) abgeschlossen mit der Industriegewerkschaft Metall, Bezirksleitung Hannover.
24. Nr. 700/389 — Lohnstarifvertrag vom 7. 3. 1966 für die gewerbl. Arbeitnehmer.
25. Nr. 700/390 — Tarifvertrag vom 7. 3. 1966 über Löhne und Arbeitszeit für die Monatslohnempfänger.
26. Nr. 700/391 — Tarifvertrag vom 7. 3. 1966 zur Änderung des Arbeiter-Manteltarifvertrages vom 15. 10. 1964 (Arbeitszeit).
Zu 24—26) abgeschlossen mit dem Christlichen Metallarbeiterverband Deutschland im CGD.
27. Nr. 700/392 — Gehaltstarifvertrag vom 7. 3. 1966 für die Angestellten.
28. Nr. 700/393 — Tarifvertrag vom 7. 3. 1966 zur Änderung des Angestellten-Manteltarifvertrages vom 15. 10. 1964 (Arbeitszeit, Zuschläge für Mehr-, Nacht- usw. Arbeit).
Zu 27 u. 28) abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Niedersachsen/Bremen.
29. Nr. 700/394 — Gehaltstarifvertrag vom 7. 3. 1966 für die Angestellten.
30. Nr. 700/395 — Tarifvertrag vom 7. 3. 1966 zur Änderung des Angestellten-Manteltarifvertrages vom 15. 10. 1964 (Arbeitszeit, Zuschläge für Mehr-, Nacht- usw. Arbeit).
Zu 29 u. 30) abgeschlossen mit dem Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verband, Gau Niedersachsen, Hannover, dem Verband Deutscher Techniker, Gau Niedersachsen, Hannover, sowie dem Bund Deutscher Werkmeister, Gau Niedersachsen, Hannover, zusammengeschlossen im Gesamtverband Deutscher Angestellten-Gewerkschaften. — GEDAG —.
Zu 19—30) betr. Arbeitnehmer in den Werken der Volkswagenwerk AG.
Zu 19—30) Tarifvertragsparteien:
Volkswagenwerk AG., Wolfsburg, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
31. Nr. 700/396 — Lohnstarifvertrag vom 11. 3. 1966 für die in den Montageabteilungen in Nürnberg, München, Frankfurt M. und Essen der Firmen Aufzugswerke M. Schmitt & Sohn GmbH., beschäftigten gewerbl. Arbeitnehmer.
Tarifvertragsparteien:
Aufzugswerke M. Schmitt & Sohn, Montage- u. Reparaturwerkstätte GmbH., Nürnberg, Hadernmühle 11—15, sowie Aufzugswerke M. Schmitt & Sohn, Montage- u. Reparaturwerkstätte GmbH., Frankfurt M., Riederhofstr. 16—18, und Industriegewerkschaft Metall, Bezirksleitung München, München, Schwanthaler Str. 64.
32. Nr. 705/151 — Tarifvertrag vom 9. 8. 1965 — gültig ab 1. 1. 1965 — zur Änderung des Manteltarifvertrages für die gewerbl. Arbeitnehmer des Schlosser- und Maschinenhandwerks im Lande Hessen vom 31. 1. 1956 (u. a. Arbeitszeit, Urlaubsdauer, Urlaubsentgelt, zusätzliches Urlaubsgeld).
Tarifvertragsparteien:
Landesinnungsverband Hessen des Schlosser- und Maschinenbauer-Handwerks, Frankfurt M., und Industriegewerkschaft Metall, Bezirksleitung Frankfurt M.
33. Nr. 705/142 — Arbeitszeit- und Lohnstarifvertrag vom 31. 8. 1965 — gültig ab 15. 9. 1965 — für die gewerbl. Arbeitnehmer des Kesselschmiede-, Hufschmiede-, Wagenschmiede-, Geräteschmiede-, Federschmiede- und Reparaturschmiedehandwerks im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Landesinnungsverband des Schmiedehandwerks Hessen Bad Homburg v. d. H., und Industriegewerkschaft Metall, Bezirksleitung Frankfurt M.
34. Nr. 804b/91 — Gehaltstarifvertrag vom 6. 12. 1965 — gültig ab 1. 1. 1966 — für die kaufm. und techn. Angestellten sowie Meister des Installateur-, Klempner-, Kupferschmiede- und Zentralheizungsbauerhandwerks sowie in den Betrieben der Wärme-, Lüftungs- und Gesundheitstechnik und des Rohrleitungsbaues im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Landesinnungsverband Hessen des Installateur-, Klempner-, Kupferschmiede- und Zentralheizungsbauerhandwerks, Wiesbaden, sowie Landesverband Wärme-, Lüftungs- und Gesundheitstechnik Hessen e. V., Frankfurt M., und Industriegewerkschaft Metall, Bezirksleitung Frankfurt M., sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt M.
35. Nr. 1200/218 — Urlaubsabkommen vom 18. 1. 1966 — gültig ab 1. 1. 1966 — für die kaufm. und techn. Angestellten und Meister sowie Lehrlinge der Textilindustrie im Lande Hessen nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
Tarifvertragsparteien:
Landesvereinigung Hessen der deutschen Textilindustrie e. V. — Sozialpolitischer Ausschuß-, Bad Hersfeld, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt M.
36. Nr. 1600/108 — Lohn- und Gehaltstarifvertrag vom 26. 8./8. 12. 1965 — gültig ab 1. 4. 1966 — für die gewerbl. Arbeitnehmer und Angestellten nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
37. Nr. 1600/109 — Tarifvertrag vom 26. 8./8. 12. 1965 — gültig ab 1. 4. 1966 — über Entgelte für die gewerbl., kaufm. und techn. Lehrlinge.
Zu 36 u. 37) betr. Arbeitnehmer der Gummiindustrie im Lande Hessen.
Zu 36 u. 37) Tarifvertragsparteien:
Sozialpolitische Vereinigung der hessischen Gummiindustrie, Frankfurt M., und Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik, Bezirksleitung Hessen, Frankfurt M.

38. Nr. 1902/43 — Tarifvertrag vom 15. 3. 1966 — gültig ab 1. 3. 1966 — über Löhne, Gehälter und Lehrlingsentgelte für die Arbeitnehmer der Brot- und Backwarenindustrie im Lande Hessen
Tarifvertragsparteien:
Verband der Brot- und Backwarenindustrie Hessen e. V., Wiesbaden, und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesleitung Hessen Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt/M.
39. Nr. 1907b/131 — Tarifvertrag vom 1. 2. 1966 — gültig ab 1. 1. 1966 — für die beim Landeskontrollverband Hessen-Nassau e. V. beschäftigten Laborhilfskräfte in den Molkeereien (Mantel- und Lohnbestimmungen).
Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband Frankfurt/M., Feuerbachstr. 49, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen.
40. Nr. 1907b/132 — Tarifvertrag vom 12. 1. 1965 — gültig ab 1. 3. 1965 — über die Erhöhung der Gehälter und Entgelte für die kaufm. und techn. Angestellten und Meister sowie Lehrlinge der Milch- und Schmelzkäseindustrie in den Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Milchindustrie-Verband e. V., Bonn Rhein, sowie Verband der Schmelzkäse-Industrie e. V., Bonn Rhein, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.
41. Nr. 1912/179 — Gehaltstarifvertrag vom 25. 10. 1965 — gültig ab 1. 10. 1965 — für die kaufm. und techn. Angestellten sowie Meister der Brauereien und Mälzereien in Fulda und Umgebung.
Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband für Fulda und Umgebung e. V. und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen.
42. Nr. 1912c/84 — Gehaltstarifvertrag vom 29. 11. 1965 — gültig ab 1. 11. 1965 — für die kaufm. und techn. Angestellten sowie Meister.
43. Nr. 1912c/85 — Tarifvertrag vom 29. 11. 1965 — gültig ab 1. 11. 1965 — für die kaufm. und techn. Lehrlinge. Zu 42 u. 43.) betr. Arbeitnehmer der Handelsmälzereien im Lande Hessen.
Zu 42 u. 43.) abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt/M.
44. Nr. 1910b/44 — Lohnstarifvertrag vom 4. 3. 1966 — gültig ab 1. 2. 1966/1. 2. 1967 — für die gewerbl. Arbeitnehmer (Lohn, Arbeitszeitkürzung) nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
45. Nr. 1910b/45 — Gehaltstarifvertrag vom 4. 3. 1966 — gültig ab 1. 2. 1966/1. 2. 1967 — für die kaufm. und techn. Angestellten sowie Meister (Gehalt, Arbeitszeitverkürzung)
46. Nr. 1910b/46 — Tarifvertrag vom 4. 3. 1966 — gültig ab 1. 1. 1966 — über die Gewährung eines zusätzlichen Urlaubsgeldes an alle Arbeitnehmer.
Zu 44—46) betr. Arbeitnehmer der Teigwarenindustrie im Lande Hessen.
47. Nr. 1913i/64 — Lohnstarifvertrag vom 24. 2. 1966 — gültig ab i.; 3. 1966/1. 3. 1967 — für die gewerbl. Arbeitnehmer (Lohn, Arbeitszeitkürzung).
48. Nr. 1913i/65 — Gehaltstarifvertrag vom 24. 2. 1966 — gültig ab 1. 3. 1966/1. 3. 1967 — für die kaufm. und techn. Angestellten sowie Meister (Gehalt, Arbeitszeitkürzung).
Zu 47 u. 48) betr. Arbeitnehmer der Mineralbrunnen im Lande Hessen.
Zu 44—48) abgeschlossen mit der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesleitung Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt/M.
Zu 42—48) Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband Nahrung und Genuß Hessen e. V., Frankfurt/M., und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
49. Nr. 2100/534 — Manteltarifvertrag vom 19. 11. 1965 — gültig ab 1. 1. 1966/1. 1. 1967 (Arbeitszeitkürzung) — für die gewerbl. Arbeitnehmer in den Verlegebetrieben für Bodenbeläge in der Bundesrepublik einschl. West-Berlin nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
Tarifvertragsparteien:
Bundesverband der Verlegebetriebe für Bodenbeläge e. V., Frankfurt/M., und Gewerkschaft Holz, Hauptvorstand, Düsseldorf.
50. Nr. 2101a/14 — Tarifvertrag vom 18. 12. 1965 — gültig ab 1. 1. 1966 — für alle Arbeitnehmer des privaten Vermessungsgewerbes in der Bundesrepublik und West-Berlin (Manteländerung, Prüfungsordnung für Meßgehilfen, Gehaltstabellen).
Tarifvertragsparteien:
Bund der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure e. V., Köln, Kolumbastr. 10, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg 36, Karl-Muck-Platz 1, sowie Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart 1, Theodor-Heuss-Str. 2.
51. Nr. 2606b/16 — Bundesmanteltarifvertrag vom 2. 12. 1965 — gültig ab 1. 1. 1966 — für die Kraftfahrer und Beifahrer im Güter- und Möbelfernverkehr in der Bundesrepublik (ohne Saarland) nebst Protokollnotiz vom gleichen Tag.
Tarifvertragsparteien:
Bundesverband des deutschen Güterfernverkehrs e. V., Frankfurt/M., Arbeitsgemeinschaft Möbeltransport, Bundesverband e. V., Frankfurt/M., sowie Sozialpolitische Arbeitsgruppe des Speditionsgewerbes, Bonn, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport u. Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart.
52. Nr. 2701/212 — Tarifvertrag vom 26. 1. 1966 — gültig ab 1. 1. 1966 — zur Änderung des Manteltarifvertrages vom 22. 6. 1961 i. d. F. vom 4. 12. 1964 (u. a. Urlaub)
53. Nr. 2701/213 — Gehaltstarifvertrag vom 26. 1. 1966 — gültig ab 1. 1. 1966 — (Gehalt und Lehrlingsentgelte).
Zu 52 u. 53) abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hamburg.
54. Nr. 2701/214 — Tarifvertrag vom 24. 2. 1966 — gültig ab 1. 1. 1966 — zur Änderung des Manteltarifvertrages vom 22. 6. 1961 i. d. F. vom 4. 12. 1964 (u. a. Urlaub)
55. Nr. 2701/215 — Gehaltstarifvertrag vom 24. 2. 1966 — gültig ab 1. 1. 1966 — (Gehalt und Lehrlingsentgelte).
Zu 54 u. 55) abgeschlossen mit dem Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verband (DHV), Hamburg.
Zu 52—55) betr. alle Arbeitnehmer des privaten Bankgewerbes in der Bundesrepublik.
Zu 52—55) Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband des privaten Bankgewerbes e. V., Köln, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
56. Nr. 2701/216 — Gehaltstarifvertrag vom 1. 2. 1966 — gültig ab 1. 1. 1966 — für alle Arbeitnehmer einschl. der Lehrlinge (Entgelte) der zentralen Geldinstitute und Kreditgenossenschaften mit mehr als 10 Arbeitnehmern im Deutschen Raiffeisenverband.
57. Nr. 2701/217 — Gehaltstarifvertrag vom 1. 2. 1966 — gültig ab 1. 1. 1966 — für alle Arbeitnehmer einschl. der Lehrlinge (Entgelte) der Kreditgenossenschaften im Deutschen Raiffeisenverband.
Zu 56 u. 57) Tarifvertragsparteien:
Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgebervereinigungen im ländlichen Genossenschaftswesen, Bonn, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Hamburg.
58. Nr. 2701i/13 — Tarifvertrag vom 2. 3. 1966 — gültig ab 1. 1. 1966 — betr. Versorgungsordnung über die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung aller Arbeitnehmer (Stammpersonal) der Lotterie-Treuhandgesellschaft mbH. Hessen, Wiesbaden.
Tarifvertragsparteien:
Lotterie-Treuhandgesellschaft mbH. Hessen, Wiesbaden, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Landesbezirksleitung Hessen, Frankfurt/M.
59. Nr. 2702 c-1/243 — Dritter Ergänzungstarifvertrag zum Vergütungstarifvertrag Nr. 3 vom 25. 8. 1965 — gültig ab 1. 4. 1964 — betr. Gesamtvergütungen für die Angestellten unter 18 Jahren.
60. Nr. 2702c-1/244 — Dreizehnter Tarifvertrag vom 9. 9. 1965 — gültig ab 1. 1./1. 4. 1965 — zur Änderung und Ergänzung des BAT (u. a. Ortszuschlag, Urlaub) sowie über die Änderung des Vergütungstarifvertrages Nr. 4 vom 18. 1. 1965.
61. Nr. 2702c-1/245 — Tarifvertrag vom 31. 7. 1964 — gültig ab 1. 3. 1964 — über die Eingruppierung der Angestellten im Lochkartenwesen.
Zu 59—61) betr. Angestellte der Ortskrankenkassen und ihrer Verbände in der Bundesrepublik.
Zu 59—61) Tarifvertragsparteien:
Vereinigung der Tarifgemeinschaften der Ortskrankenkassen und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.

62. Nr. 2702c-4/201 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 6 vom 4. 10. 1965 — gültig ab 1. 4./1. 7. 1965 — zur Änderung und Ergänzung des Manteltarifvertrages für die Arbeiter der gewerblichen Berufsgenossenschaften in der Bundesrepublik (BG-ArbT II) vom 17. 2. 1965.
Tarifvertragsparteien:
Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e. V., Bonn, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, sowie Verband der Beamten und Angestellten der gesetzlichen Unfallversicherung e. V., Bonn.
63. Nr. 2702c-5/132 8 Zehnter Tarifvertrag vom 2. 8. 1965 — gültig ab 1. 1./1. 4. 1965 — zur Änderung des Manteltarifvertrages (KnAT) vom 12. 6. 1961 (u. a. Ortszuschlag, Urlaub) sowie zur Änderung des Vergütungstarifvertrages Nr. 4 vom 30. 12. 1964 für die Angestellten bei den Verwaltungen und Betrieben der Knappschaften und der Arbeitsgemeinschaft der Knappschaften in der Bundesrepublik.
Tarifvertragsparteien:
Arbeitsgemeinschaft der Knappschaften, Bochum, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.
64. Nr. 2702c-6/187 — Änderungstarifvertrag Nr. 4 vom 20. 10. 1965 — gültig ab 1. 4. 1965 — zur Änderung und Ergänzung des Manteltarifvertrages für die Arbeiter der Landesversicherungsanstalten und ihrer Betriebe in der Bundesrepublik (MTL II).
Tarifvertragsparteien:
Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Frankfurt/M., und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
65. Nr. 2702c-6/188 — Tarifvertrag vom 10. 1. 1966 — gültig ab 1. 1. 1966 — zur Änderung der Zusatzvereinbarung für die Angestellten der Landesversicherungsanstalt Hessen (Anlage 5 zum Tarifvertrag betr. Übernahme der BAT für die Angestellten der Landesversicherungsanstalten vom 10. 10. 1961) — Gefahrenzulage.
Tarifvertragsparteien:
Landesversicherungsanstalt Hessen und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen.
66. Nr. 2802/180 — Protokollnotiz vom 12. 1. 1965 — gültig ab 1. 1. 1965 — zum Tarifvertrag vom 3. 4. 1962 für die Binnenschifffahrt auf den westdeutschen Kanälen und der Weser in der Bundesrepublik betr. Zuschlag zum Urlaubslohn für die Besatzungsmitglieder.
Tarifvertragsparteien:
Schiffahrtsverband für das westdeutsche Kanalgebiet e. V., Dortmund, sowie Schiffahrtsverband für das Wesergebiet e. V., Bremen, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart.
67. Nr. 2804/330 — Tarifvertrag Nr. 42 vom 17. 2. 1966 — gültig ab 1. 1. 1966 — zur Änderung und Ergänzung des Manteltarifvertrages für die Arbeiter (TV Arb BDr) vom 22. 6. 1961 (u. a. zusätzliches Urlaubsgeld, Sonderurlaub).
68. Nr. 2804/331 — Tarifvertrag Nr. 43 vom 17. 2. 1966 — gültig ab 1. 1. 1966 — über die Gewährung eines zusätzlichen Urlaubsgeldes an die Lehrlinge.
Zu 67 u. 68) betr. Arbeiter und Lehrlinge in den Betrieben der Bundesdruckerei in Berlin, Frankfurt/M. und Bonn.
Zu 67 und 68) Tarifvertragsparteien:
Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, Bonn, und Deutsche Postgewerkschaft, Hauptvorstand in Frankfurt/M. sowie Landesleitung Berlin, sowie Industriegewerkschaft Druck und Papier, Hauptvorstand in Stuttgart sowie Landesbezirksvorstand Berlin.
69. Nr. 2806a/268 — Tarifvertrag Nr. 277 vom 1. 2. 1966 — gültig ab 1. 10. 1966 — über die Neuregelung der Gehälter und des Ortszuschlages.
70. Nr. 2806a/269 — Tarifvertrag Nr. 279 vom 1. 2. 1966 — gültig ab 1. 1. 1967 — zur Änderung des ETV vom 19. 11. 1960 (Manteländerung § 13 — Ortsklasseneinteilung —).
Zu 69 und 70) abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, Theodor-Heuss-Straße 2.
71. Nr. 2806a/270 — Tarifvertrag Nr. 278 vom 1. 2. 1966 — gültig ab 1. 10. 1966 — über die Neuregelung der Gehälter und des Ortszuschlages.
72. Nr. 2806a/271 — Tarifvertrag Nr. 280 vom 1. 2. 1966 — gültig ab 1. 1. 1967 — zur Änderung des § 13 ETV vom 19. 11. 1960 (Manteländerung — Ortsklasseneinteilung —).
Zu 71 und 72) abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Hauptvorstand, Frankfurt M., Beethovenstraße 12—16.
73. Nr. 2806a/272 — Tarifvertrag Nr. 282 vom 1. 2. 1966 — gültig ab 1. 10. 1966 — über die Neuregelung der Gehälter und des Ortszuschlages.
74. Nr. 2806a/273 — Tarifvertrag Nr. 283 vom 1. 2. 1966 — gültig ab 1. 1. 1967 — zur Änderung des § 13 ETV vom 19. 11. 1960 (Manteländerung — Ortsklasseneinteilung —).
Zu 73 und 74) abgeschlossen mit der Tarifgemeinschaft Gewerkschaft Deutscher Lokomotivbeamten und Anwärter/Christliche Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner/Gewerkschaft Deutscher Bundesbahnbeamten und Anwärter.
Zu 69 bis 74) betr. Angestellte der nichtbundeseigenen Eisenbahnen in der Bundesrepublik.
Zu 69 bis 74) Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband der nichtbundeseigenen Eisenbahnen in der Bundesrepublik Deutschland, Köln, Volksgartenstraße 54a, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
75. Nr. 2808/114 — Manteltarifvertrag vom 1. 1. 1964 — gültig ab 1. 1. 1964 —.
76. Nr. 2808/115 — Gehaltstarifvertrag vom 1. 1. 1964 — gültig ab 1. 1. 1964 — nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
Zu 75 und 76) betr. Angestellte der Société internationale de Télécommunications Aéronautiques Société Cooperative (S. I. T. A.) in der Bundesrepublik.
Zu 75 und 76) Tarifvertragsparteien:
Société internationale de Télécommunications Aéronautiques Société Cooperative, vertreten durch die Bezirksleitung Deutschland, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
77. Nr. 3001/1197 — Anschlußtarifvertrag vom 4. 12. 1965 für die bei dem Bau und der Unterhaltung von Straßen und Autobahnen einschl. der Nebenbetriebe beschäftigten Arbeiter der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein sowie des Saarlandes zur Übernahme des Änderungstarifvertrages Nr. 5 vom 2. 12. 1965 zur Änderung und Ergänzung des MTL II vom 27. 2. 1964, abgeschlossen mit dem Verband Deutscher Straßenwärter, Gesamtvorstand.
78. Nr. 3001/1198 — Anschlußtarifvertrag vom 10. 1. 1966 zur Übernahme des Änderungstarifvertrages Nr. 5 vom 2. 12. 1965 zur Änderung und Ergänzung des MTL II, abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Polizei, Gewerkschaftsvorstand.
79. Nr. 3001/1199 — Anschlußtarifvertrag vom 10. 1. 1966 zur Übernahme des Änderungstarifvertrages Nr. 5 vom 2. 12. 1965 zur Änderung und Ergänzung des MTL II, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christl. Gewerkschaftsbund Deutschlands.
80. Nr. 3001/1200 — Anschlußtarifvertrag vom 10. 1. 1966 zur Übernahme des Änderungstarifvertrages Nr. 5 vom 2. 12. 1965 zur Änderung und Ergänzung des MTL II, abgeschlossen mit der Gemeinschaft tariffähiger Verbände von Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes.
81. Nr. 3001/1201 — Änderungstarifvertrag Nr. 6 vom 21. 1. 1966 — gültig ab 1. 1./1. 2. 1966 — zur Ergänzung des MTL II, Änderung des Tarifvertrages über die Lohnzuschläge gem. § 29 MTL II vom 9. 10. 1963, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
Zu 78 und 81) betr. Arbeiter der Verwaltungen und Betriebe der Länder in der Bundesrepublik.
Zu 77 bis 81) Tarifvertragsparteien:
Tarifgemeinschaft deutscher Länder und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
82. Nr. 3001/1202 — 3001a/804 — Änderungstarifvertrag Nr. 2 vom 15. 12. 1965 — gültig ab 1. 1. 1966 — zur Änderung und Ergänzung des Tarifvertrages über die Gewährung von Umzugskostenvergütung und Trennungentschädigung an die Angestellten des Bundes, der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr, der Länderverwaltungen und Betriebe sowie der kommunalen Verwaltungen und Betriebe in der Bundesrepublik vom 6. 7. 1964 i. d. F. vom 6. 5. 1965 (Ausdehnung des Geltungsbereiches auf Rheinland-Pfalz)
Tarifvertragsparteien:
Bundesrepublik Deutschland sowie Bundesanstalt für den Güterfernverkehr, beide vertreten durch den Bundesmini-

ster des Innern, Tarifgemeinschaft deutscher Länder sowie Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.

33. Nr. 3001/1203 — 3001a/805 — Anschlußtarifvertrag vom 16. 3. 1966 zur Übernahme des Vierzehnten Tarifvertrages zur Änderung und Ergänzung des BAT sowie des Tarifvertrages über die Gewährung von Reisekostenvergütung, beide vom 15. 12. 1965, für die Angestellten des Bundes, der Länder und der Gemeinden in der Bundesrepublik.

Tarifvertragsparteien:

Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister des Innern, Tarifgemeinschaft deutscher Länder sowie Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände und Gewerkschaft der Polizei, Gewerkschaftsvorstand.

34. Nr. 3001a/802 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 5 vom 9. 3. 1966 — gültig ab 1. 12. 1965 — zur Änderung und Ergänzung des Manteltarifvertrages für die Arbeiter der Deutschen Bundesbank in der Bundesrepublik (MTBBk II) vom 6. 7. 1964.

35. Nr. 3001a/803 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 6 vom 9. 3. 1966 — gültig ab 1. 2. 1966 — zur Änderung und Ergänzung des MTBBk II vom 6. 7. 1964 (u. a. Krankenbezüge). Zu 84 u. 85 Tarifvertragsparteien:

Deutsche Bundesbank und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.

36. Nr. 3001a/806 — Anschlußtarifvertrag vom 16. 3. 1966 zur Übernahme der Ergänzungstarifverträge Nr. 5 vom 9. 12. 1965 und Nr. 6 vom 20. 12. 1965 zur Änderung und Ergänzung des Manteltarifvertrages für die Arbeiter des Bundes in der Bundesrepublik (MTB II) vom 27. 2. 1964.

Tarifvertragsparteien:

Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister des Innern und Gewerkschaft der Polizei, Gewerkschaftsvorstand.

37. Nr. 3004/241 — Tarifvertrag vom 2. 2. 1966 — gültig ab 1. 1. 1966 — zur Änderung des Tarifvertrages über die Abfindung von Angestellten und Arbeitern der staatlichen Theater im Lande Hessen bei Absteuern und Gastspielen vom 9. 11. 1964 (Tagegelderhöhung).

Tarifvertragsparteien:

Land Hessen, vertreten durch den Minister der Finanzen, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen.

Bindende Festsetzungen für die Heimarbeit:

38. Nr. H—2000/374 — Bindende Festsetzung vom 27. 1. 1966 zur Änderung der bindenden Festsetzung von Entgelten und Fertigungszeiten für die Herstellung von Damenoberbekleidung (Kleider, Blusen, Röcke) in Heimarbeit vom 20. 7. 1962 (Entgelte).

39. Nr. H—2000/375 — Bindende Festsetzung über den Urlaub für die in der Herstellung von Damenoberbekleidung und verwandten Erzeugnissen in Heimarbeit Beschäftigten und Gleichgestellten vom 27. 1. 1966.

40. Nr. H—2000/376 — Bindende Festsetzung von Entgelten für die Herstellung von Damenoberbekleidung und verwandten Erzeugnissen in Heimarbeit vom 27. 1. 1966.

41. Nr. H—2000/377 — Bindende Festsetzung vom 27. 1. 1966 zur Änderung der bindenden Festsetzung von Entgelten und Fertigungszeiten für die Herstellung von Damenoberbekleidung (Damenhosen) in Heimarbeit vom 20. 7. 1962. Zu 88 und 91) Veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 36 vom 22. 2. 1966, beschlossen von den Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von Damenoberbekleidung und verwandten Erzeugnissen.

Durch die Eintragung der Tarifverträge in das Tarifregister und deren Bekanntmachung im Staatsanzeiger für das Land Hessen wird nicht über die Rechtsgültigkeit der ein-
getragenen Tarifverträge entschieden.

Tarifexemplare sind nur bei den Vertragsparteien erhältlich.

Wiesbaden, den 4. April 1966

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

I A 2 — 2607 —

387

Aufstellung eines Raumbedarfs- und Funktionsprogramms bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten von Krankenhäusern, Personalwohnheimen, Schulen für Pflege- und medizinisch-technisches Personal und Gesundheitsämtern

Bezug: Richtlinien für die Krankenhausfinanzierung vom 21. 8. 1964 (StAnz. S. 1190);

Ich habe Veranlassung, meinen Bezugserslaß in Erinnerung zu rufen.

Die für Krankenhausbaumaßnahmen usw. in meinem Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel müssen sparsam verplant und nach Dringlichkeit eingesetzt werden. Das ist aber nur dann möglich, wenn ich rechtzeitig und ausreichend über die geplanten Maßnahmen unterrichtet werde. Diese überörtliche Abstimmung liegt im Interesse aller Beteiligten.

Ich bitte daher erneut, mir für alle beabsichtigten Baumaßnahmen bei Krankenhäusern, Personalwohnheimen, Schulen für Pflege- und medizinisch-technisches Personal und Gesundheitsämtern, zu denen Landeszuschüsse erwartet werden, vor der Aufnahme aufwendiger Planungen Raum- und Organisationsprogramme zur Genehmigung vorzulegen. Kostensteigernde Änderungen eines genehmigten Raumprogramms bedürfen meiner Zustimmung. Die Raumprogramme und Organisationspläne sollen den Zustand vor Baubeginn und den geplanten Endzustand eindeutig erkennen lassen (Bettenzahl, Fachabteilungen, ärztliche Besetzung, Zahl der Wohnplätze, Zahl der Schüler usw.). Die Anträge auf Anerkennung eines Raumprogrammes sollen den in Aussicht genommenen Baubeginn mitteilen. Die Anträge sind mir auf dem Dienstwege mit einer Stellungnahme vorzulegen. Bei allen Anträgen freigemeinnütziger Krankenhäuser ist eine Stellungnahme des zuständigen Spitzenverbandes der freien Wohlfahrtspflege (Landesverband) beizufügen.

Bei Antragstellung auf Gewährung eines Landeszuschusses sind die Krankenhausfinanzierungsrichtlinien, insbesondere Ziff. 10, genau zu beachten.

Wiesbaden, 29. 3. 1966

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen
III A 4 — 18 c 04/01

St.Anz. 17/1966 S. 563

388

Ungültigkeitserklärung von Sprengstofferaubnisscheinen

Nachstehend aufgeführte Sprengstofferaubnisscheine werden hiermit für ungültig erklärt:

Name und Wohnort des Inhabers	Muster, Nummer und Jahr d. Ausstellung des Scheines	Aussteller
Flauger, Anton Rodheim-Bieber Krs. Wetzlar	B 86 1963	Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Limburg/Lahn
Opalla, Hans Rudolf Dillenburg	B 134 1965	Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Limburg/Lahn
Keul, Werner Aßlar/Krs. Wetzlar	B 124 1964	Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Limburg/Lahn

Wiesbaden, 25. 3. 1966

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen
I C 2 a — Az.; 53 c 04.05.2
Tagb.Nr. 2718/66

389 DARMSTADT**Regierungspräsidenten****Benennung von Wohnplätzen**

Auf Antrag der Gemeinde Trebur vom 1. Februar 1966 wird der folgende Wohnplatz als Gemeindeteil im Sinne des § 12, Satz 3 der Hessischen Gemeindeordnung besonders benannt: „Hof Wiesenbrücke“.

Das Hessische Statistische Landesamt habe ich von dieser Entscheidung unterrichtet.

Darmstadt, 5. 4. 1966

Der Regierungspräsident
I/2 a — 3 k 02/05 (2) —
StAnz. 17/1966 S. 564

390**Benennung von Wohnplätzen**

Auf Antrag der Gemeinde Kleestadt werden folgende Wohnplätze als Gemeindeteile im Sinne des § 12 Satz 3 HGO besonders benannt:

„Eulheckerhof“, „Neubergshof“, „Wellhornhof“,
„Hof zu Neuhofen“, „Rosenhöhe“.

Das Hessische Statistische Landesamt habe ich von dieser Entscheidung unterrichtet.

Darmstadt, 5. 4. 1966

Der Regierungspräsident
I/2 a — 3 k 02/05 (2)
StAnz. 17/1966 S. 564

391**Auflösung der Viehversicherungskasse Klein-Krotzenburg**

Die Viehversicherungskasse Klein-Krotzenburg hat durch ihre ordentliche Mitgliederversammlung am 20. 1. 1966 die Auflösung mit Wirkung vom gleichen Tage an beschlossen. Hierzu habe ich die aufsichtsbehördliche Genehmigung erteilt.

Darmstadt, 4. 4. 1966

Der Regierungspräsident
I/1 a — 39 i 02/01
StAnz. 17/1966 S. 564

392 KASSEL**Verlust von Dienstaussweisen für die forstlich ausgebildeten Bediensteten im Lande Hessen**

Folgende Dienstaussweise sind in Verlust geraten und werden hiermit für ungültig erklärt:

Nr. des DA 2565, Gem.-Revierförster Otto Zeller, geb. 17. 6. 1907, Wohnort Rosenthal, Ausstellungsbehörde Der Landforstmeister — Bezirksforstamt Kassel —.

Nr. des DA 4129, Rfö.-Anw. Jochen Rümmer, geb. 6. 5. 1946, Wohnort Schotten, Ausstellungsbehörde RP. Kassel.

Kassel, 4. 4. 1966

Der Regierungspräsident
IV/1 b Az.: B 15 — 2 Be
StAnz. 17/1966 S. 564

393**Personalmeldungen**

Es sind

B. im Bereich des Hessischen Ministerpräsidenten — Staatskanzlei

versetzt

Ministerialrat Helmut Büsser in den Geschäftsbereich des Hessischen Kultusministers (1. 1. 1966).

Wiesbaden, 7. 4. 1966

Der Hessische Ministerpräsident
Staatskanzlei
II B 3 — 8 a
StAnz. 17/1966 S. 564

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern**a) Ministerium**

ernannt

zum **Polizeihauptkommissar** Polizeioberkommissar (BaL) Gerhard Heimann (18. 1. 66);

zum **Polizeihauptmeister** Polizeiobermeister (BaL) Friedrich Bauerfeind (20. 1. 66);

b) Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt

zum **Polizeihauptkommissar** Polizeioberkommissar (BaL) Heinrich Hainer (18. 1. 66);

c) Regierungspräsident in Kassel

ernannt

zum **Polizeibezirkskommissar** Polizeihauptkommissar (BaL) Walter Kämpffe (20. 1. 66);

d) Regierungspräsident in Wiesbaden

ernannt

zum **Polizeidirektor** Polizeioberberrat (BaL) Bodo Kunke (21. 1. 66);

zum **Kriminalhauptkommissar** Kriminaloberkommissar (BaL) Johann Boixen (13. 1. 66);

e) Hess. Bereitschaftspolizei

ernannt

zum **Regierungsmedizinischen Direktor** — Oberregierungsmedizinischen Rat (BaL) Dr. Reinhold Thomas (21. 1. 66);

zum **Polizeibezirkskommissar** Polizeihauptkommissar (BaL) Karl Cron (19. 1. 66);

zum **Polizeihauptkommissar** Polizeioberkommissar (BaL) Ernst Staidl (19. 1. 66);

zu **Polizeioberkommissaren** die Polizeikommissare (BaL) Ulrich Woykenat (18. 1. 66), Kurt Hartmann (19. 1. 66);

zu **Polizeihauptmeistern** die Polizeiobermeister (BaL) Georg Maul (7. 1. 66), Bernhard Weidmann (14. 1. 66);

zu **Polizeiobermeistern** die Polizeimeister (BaL) Hubert Bendix (7. 1. 66), Manfred Gobat (7. 1. 66), Paul Kliem (14. 1. 1966), Rudi Weiß (21. 1. 66);

zum **Polizeihauptwachtmeister** auf Probe Horst Masopust (4. 1. 66);

zu **Polizeihauptwachtmeistern** die Polizeioberwachtmeister (BaP) Manfred Burger (31. 1. 66), Hartmut Hanke (31. 1. 66), Dieter Mönninger (31. 1. 66), Heinz Prosser (31. 1. 66), Manfred Schulte (31. 1. 66), Werner Vollmer (31. 1. 66);

zum **Polizeioberwachtmeister** auf Probe Wolfgang Müller (3. 1. 66);

zu **Polizeiwachtmeistern a.P.:** Adolf Messer (2. 1. 66), Hans Otto Bohnert (3. 1. 66), Wilfried Aßmann, Lothar Balduhn, Rudolf Bäuml, Harald Becker, Klaus Dieter Brandt, Horst Brill, Manfred Diesterdick, Norbert Dippel, Ralf Drews, Wolfram Feußner, Werner Fleischer, Heinz Jochen Gerstemeier, Manfred Glahn, Hans-Jürgen Gliemroth, Bernd Gorny, Walter Langer, Klaus-Dieter Lehr, Hellmut Linge, Gerd Maase, Winfried Möller, Joachim Müller, Manfred Nolte, Hans Georg von Pape, Peter Platte, Eberhard Regber, Peter Ruckdeschel, Bernd Schäfer, Gerhard Schneider, Hans-Joachim Schneider, Ulrich Speich, Heinz Jörg Timmermann, Walter Wolf (sämtlich 4. 1. 66);

Peter Arnold, Jörg-Michael Bayer, Hans Joachim Biegel, Jürgen Bielig, Joachim Boshard, Lutz Bullmann, Karl Heinz Burk-Müller, Klaus Dahn, Rolf-Dieter Dietrich, Harald Draeger, Harald Eckert, Hans Ehret, Klaus Peter Eichholz, Bernd Peter Fischer, Bernhard Franz, Werner Gehring, Paul-Heinz Gros, Günter Haase, Richard Heller, Werner Herrmann, Lothar Hillgärtner, Karl-Heinz Hübiger, Edelbert Hoss, Bernd Hübschen, Peter Hug, Otto Joos, Walter Kaiser, Oswin Karolus, Klaus Kohn, Arthur Kümmel, Ottheinz Larisch, Peter Liebig, Theo Lipps, Klaus Loh, Johannes Matzig, Gotthard Mehringer, Rolf Dieter Mücke, Otto Müller, Hubertus Paulitz, Hans-Robert Philippi, Peter Psik, Klaus-Rüdiger Pult, Otto Reini, Gerhard Reuß, Claus Peter Ritzheim, Horst Roppel, Adalbert Salomon, Harald Saurbier, Peter Simsch, Wolfgang Swoboda, Karl-Heinz Schermuly, Frank-Rüdiger Schlag, Hans-Joachim Schlarb, Rolf Schmidt, Volker Schmidt, Rainer Schmitt, Ernst Schütz,

Wolfgang-Dieter Schulz-Sedat, Werner Stoll, Manfred Stöckle, Rainer Storck, Jochen Theis, Klaus Timmermann, Werner Trebing, Rüdiger Ufer, Günther Voß, Reinhard Wagner, Hans Waldeck, Walter Wassipaul, Axel Weigelt, Horst Werner, Hans Reiner Wieger, Detlef Wilhelm, Ernst Wohlgenuth, Karl Zimmermann, Günter Ziegenbein (sämtlich 6. 1. 66);

Peter Ossowski (31. 1. 66);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit die Polizeimeister (BaP) Reinhold Leiner (27. 1. 66), Herbert Mülhause (28. 1. 66), Hans Schilp (28. 1. 66);

entlassen

Polizeimeister (BaP) Wolfgang Peise (31. 1. 66);

Polizeihauptwachtmeister (BaP) Helmut Stackler (31. 1. 66).

Die Polizeiwachtmeister (BaP) Otto Andreas Joos (31. 1. 66),

Reiner Ritter (31. 1. 66), Horst Schaum (31. 1. 66);

Polizeischule

ernannt

zum **Polizeifachschuloberlehrer** Realschullehrer (BaL) Erwin Heindel (6. 1. 66);

zum **Polizeifachschuloberlehrer** (BaL) Lehrer Fritz Heppner (6. 1. 66);

zu **Polizeimeistern** die Polizeihauptwachtmeister (BaP) Erich Bamesberger (18. 1. 66), Gunthart Gude (18. 1. 66);

zum **Polizeimeister** (BaL) Polizeihauptwachtmeister (BaP) Herbert Bierwirth (19. 1. 66);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Polizeimeister (BaP) Karl Matthias Schmitt (3. 1. 66);

Landeskriminalamt

ernannt

zum **Polizeimeister** Polizeihauptwachtmeister (BaL) Horst Meder (18. 1. 66);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit technischer Inspektor z. A. (BaP) Heinz Wischnath (10. 1. 1966);

Wasserschutzpolizeiamt

ernannt

zum **Polizeihauptkommissar** Polizeioberkommissar (BaL) Karl Heinz Lerch (31. 1. 66);

zum **Polizeihauptmeister** Polizeiobermeister (BaL) Franz Schnee (31. 1. 66);

zu **Polizeiobermeistern** die Polizeimeister (BaL) Nikolaus Brand (31. 1. 66), Rudolf Niederacher (31. 1. 66), Wendlin Scheid (31. 1. 66);

zu **Polizeimeistern** die Polizeihauptwachtmeister (BaP) Hans-Jürgen Junker (31. 1. 66), Gero-Bernd Kolter (31. 1. 1966), Harald Kugeler (31. 1. 66), Heinrich Lotz (31. 1. 66), Otmar Mißkamp (31. 1. 66), Hans-Peter von Tepper-Laski (31. 1. 66), Dieter Tschiersky (31. 1. 66);

Wirtschaftsverwaltungsamt der Hessischen Polizei

ernannt

zum **Regierungssekretär a. Probe** Polizeiwachtmeister (BaP) Walter Lenz (18. 1. 66);

Bermeldeleitstelle der Hessischen Polizei

ernannt

zum **Polizeiobermeister** Polizeimeister (BaL) Gerd Nölker (14. 1. 66);

zum **Polizeimeister** Polizeihauptwachtmeister (BaP) Rudolf Wagner (14. 1. 66);

zum **Polizeihauptwachtmeister** Polizeioberwachtmeister (BaP) Norbert Müller (31. 1. 66).

Wiesbaden, 6. 4. 1966

Der Hessische Minister des Innern

III B 34 — 7 d 14 —

St.Anz. 17/1966 S. 564

d) Regierungspräsident Wiesbaden

ernannt

zum **Kriminalobermeister** Kriminalmeister (BaPr.) Otto Mex, Staatliches Kriminalkommissariat in Bad Homburg v. d. H. (1. 1. 1966).

Wiesbaden, 4. 4. 1966

Der Regierungspräsident

I 3 — (1) — 7 o

St.Anz. 17/1966 S. 565

F. im Bereich des Hessischen Kultusministers

a) Ministerium

ernannt

zum **Leitenden Ministerialrat** Ministerialrat Joachim Il-nitzky (24. 1. 1966);

zu **Ministerialräten** Oberschulrat Hans Lillinger (24. 1. 1966), Regierungsdirektor Hans-Günter Pieper (24. 1. 1966), Dr. Hans-Jachim Rosenthal (27. 1. 1966);

zu **Regierungsdirektoren** die Oberregierungsräte Paul Kraneis (24. 1. 1966), Karl Reichel (24. 1. 1966);

zum **Oberregierungsschulrat** Schulrat Helmut Gräfer (23. 12. 1965);

zum **Oberregierungsrat** Regierungsrat Lothar Schiesser (24. 1. 1966);

zum **Oberstudienrat** Studienrat Alfred Schmidt (17. 2. 1966);

zum **Regierungsrat** (BaL) Reg.-Assessor Reinhart Uffenbrink (24. 11. 1965);

zum **Regierungsrat** Amtsrat Konrad Eckel (24. 1. 1966);

zu **Amtsräten** die Regierungsamtmänner Wilhelm Göbel (5. 1. 1966), Gerhard Posner (6. 1. 1966);

zu **Regierungsamtmännern** die Reg.-Oberinspektoren Friedrich Blum (5. 1. 1966), Werner Hehlhans (5. 1. 1966), Hans Herrmann (5. 1. 1966), Fritz Kressel (5. 1. 1966);

zum **Reg.-Oberinspektor** Regierungsinpektor Lucian Erdmann (24. 11. 1965);

zum **Regierungsinpektor** Reg.-Inspektor z. A. Rüdiger Mahlmann (8. 3. 1966);

b) Philipps-Universität in Marburg

ernannt

zum **ordentlichen Professor** (BaL) Dozent Dr. Karl Christ (24. 11. 1965), Dozent bei einer wissenschaftl. Hochschule Dr. Dietmar Kienast (29. 12. 1965);

zum **ordentlichen Professor** außerordentl. Professor (pers. Ordinarius) Dr. Peter Scheibert (14. 12. 1965);

zum **Akademischen Rat** (BaL) Akademischer Rat zur Anstellung Dr. Karl Heinz Darenberg (9. 2. 1966);

zum **Akademischen Rat** zur Anstellung (BaP) Wissenschaftlicher Assistent Dr. Alfred Hardewig (16. 11. 1965);

zur **Akademischen Rätin** (BaL) Akademische Rätin zur Anstellung Dr. Ilse Hennis (15. 2. 1966);

zu **Akademischen Räten** zur Anstellung (BaP) Dr. Günther Lauth (7. 1. 1966), Wissenschaftlicher Assistent Dr. Wolfgang Nocke (16. 11. 1965);

zum **Akademischen Rat** (BaL) Akademischer Rat zur Anstellung Dr. Franz Hermann Kreutz (15. 2. 1966);

zum **Akademischen Rat** zur Anstellung (BaP) Wissenschaftlicher Assistent Dr. Werner Zickendraht (23. 12. 1965);

zu **Dozenten** die Wissenschaftlichen Assistenten Dr. Rudolf Freudenberg (1. 2. 1966), Dr. Hanns-Georg Kilian (31. 1. 1966);

zum **Dozenten** (BaW) Privatdozent Frank Levin (30. 11. 1965);

zu **Kustoden** (BaL) die Kustoden zur Anstellung Dr. Helmut Kappler (15. 2. 1966), Dr. Helmut Lomnitzer (17. 2. 1966), Dr. Hartmut Vogt (10. 2. 1966);

zur **Bibliotheksassessorin** (BaP) Eleonore Engelhardt (30. 11. 1965);

zum **Dozenten** Wissenschaftlicher Assistent Dr. Martin Born (18. 1. 1966);

zum **Regierungsoberamtmann** Regierungsamtmann Ernst Bolz (18. 2. 1966);

zum **Regierungsamtmann** Regierungsoberinspektor Walter Wormsbächer (18. 2. 1966);

zum **Regierungsoberinspektor** Regierungsinpektor Karl Dietl (20. 1. 1966);

zur **Bibliotheksoberinspektorin** Bibliotheksinspektorin Jutta Schauenburg (22. 12. 1965);

zum **Regierungssekretär** Regierungsinpektor Heinz Wicklein (18. 2. 1966);

zum **Laboranten** (BaL) Laborant zur Anstellung Albert Grölz (22. 12. 1965);

zum **Oberamtsmeister** Amtsmeister Robert Feußner (17. 2. 1966);

zum **Hausmeister** (BaL) Hausmeister zur Anstellung Friedrich Kunold (30. 12. 1965);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit Akademischer Rat Dr. Friedrich Bär (4. 1. 1966);

c) Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt a. Main

ernannt

zum **ordentlichen Professor** (BaL) bisheriger Professor der Universität Pittsburgh Pennsylvania (USA) Niels Kaj Jerne (12. 11. 1965);

zum **Wissenschaftlichen Rat und Professor** (BaL) Akademischer Rat Prof. Dr. Walter Benz (20. 12. 1965);

zu **Kustoden** (BaL) Kustos zur Anstellung Dr. Folkhart Hückinghaus (17. 1. 1966), Wissenschaftlicher Assistent Dr. Robert Lotz (20. 1. 1966);

zu **Akademischen Räten** (BaL) Akademische Räte zur Anstellung Dr. Egon Becker (25. 1. 1966), Dr. Alfred Doiwa (24. 1. 1966), Dr. Werner Sinn (21. 1. 1966);

zur **Akademischen Rätin** (BaL) Akademische Rätin zur Anstellung Dr. Waltraud Reif (19. 1. 1966);

zu **Dozenten** die Wissenschaftlichen Assistenten Privatdozent Dr. Otfried Fischer (1. 12. 1965), Dr. Karl Klein (16. 2. 1966), Dr. Hans Joachim Müller (16. 2. 1966);

zu **Oberassistenten** die Wissenschaftlichen Assistenten Privatdozent Dr. Claus Führer (1. 12. 1965), Dr. Volkmar Lange (16. 2. 1966), Dr. Horst-Dieter Mennigmann (16. 2. 1966); zur **Lektorin** (BaW) Frau Chirley Schröder (1. 12. 1965);

zum **Dozenten** Wissenschaftlicher Assistent Privatdozent Dr. Heiner Zieschang (10. 12. 1965);

entlassen auf Verlangen

ordentlicher Professor Dr. Karl Friedrich Klagemüller (Ablauf des Monats Dezember 1965);

d) Hochschule für Erziehung in Frankfurt am Main

ernannt

zu **außerordentlichen Professoren** (BaL) bisheriger Dozent der Universität Münster/Westf. Dr. Wolfgang Ofele (14. 12. 1965), bisheriger Studienrat des Landes Nordrhein-Westfalen Willi Wirth (9. 12. 1965), Dr. Rudolf Vogel (6. 1. 1966); zum **Oberstudienrat im Hochschuldienst** (BaL) Oberstudienrat im Hochschuldienst zur Anstellung Dr. Wolfgang Schlegelmilch (26. 10. 1965);

zum **Oberstudienrat im Hochschuldienst** Studienrat im Hochschuldienst Dr. Hermann Müller (4. 1. 1966);

zur **Oberstudienrätin im Hochschuldienst** Studienrätin im Hochschuldienst Dipl.-Psych. Gisela Oestreich (3. 1. 1966);

zur **Studienrätin im Hochschuldienst** zur Anstellung (BaP) Dr. Hildburg Bethke (7. 12. 1965);

zum **Studienrat im Hochschuldienst** zur Anstellung (BaP) Gert Kleinschmidt (28. 1. 1966);

zum **Kustos** (BaL) Kustos zur Anstellung Dr. Martin Trömel (15. 2. 1966);

zum **Realschullehrer** Lehrer Theodor Gies (14. 12. 1965);

zum **Lehrer** (BaL) apl. Lehrer Anton Jelinek (9. 12. 1965);

zur **Regierungsoberinspektorin** Regierungsinspektorin Ruth Sommer (18. 2. 1966);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit Oberstudienrat im Hochschuldienst Dr. Hans-Olaf Hudemann (19. 11. 1965), Lehrer Peter Aley (12. 11. 1965);

entpflichtet

ordentlicher Professor Dr. Hermann Thyen (Ende des Monats März 1966);

e) Justus-Liebig-Universität in Gießen

ernannt

zum **ordentlichen Professor** (BaL) bisheriger Wissenschaftlicher Hauptassistent der Universität Basel Dr. Harald Gerfin (17. 12. 1965);

zur **ordentlichen Professorin** (BaL) bisherige Wissenschaftliche Assistentin der Universität Bonn Dr. Inge Leimberg (27. 10. 1965);

zum **Wissenschaftlichen Rat und Professor** Dozent apl. Professor Dr. Friedrich Huckemann (17. 12. 1965); zum **Oberregierungsrat** Regierungsrat Leberecht von Oheimb (7. 3. 1966);

zu **Akademischen Räten** (BaL) die Akademischen Räte zur Anstellung Dr. Klaus Gerigk (14. 2. 1966), Dr. Winfried Hofmann (14. 2. 1966), Dr. Werner Höfer (28. 2. 1966), Dr. Klaus-Detlev Grothüsen (14. 2. 1966);

zu **Kustoden** (BaL) die Kustoden zur Anstellung Dr. Siegfried Heilenz (28. 2. 1966), Dr. Ernst Ludwig Sattler (7. 2. 1966), Dr. Fritz Meyer (20. 12. 1965), Dr. Günter Kiefer (21. 12. 1965);

zum **Kustos zur Anstellung** (BaP) Herrn Dr. Gottfried Müller (1. 2. 1966);

zum **Dozenten** (BaW) Herr Dr. Joachim von Sandersleben (1. 12. 1965);

zum **Dozenten** Wissenschaftlicher Assistent Dr. Hans-Joachim Seifert (23. 12. 1965);

zum **Bibliotheksobererrat** Bibliotheksrat Dr. Kurt Beutner (29. 11. 1965);

zum **Dozenten** Wissenschaftlicher Assistent Dr. Ernst Schulin (17. 2. 1966);

zum **Oberarzt** Wissenschaftlicher Assistent Dr. Georg Schütterle (14. 2. 1966);

zur **Bibliotheksassessorin** (BaP) Assessorin des Bibliotheksdienstes Dr. Doris Maas (17. 12. 1965);

zu **Regierungsoberamtännern** die Regierungsamtänner Rudolf Grün (31. 1. 1966), Werner Kraushaar (31. 1. 1966);

zum **Regierungsamtann** Regierungsoberinspektor Herbert Bonin (31. 1. 1966);

zum **Regierungsoberinspektor** Regierungsinspektor Alfred Bildau (31. 1. 1966);

zum **Regierungssekretär** (BaL) Regierungssekretär zur Anstellung Heinrich Wallbott (17. 12. 1965);

in den Ruhestand getreten wegen Erreichens der Altersgrenze

Leitender Regierungsdirektor Wilhelm Köhler (Ende des Monats Januar 1966), Regierungsoberinspektor Justus Steinmetz (Ende des Monats Februar 1966);

in den Ruhestand versetzt auf eigenen Antrag Oberpräparator Ludwig Velta;

entlassen auf Verlangen

Akademischer Rat Dr. Joachim von Sandersleben (Ablauf des Monats November 1965);

entlassen gemäß § 39 Abs. 3 HBG

Kustos apl. Professor Dr. Berthold Schneider (15. 9. 1965);

f) Hochschule für Erziehung an der Justus-Liebig-Universität in Gießen

ernannt

zum **Oberstudienrat im Hochschuldienst** (BaL) Oberstudienrat im Hochschuldienst zur Anstellung Dr. Fritz Hinz (7. 12. 1965);

zu **Studienräten im Hochschuldienst** Realschullehrer Christian Freitag (3. 12. 1965), Lehrer Dr. Richard Reinig (18. 11. 1965);

zur **Studienrätin im Hochschuldienst** zur Anstellung (BaP) Diplom-Sozialwirtin Gundula Becker (18. 11. 1965);

g) Technische Hochschule in Darmstadt

ernannt

zum **ordentlichen Professor** (BaL) Dipl.-Ing. Karl Scheuter (1. 1. 1966);

zum **Wissenschaftlichen Rat** und Professor bei einer wissenschaftlichen Hochschule (BaL) Dozent bei einer wissenschaftlichen Hochschule Dr. Alarich Weiß (31. 1. 1966);

zum **Oberregierungsbaurat** Akademischer Rat Dr. Karl Heinz Kloos (17. 12. 1965);

zum **Akademischen Rat** zur Anstellung (BaP) Wissenschaftlicher Assistent Dr. Walter Sowa (13. 12. 1965);

zum **Gartenbauinspektor** zur Anstellung (BaP) Herr Achim Ritter (18. 2. 1966);

in den Ruhestand getreten wegen Erreichens der Altersgrenze

Akademischer Rat Dr.-Ing. Ludwig Rothamel (Ende des Monats November 1965);

h) Pädagogisches Fachinstitut Jugenheim

ernannt

zu **Oberstudienrätinnen** die Studienrätinnen Dr. Siegrid Abel-Struth (27. 12. 1965), Eva Winter (7. 2. 1966);

zum **Oberstudienrat** Studienrat Theodor Bitz (31. 1. 1966);

zum **Regierungshauptsekretär** Regierungsobersekretär Ernst Zink (16. 2. 1966);

i) Pädagogisches Fachinstitut Wiesbaden

ernannt

zu **Oberstudienräten** die Studienräte Alois Bürkle (31. 12. 1965), Arthur Merz (26. 11. 1965), Hans Staab (28. 12. 1965), Helmuth Wüst (28. 12. 1965);

zur **Studienassessorin** (BaP) Assessorin im Lehramt Christiane von Braunmühl (21. 1. 1966);

zum **Studienassessor** (BaP) Assessor im Lehramt Gisbert Tönnis (18. 1. 1966);

j) Pädagogisches Fachinstitut Fulda

ernannt

zum **Studienrat** Lehrer Dr. Wolfgang Kretzschmar (26. 11. 1965);

zur **Oberstudienrätin** Studienrätin Gudrun Manns (13. 1. 1966);

k) Pädagogisches Fachinstitut Kassel

ernannt

zum **Studienrat** Lehrer Karl Debik (28. 1. 1966);

b) Staatliche Ingenieurschule für Bau- und Vermessungswesen Frankfurt am Main

ernannt

zum **Baurat im technischen Schuldienst** zur Anstellung (BaP) Dipl.-Ing. Eckhard Boßhammer (29. 12. 1965);
zum **Baurat im technischen Schuldienst** (BaL) Baurat im technischen Schuldienst zur Anstellung Dipl.-Ing. Kurt Cenefels (7. 2. 1966);

zum **Baurat im technischen Schuldienst** zur Anstellung (BaP) Herr Dr. Dietrich Ebenfeld (1. 11. 1965);

zu **Bauräten im technischen Schuldienst** (BaL) die Bauräte im technischen Schuldienst zur Anstellung Dipl.-Ing. Friedrich Hell (18. 1. 1966), Dipl.-Ing. Martin Pelzer (26. 2. 1966), Dipl.-Phys. Manfred Schmidt (18. 1. 1966);

zum **Regierungsoberinspektor** Regierungsinspektor Ferdinand Simon (16. 2. 1966);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit Hausmeister Georg Radeck (29. 11. 1965);

in den **Ruhestand** getreten wegen Erreichens der Altersgrenze

Oberbaurat im technischen Schuldienst Dipl.-Ing. Wilhelm Arnold (Ende des Monats März 1966);

in den **Ruhestand** versetzt auf eigenen Antrag

Oberstudienrat im technischen Schuldienst Dr. Erich Herzog (Ablauf des Monats März 1966), Oberbaurat im technischen Schuldienst Dipl.-Ing. Eberhard Porsche (Ablauf des Monats März 1966);

1 1 Ingenieurschule für Maschinenwesen Darmstadt

in den **Ruhestand** versetzt auf eigenen Antrag

die Oberbauräte im technischen Schuldienst Dipl.-Ing. Alfred Frisch (Ende des Monats März 1966), Dipl.-Ing. Philipp Schweinsberger (Ablauf des Monats März 1966);

in den **Ruhestand** getreten wegen Erreichens der Altersgrenze

Oberbaurat im technischen Schuldienst Dipl.-Ing. Alfred Wentland (Ende des Monats März 1966);

1 2 Staatliche Ingenieurschule für Maschinenwesen in Rüsselsheim

ernannt

zu **Bauräten im technischen Schuldienst** zur Anstellung (BaP) Dr. Kurt Bach (22. 2. 1966), Dipl.-Ing. Leo Gams (30. 12. 1965), Dipl.-Ing. Dieter Hampel (30. 12. 1965);

1 3 Staatliche Ingenieurschule für Bauwesen Idstein i Ts.

ernannt

zum **Baurat im technischen Schuldienst** (BaL) Baurat im technischen Schuldienst zur Anstellung Dipl.-Ing. Herwig Hahn (24. 12. 1965);

zum **Baurat im technischen Schuldienst** zur Anstellung (BaP) Dipl.-Ing. Dietrich Keffler;

in den **Ruhestand** getreten wegen Erreichens der Altersgrenze

Diplom-Ingenieur Willi Zoeller, Oberbaurat im technischen Schuldienst (Ende des Monats März 1966);

1 4 Staatliche Ingenieurschule für Bauwesen Darmstadt

in den **Ruhestand** getreten wegen Erreichens der Altersgrenze

Fachschuloberlehrer Ludwig Keller (Ablauf des Monats März 1966);

entlassen auf Verlangen

Baurat im technischen Schuldienst Dr.-Ing. Werner Buck (Ablauf des Monats März 1966);

1 5 Staatliche Ingenieurschule in Kassel

ernannt

zum **Baurat im technischen Schuldienst** zur Anstellung (BaP) Dipl.-Ing. Horst Laabs-Rode (14. 1. 1966);

zum **Baurat im technischen Schuldienst** (BaL) Baurat im technischen Schuldienst zur Anstellung Dipl.-Ing. Gerhard Schulze-Bahr (4. 1. 1966);

zum **Baurat im technischen Schuldienst** zur Anstellung (BaP) Dipl.-Ing. Erich Siemon (30. 12. 1965);

m) Staatliche Schlösser und Gärten Bad Homburg v. d. H.

ernannt

zum **Obergartenmeister** Gartenmeister Günter Wolf (21. 1. 1966);

zum **Schloßaufseher** (BaL) Schloßaufseher zur Anstellung Heinrich Brandau (30. 12. 1965);
zum **Schloßaufseher** zur Anstellung (BaP) Herrn Johann Dressler (15. 2. 1966);
versetzt gemäß § 29 Abs. 2 HBG von der Stadt Kassel Regierungsinspektor Ernst Schild (1. 1. 1966);

n) Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden

ernannt

zum **Archivamtman** Archivoberinspektor Nicolaus Runge (4. 2. 1966);

n 1 Hessisches Staatsarchiv in Darmstadt

ernannt

zum **Archivamtman** Archivoberinspektor Ferdinand Koob (5. 2. 1966);

n 2 Hessisches Staatsarchiv Marburg a. d. Lahn

versetzt gemäß § 123 Abs. 2 BRRG aus dem Lande Nordrhein-Westfalen

Regierungsarchivassessor Dr. Johannes Enno Korn (17. 1. 1966);

o) Landeskonservator von Hessen

in den **Ruhestand** getreten wegen Erreichens der Altersgrenze

Konservator Dr.-Ing. Gottfried Ganßauge (Ende Dezember 1965);

p) Hessische Landesbibliothek Wiesbaden

ernannt

zur **Bibliotheksoberinspektorin** Bibliotheksinspektorin Rita Rasch (15. 2. 1966);

eingewiesen in die Besoldungsgruppe A 13 a (HBesG) Bibliotheksrat Dr. Georg Vogel (1. 11. 1965);

q) Hessische Landes- und Hochschulbibliothek in Darmstadt

ernannt

zu **Bibliotheksoberinspektorinnen** die Bibliotheksinspektorinnen Klaraluisse Mootz (2. 3. 1966), Mechthild Walger (2. 3. 1966);

versetzt gemäß § 123 BRRG in den Dienst der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Berlin

Bibliotheksobererrat Dr. Hermann Knaus (1. 1. 1966);

versetzt gemäß § 123 BRRG an den Zentralkatalog Baden-Württemberg in Stuttgart

Bibliotheksinspektor zur Anstellung Reinhard Röder (1. 1. 1966);

r) Hessisches Landesamt für geschichtliche Landeskunde Marburg a. d. Lahn

ernannt

zum **Kustos** (BaL) Kustos zur Anstellung Dr. Herbert Wolf (22. 12. 1965);

s) Landestheater in Darmstadt

in den **Ruhestand** getreten wegen Erreichens der Altersgrenze

Theaterhauptsekretär Hans Wenzelberg (Ende des Monats Juli 1965).

Wiesbaden, 7. 4. 1966

Der Hessische Kultusminister

Z I 2 — 050/35 — 65 — 49 —

StAnz. 17/1966 S. 565

H. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

a) Ministerium

ernannt

zum **Ministerialrat** Regierungsdirektor Dr. Ernst Zinn (11. 2. 1966 — BaL);

zum **Regierungsdirektor** Oberregierungsrat Gerd Hofmann (11. 2. 66 — BaL);

zum **Regierungsgewerbe**direktor Oberregierungsgewerbeberater Hans Brodt (24. 2. 66 — BaL);

zur **Gewerbeobermedizinalrätin** Gewerbeobermedizinalrätin Dr. Irene Wassum (15. 2. 66 — BaL);

zum **Oberregierungsveterinär**rat Regierungsveterinär Dr. Erich Geist (29. 12. 65 — BaL);

zum **Oberregierungsrat** Regierungsrat Wilhelm Hüser (29. 12. 1965 — BaL);

zum **Regierungsrat** Amtsrat Kurt Denke (25. 2. 66 — BaL);

zum **Amtsrat** Regierungsamtmann Egon Jekat (1. 12. 65 — BaL);
 zu **Regierungsamtmännern** die Regierungsoberinspektoren Wolfgang Hess (21. 1. 66 — BaL), Horst Köder (21. 1. 66 — BaL), Edgar Maurer (21. 1. 66 — BaL), Albert Maus (21. 1. 1966 — BaL), Dietrich Wagner (21. 1. 66 — BaL);
 zum **Sozialoberinspektor** z. A. Verw.-Angest. Walter Rosenwald (29. 3. 66 — BaP);
 zum **Regierungsinspektor** Regierungsinspektor z. A. Heinrich Schmidt (3. 11. 65 — BaL);
 zum **Oberamtsmeister** Amtsmeister Gustav Thomeh (21. 1. 1966 — BaL);
 zum **Hauptamtsgehilfen** z. A. Verw.-Angest. Karl Scherer (16. 11. 65 — BaP);

in den **Ruhestand** versetzt bzw. getreten

Ministerialrat Dr. Wilhelm Gliwitzky (28. 2. 66), Ministerialrat Hans Jost (31. 3. 66), Regierungsrat Horst Heinke (28. 2. 66), Regierungsamtmann Walter Stoll (28. 2. 66);

b) Landesjugendamt Hessen

ernannt

zur **Oberregierungsrätin** Regierungsrätin Dr. Irma Kuhr (23. 11. 65 — BaL);
 zum **Oberregierungsrat** Regierungsrat Hans Geismar (15. 2. 1966 — BaL);
 zum **Regierungsoberinspektor** Regierungsinspektor Wilhelm Rehbein (27. 10. 65 — BaL);
 zum **Sozialoberinspektor** z. A. Verw.-Angest. Horst Kowohl (28. 3. 66 — BaP);

c) Hessische Bildungsstätte für Jugendarbeit in Wiesbaden

ernannt

zum **Sozialamtmann** Sozialoberinspektor Helmut Brinks (21. 1. 66 — BaL);

d) Dienststellen der Kriegsopferversorgung

ernannt

zum **Ltd. Regierungsmedizinaldirektor** Regierungsmedizinaldirektor Dr. Robert Wagner (24. 1. 66 — BaL);
 zum **Regierungsdirektor** Oberregierungsrat Walter Spranckel (24. 1. 66 — BaL);
 zum **Regierungsmedizinaldirektor** Oberregierungsrat Dr. Hubert Zur (4. 2. 66 — BaL);
 zu **Oberregierungsräten** die Regierungsräte Albert Woitenneck (24. 1. 66 — BaL), Dr. Herbert Hennig (24. 1. 66 — BaL), Georg Hungerland (24. 1. 66 — BaL), Gerhard Lemp (26. 1. 66 — BaL), Otto Eichhorn (1. 2. 66 — BaL), Erich Marschhausen (18. 2. 66 — BaL), Karl Heinz Moser (18. 2. 1966 — BaL);
 zu **Oberregierungsmedizinalräten** die Regierungsmedizinalräte Dr. Helmut Weigand (25. 1. 66 — BaL), Dr. Friedrich Schmidt (18. 2. 66 — BaL), Dr. Siegmund Schalk (18. 2. 66 — BaL), Dr. Walter Passarge (7. 3. 66 — BaL), Dr. Gunnar Machle (29. 3. 66 — BaL), Dr. Werner Bartholdi (29. 3. 66 — BaL);
 zur **Regierungsmedizinalrätin** Regierungsmedizinalrätin z. A. Dr. Ursula Schucht (18. 2. 66 — BaL);
 zu **Regierungsmedizinalräten** die Regierungsmedizinalräte z. A. Dr. Walter Ziegler (4. 11. 65 — BaL), Dr. Ernst Kisse (2. 2. 66 — BaL);
 zur **Regierungsmedizinalrätin** z. A. Vertragsärztin Dr. Irmgard Odenthal (30. 3. 66 — BaP);
 zum **Regierungsassessor** Assessor Hermann Bickert (21. 3. 1966 — BaP);
 zu **Regierungsoberamtmännern** die Regierungsamtmänner Josef Schmitt (14. 1. 66 — BaL), Günther Pöckler (14. 1. 66 — BaL), Hans-Werner Guthardt (13. 1. 66 — BaL), Willi Mühlhausen (13. 1. 66 — BaL), Helmut Platz (13. 1. 66 — BaL), Bernhard Serth (26. 1. 66 — BaL), Ludwig Reichhardt (31. 3. 66 — BaL);
 zu **Regierungsamtmännern** die Regierungsoberinspektoren Jakob Rithaler (12. 1. 66 — BaL), Helmut Kämmerer (21. 1. 1966 — BaL), Heinrich Thöne (24. 1. 66 — BaL), Alfred Michallek (26. 1. 66 — BaL), Heinrich Meier (27. 1. 66 — BaL), Rudolf Stamm (27. 1. 66 — BaL), Georg Brandau (1. 2. 66 — BaL);
 zu **Regierungsoberinspektoren** die Regierungsinspektoren Ernst Mayer (23. 11. 65 — BaL), Alfred Hahn (7. 12. 65 — BaL), Gisbert Schäfer (12. 1. 65 — BaL), Franz Alder (17. 1. 1966 — BaL), Erwin Kreiling (17. 1. 66 — BaL), Hubert Müller (28. 2. 66 — BaL), Oswald Rudolf (31. 3. 66 — BaL);

zu **Regierungsinspektoren** die Regierungsinspektoren z. A. Alfred Matulla (23. 12. 65 — BaL), Philipp Weller (22. 2. 66 — BaL), Regierungsssekretär Manfred Schmidkunz (29. 11. 1965 — BaP);
 zu **Regierungsinspektoren** z. A. Regierungsinspektoranwärter Wolfgang Witzel (29. 11. 65 — BaP), Verwaltungsangestellter Richard Pollack (23. 12. 65 — BaP);

in den **Ruhestand** versetzt bzw. getreten
 Regierungsoberinspektor Emil Bauer (31. 12. 65), Regierungsinspektor Hugo Hardtke (31. 12. 65);

entlassen gem. § 39 Abs. 1 Nr. 4 HBG

Regierungsoberinspektor Joachim Bielawski (31. 10. 65).

Wiesbaden, 7. 4. 1966

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

Z2a1 — 7 0 — 16

StAnz. 17/1966 S. 567

d) Regierungspräsident Wiesbaden

in den **Ruhestand** versetzt

Regierungsveterinär Dr. Johannes Hille (1. 4. 1966) beim Regierungsveterinär — Stadt und Landkreis Hanau —, Wiesbaden, 9. 3. 1966

Der Regierungspräsident

I 7 — 1 — Az.: PA

StAnz. 17/1966 S. 568

J. im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Forsten

ernannt

zu **Oberlandforstmeistern** die Landforstmeister (BaL) Karl Breitwieser, Reg.-Präs. Darmstadt (18. 1. 66), Dr. Georg Hackmann, Reg.-Präs. Wiesbaden (18. 1. 66), Wilhelm Hohe, Reg.-Präs. Kassel (21. 12. 65);
 zum **Landforstmeister** Oberforstrat (BaL) Heinrich Corell, Reg.-Präs. Kassel (8. 2. 66);
 zu **Oberforstmeistern** die Forstmeister (BaL) Harald v. Arnim, FA Driedorf (7. 3. 66), Dr. Herm. Hamburger, FA Dündelsheim (18. 3. 66), Bernh. Geissler, FEA Gießen (8. 2. 66), Werner Jacobi, FEA Gießen (8. 2. 66), Ehrhard Keil, FA Flörsbach (7. 3. 66);
 zu **Forstmeistern** (BaL) die Forstassessoren (BaP) Arnlm Bonnemann, Reg.-Präs. Kassel (23. 2. 66), Claus Chwalczyk, FEA Gießen (8. 2. 66), Herbert von Dombois, Reg.-Präs. Wiesbaden (7. 3. 66), Frhr. Bernh. von Gillhausen — von Strenge, Reg.-Präs. Kassel (8. 3. 66), Udo Hanstein, Reg.-Präs. Wiesbaden (7. 3. 66), Trutz Weber, FA Gr. Bieberau (18. 3. 66), Herwig Zahorka, FA Lampertheim (18. 3. 1966), Hans-Joach. Weimann, FEA Gießen (8. 2. 66);
 zu **Forstamtmännern** die Oberförster (BaL) Walter Debes, FA Luisenthal (1. 3. 66), Alfred Dunkl, FA Schwarzenfels (22. 1. 66), Heinrich Globig, FA Katzenbach (1. 3. 66), Friedrich Grebe, FA Vöhl (1. 3. 66), Ludwig Hauser, FA Fulda-Nord (1. 3. 66), Peter Klering, FA Wolkersdorf (1. 3. 66), Karl-Hch. Neumann, FA Naumburg (17. 1. 66), Josef Weis, FA Langen (22. 1. 66), Karl Zecher, FA Korbach-Nord (1. 3. 1966);
 zu **Oberförstern** die Revierförster (BaL) Manfred Burth, FA Rhoden (1. 3. 66), Heinrich Keller, FA Nied.-Ohmen (21. 1. 66), Gustav-Adolf Petersson, FA Merenberg (1. 3. 66), Fritz Schneider, FA Dornberg (20. 1. 66), Gerhard Scholz, FA Heppenheim (1. 3. 66), Volker Vömel, FA Merenberg (1. 3. 66);
 zum **Reg.-Oberinspektor** Reg.-Inspektor (BaL) Peter Wahlig, Reg.-Präs. Darmstadt (17. 1. 66);
 zu **Revierförstern** (BaL) die Revierförster z. A. (BaP) Wolfgang Heine, FA Niederbeisheim (3. 2. 66), Wolfgang Kurtz, FA Erlenhof (19. 1. 66), Johannes Magnus, FA Rüdesheim (19. 1. 66), Jürgen Eggert Rothe, FA Elbirghausen (3. 2. 66), Herbert Bachmann, FA Wilhelmshöhe (1. 3. 66), Wilfr. Baumgarten, FA Veckerhagen (1. 3. 66), Manfred Bogumil, FA Gahrenberg (1. 3. 66), Karl-Dieter Klose, FA Wolkersdorf (1. 3. 66), Karlfried Meckbach, FA Hersf.-Ost (1. 3. 66), Lothar Nitsche, FA Naumburg (1. 3. 66), Burghard Seidler, FA Neuhofo-Ost (1. 3. 66), Hch. Schildwächter, FA Burghain (1. 3. 66), Helmut Schubert, FA Vöhl (1. 3. 66), Paul-Joach. Stephan, FA Oberaula (1. 3. 66), Werner Thiele, FA Welle-ode (1. 3. 66), Hch. Wiederhold, FA Mengsberg (1. 3. 66), Horst Fissler, FA Hofgeismar (3. 3. 66), Hubert Dammel, FA Lampertheim (7. 3. 66), Horst Eckstein, FA Grebenau (7. 3. 66), Hans Fleischhauer, FA Butzbach (7. 3. 66), Ernst Happel, FA Beerfelden (7. 3. 66), Wilfried Hofmann, FA Schotten (7. 3. 66), Frieder Imhof, FA Alsfeld (7. 3. 66),

Rudolf Jakob, FA Gr. Bieberau (7. 3. 66), Rudolf Kopp, FA Friedberg (7. 3. 66), Friedrich Kühn, FA Stordorf (7. 3. 66), Werner Nestl, FA Seligenstadt (7. 3. 66), Otto Nies, FA Nidda (7. 3. 66);

zu **Revierförstern** (BaL) die Revierförster z. A. (BaP) Manfred Ritter, FA Kirtorf (7. 3. 66), Hans Spalt, FA G. Bieberau (7. 3. 66), Viktor Scheffler, FA Dieburg (7. 3. 66), Hans Schmitt, FA Grebenhain (7. 3. 66), Richard Wagner, FA Hirschhorn (7. 3. 66), Karl Dönges, FA Dillenburg (7. 3. 1966), Gerhard Hett, FA Hadamar (7. 3. 66), Otto Schön, FA Idstein (7. 3. 66), Klaus Wilcke, FA Merenberg (7. 3. 66), Horst Wolff, FA Usingen (7. 3. 66), Werner Harbach, FA Raunheim (9. 3. 66);

zum **Reg.-Inspektor** (BaL) Reg.-Insp. z. A. Ernst Brede, FA Neukirchen (22. 2. 66);

zu **Revierförsteranwärtern** (BaW) die Anwärter für die Rfö.-Laufbahn Hans-Peter Buda, Reg.-Bez. Kassel (7. 2. 66), Hartmut Brocke, Reg.-Bez. Kassel (28. 3. 66), Alfred Sünner, Reg.-Bez. Darmstadt (19. 1. 66), Gerd Scheele, Reg.-Bez. Kassel (30. 1. 66), Siegf. Draschner, Reg.-Bez. Wiesb., (17. 1. 66);

zu **Reg.-Inspektoranwärtern** (BaW) Horst Bethge, Reg.-Bez. Kassel (1. 4. 66), Wolfgang Mankel, Reg.-Bez. Kassel (1. 4. 1966), Manfred Rabe, Reg.-Bez. Kassel (1. 4. 66), Manfred Hering, Reg.-Bez. Darmstadt (1. 4. 66), Norbert Hübner, Reg.-Bez. Darmstadt (1. 4. 66), Klaus Jung, Reg.-Bez. Darmstadt (1. 4. 66), Hans-Otto Zimmermann, Reg.-Bez. Darmstadt (1. 4. 66);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit Revierförster Karl-Heinz Berndt, FA Netze (17. 1. 1966); in den Ruhestand getreten nach Erreichen der Altersgrenze

Oberforstmeister Albert Hechler, FA Hirschhorn (Februar 1966), Oberförster Wilhelm Schmidt, FA Wetter-Ost (Febr.

1966), Oberforststrat Wilhelm Köhler, FEA Gießen (März 1966), Oberforstmeister Heinz Werner, FA Gladenbach (März 1966), Forstmeister Rudolf Riebeling, FA Seligenstadt (März 1966), Oberforstmeister Wilhelm Schlag, FA Waldmichelbach (März 1966), Forstamtman, Nikolaus Steyer, FA Marjoss (März 1966), Oberförster Heinrich Weidemann, FA Hirschhorn (März 1966), Oberforstmeister Dr. Friedrich Taubert, FEA Gießen (April 1966), Oberförster Rudolf Beec, FA Lörzenbach (April 1966);

entlassen

Revierförsteranwärter Gerhard Engel, Reg.-Bez. Darmstadt auf eigenen Antrag mit Ablauf des Monats März 1966.

Wiesbaden, 5. 4. 1966

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

I B 2 — 70. 16 03 — Tgb. Nr. 686/66

StAnz. 17/1966 S. 568

K. beim Rechnungshof des Landes Hessen

ernannt

zum **Amtsrat** die Regierungsamtmänner Karl Nelle (6. 1. 1966), Horst Siebert (6. 1. 1966), Karl-Heinz Hohenschuh (6. 1. 1966), Otto Scherer (6. 1. 1966), Max Brödel (14. 3. 1966);

zum **Technischen Amtsrat** die Regierungsbauamtmänner Heinrich Amann (6. 1. 1966), Karl Eifert (6. 1. 1966);

zum **Regierungsamtmann** Regierungsoberinspektor Heinrich Krägelius (18. 2. 1966).

Darmstadt, 4. 4. 1966

Der Präsident des Rechnungshofs des Landes Hessen

Pr I 114 — 3/65

StAnz. 17/1966 S. 569

Buchbesprechungen

Verwaltungsgerichtsordnung. Kommentar von Dr. Erich Eyer mann, Vizepräsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs, und Dr. Ludwig Fröhler, o. Professor der Rechte, Mitglied des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs. 4. Aufl. 1965. XXIII, 82 S. 80. in Leinen DM 52.—, Verlag C. H. Beck, München und Berlin.

Der im Jahre 1962 erschienenen 3. Auflage des weitverbreiteten und beliebten Kommentars zur Verwaltungsgerichtsordnung von Eyer mann-Fröhler ist Ende vergangenen Jahres die hier angezeigte 4. Auflage gefolgt. Es muß hervorgehoben werden, daß die Verfasser es verstanden haben, die seit dem Erscheinen der 3. Auflage bis Mai 1965 angefallene Literatur und Rechtsprechung in ihr Werk einzuarbeiten, ohne dessen Umfang wesentlich wachsen und die Erläuterungen durch eine Fülle von Zitaten und Hinweisen unübersichtlich werden zu lassen. Die neue Auflage umfaßt knapp 30 Seiten mehr als die Voraufgabe. Leider hat sich auch der Preis des Werkes etwas erhöht, was sich angesichts der gestiegenen Herstellungskosten wohl nicht vermeiden ließ.

Es verdient besondere Anerkennung, daß die Verfasser die in der Besprechung der 3. Auflage in StAnz. 1962 S. 1329 gegebenen Hinweise und Anregungen weitgehend berücksichtigt haben. In der Randnote 12 zu § 94 VwGO wird jetzt zutreffend ausgeführt, daß Aussetzungsbeschlüsse mit dem Rechtsmittel der Beschwerde angefochten werden können, weil sie keine „prozeßleitenden Verfügungen“ im Sinne des § 146 Abs. 2 VwGO sind. Der bisher bestehende Widerspruch zu den Erläuterungen in Randnote 3 zu § 146 VwGO ist damit beseitigt.

Die neue Auflage geht in Randnote 50 a.E. zu § 80 VwGO auch auf die Frage ein, ob ein Beschluß, der die Änderung oder Aufhebung einer Entscheidung nach § 80 Abs. 5 VwGO ablehnt, nach § 80 Abs. 6 Satz 2 VwGO unanfechtbar ist, und bejaht diese Frage in Übereinstimmung mit dem in der Besprechung der 3. Auflage erwähnten Beschluß des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes vom 18. 7. 1962 — B II 34/62 —. Zur Begründung wird auf den Beschluß des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes vom 7. 6. 1961 — Nr. 36 V 60 — (VRspr. Band 14 Nr. 31) und den Beschluß des Oberverwaltungsgerichts Münster vom 9. 4. 1962 — III B 141/62 — (VRspr. Band 15 Nr. 191) verwiesen. Der letztgenannte Beschluß des III. Senats des Oberverwaltungsgerichts Münster steht allerdings in Widerspruch zu einer früheren Entscheidung des II. Senats desselben Gerichts (Beschluß vom 22. 7. 1960 — II B 434/60 — VRspr. Band 13 Nr. 111). Die überzeugend begründete Rechtsauffassung des III. Senats verdient m.E. den Vorzug.

Die Rechtsprechung verschiedener Senate des Oberverwaltungsgerichts Münster ging übrigens auch in der für die Praxis sehr bedeutsamen Frage auseinander, ob der erfolgreiche Widerspruchsführer in entsprechender Anwendung der Vorschriften der Verwaltungsgerichtsordnung die Erstattung seiner Anwaltskosten im Vorverfahren verlangen kann (vgl. DVBl. 63, 929 u. JZ 64, 107). Nachdem das Bundesverwaltungsgericht sich im Urteil vom 6. 12. 1963 — VII C 76.63 — (BVerwGE 17, 246 = NJW 64, 685) für die Erstattungs-fähigkeit solcher Anwaltskosten ausgesprochen hatte, ist es jetzt im Beschluß des Großen Senats vom 1. 11. 1965 — Gr. Sen. 2/65 — (NJW 66, 563) zu der von Eyer mann-Fröhler in Randnote 12 zu § 162 VwGO vertretenen, m.E. zutreffenden Ansicht zurückgekehrt, daß es keinen bundesrechtlichen Grundsatz gibt, nach dem außergerichtlich

Kosten für einen erfolgreichen Widerspruch im Verwaltungsverfahren vor Landesbehörden zu erstatten wären. Die Entscheidung des Großen Senats ist im Interesse der Praxis sehr zu begrüßen, weil sie endlich Klarheit schafft, das Vorverfahren von jedem Kostenrisiko freihält und es damit den Beteiligten erleichtert, den Widerspruch gütlich zu erledigen, wie es im § 9 Abs. 1 HessAGVwGO vorgesehen ist.

Die in der Verwaltungsgerichtsordnung nicht geregelte Streitwertfestsetzung wird von Eyer mann-Fröhler in Randnote 17 zu § 162 VwGO nur ziemlich knapp behandelt. Eine Stellungnahme zu der Frage, ob die Streitwertfestsetzung als beschwerdefähige Entscheidung zu begründen ist (vgl. OVG Berlin, Beschluß vom 7. 5. 1962 — III L 6/62 — JR 62, 273), wäre für die Praxis sicherlich von Nutzen. Die Beschwerte einer Prozeßpartei mit dem Ziel einer Erhöhung des Streitwerts hält der Hessische Verwaltungsgerichtshof abweichend von Eyer mann-Fröhler (Randnote 17 a.E. zu § 162) auch bei Vorliegen einer Honorarvereinbarung für unzulässig (NJW 65, 1829), während das Oberverwaltungsgericht Hamburg der Ansicht der Verfasser zustimmt (NJW 65, 2267 m. Anm. v. Czerniak).

Der Vergleich mit früheren Auflagen wird dem Benutzer des Kommentars dadurch erleichtert, daß die Randnummern der Erläuterungen nicht verändert sondern lediglich, soweit erforderlich, durch mit Buchstaben versehene Nummern ergänzt worden sind. Dadurch kann man im allgemeinen auch dann mit der Neuauflage arbeiten, wenn eine frühere Auflage mit der Randnote der Erläuterung zitiert ist. Auch bei Verweisung innerhalb des Kommentars werden jetzt durchweg die Randnummern genannt.

Alle Benutzer werden den Verfassern für die ständige Verbesserung und Ergänzung des Erläuterungswerkes Dank wissen. Die 4. Auflage wird die gleiche Anerkennung und Beachtung wie alle früheren Bearbeitungen finden.

Oberregierungsrat G a n t z

Sozialgerichtsgesetz mit einschlägigen Vorschriften anderer Gesetze einschließlich Landesrecht, Textausgabe mit Verweisungen und Sachverzeichnis. 3. Aufl., 391 S., Taschenformat, kartoniert, DM 9,80. Verlag C. H. Beck, München und Berlin.

In der beliebten und bewährten Reihe der roten „Beck'schen Textausgaben“ ist vor kurzem die 3. Auflage des Sozialgerichtsgesetzes mit den einschlägigen Bestimmungen anderer Gesetze und mit den ergänzenden Vorschriften der Länder erschienen. Zunächst darf auf die Besprechungen der 1. und 2. Auflage im Staatsanzeiger 1954 S. 862 und 1959 S. 635 verwiesen werden. Die 3. Auflage berücksichtigt nicht nur die inzwischen erfolgten Änderungen des Sozialgerichtsgesetzes, sondern bringt u. a. auch den Text des Deutschen Richtergesetzes, ferner die Neufassungen des Gesetzes über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen und über die Entschädigung der ehrenamtlichen Richter sowie zahlreiche Änderungen der Landesbestimmungen. Somit ist die gleiche Textausgabe auf den neuesten Stand gebracht worden. Die Textausgabe ist zuverlässig, wie der Rezensent immer wieder feststellen konnte. Wertvoll sind die Hinweise in den Fußnoten und das fast 30 Seiten lange Sachregister.

Oberregierungsrat Dr. V o l m e r

1966

Montag, den 25. April 1966

Nr. 17

Veröffentlichungen

1188

Verordnung

zur Sicherung von Naturdenkmälern im Bereich der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Obertaunus

Auf Grund der §§ 12 Abs. 1, 13, Abs. 1, 15 und 16, Abs. 1 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. 6. 1935 (RGBl. I S. 821) i. d. F. des Gesetzes vom 29. 9. 1935 (RGBl. I S. 1191), vom 1. 12. 1936 (RGBl. I S. 1001) und vom 20. 1. 1938 (RGBl. I S. 36) sowie der §§ 7 — Abs. 1 bis 4 — und 9 der Durchführungsverordnung vom 31. 10. 1935 (RGBl. I S. 1275), i. d. F. der Ergänzungsverordnung vom 16. 9. 1938 (RGBl. I S. 1184) in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Zuständigkeiten nach dem Reichsnaturschutzgesetz vom 25. 10. 1958 (GVBl. S. 159), wird mit Zustimmung des Regierungspräsidenten in Wiesbaden — höhere Naturschutzbehörde — folgendes verordnet:

§ 1

Im Kreis Obertaunus, Gemeinde Oberursel, Königsteiner Straße, wird der Park der Schule „Deutsche Gewerkschaftsjugend“ mit dem Tage der Bekanntgabe dieser Verordnung im „Staats-Anzeiger“ für das Land Hessen als flächenhaftes Naturdenkmal in das Naturdenkmalbuch eingetragen und damit unter den Schutz des Reichsnaturschutzgesetzes gestellt.

§ 2

Das Schutzgebiet umfaßt eine Fläche von 10,2 ha und ist lt. Abzeichnung aus dem Liegenschaftskataster markiert als Flur 76 = 5964/3, 5964/4, 34/6003, 35/6003, Flur 77 = 6009/1, in der Gemarkung Oberursel.

§ 3

Über den im Bereich des Parkes „Deutsche Gewerkschaftsjugend“ zu schützenden Baumbestand ist ein Verzeichnis durch die untere Naturschutzstelle des Landkreises Obertaunus angefertigt worden; es ist Bestandteil dieser Verordnung. Alle darin aufgeführten Objekte dürfen weder beschädigt, ausgerissen, ausgegraben oder Teile davon abgepfückt oder abgeschnitten werden.

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten sind verpflichtet, Schäden oder Mängel an den Naturdenkmälern der unteren Naturschutzbehörde beim Kreisauausschuß in Bad Homburg v. d. H. zu melden. Es ist ferner im Bereich des Schutzgebietes verboten, den freilebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, sie zu fangen oder zu töten oder Puppen, Larven, Eier oder Nester und sonstige Brut- und Wohnstätten solcher Tiere fortzunehmen oder zu beschädigen.

§ 4

In besonderen Fällen können Ausnahmen von den Verbotsvorschriften des § 3 auf Antrag genehmigt werden.

§ 5

Wer den Bestimmungen dieser Verordnung zuwiderhandelt, wird nach den §§ 21

und 22 des Reichsnaturschutzgesetzes und den §§ 15 und 16 der Durchführungsverordnung hierzu bestraft, soweit nicht schärfere Strafbestimmungen anzuwenden sind.

§ 6

Diese Verordnung tritt mit ihrer Bekanntgabe im „Staats-Anzeiger für das Land Hessen“ in Kraft.

Bad Homburg v. d. H., den 13. April 1966

Landkreis Obertaunus

Der Kreisauausschuß

— untere Naturschutzbehörde —
gez. Herr (Landrat)

Gerichtsangelegenheiten

1189

371a E — 1.1024: Frau Irmgard Trischler, 6 Frankfurt (Main), Hebelstraße 14, wird auf Grund des Gesetzes zur Verhütung von Mißbräuchen auf dem Gebiet der Rechtsberatung vom 13. 12. 1935 (RGBl. I S. 1478) die Erlaubnis zur geschäftsmäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten mit Ausnahme des Gebiets der gesetzlichen Sozialversicherung für den Amtsgerichtsbezirk Frankfurt (Main) erteilt.

Geschäftssitz ist Frankfurt (Main).

371a E — 1.1024,

6 Frankfurt (Main), 12. 4. 1966

Der Amtsgerichtspräsident

1190

Aufgebote

F 1/66 — Aufgebot: Die Eheleute Landwirt Sebastian Lange I und Maria Lange, geb. Michel, wohnhaft in Röllshausen (Krs. Ziegenhain), vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Kaiser, Neukirchen (Krs. Ziegenhain), haben das Aufgebot des verlorengegangenen Grundschuldbriefes über die im Grundbuch von Röllshausen, Band 18, Blatt 461, Abt. III, lfd. Nr. 1, für die Raiffeisenkasse Röllshausen eGmbH. in Röllshausen — jetzt Raiffeisenkasse Schwalmtal eGmbH. in Röllshausen, Krs. Ziegenhain — eingetragene Grundschuld von 2500,— DM beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Dienstag, den 16. August 1966, um 9.00 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

3579 Neukirchen, 12. 4. 1966

Amtsgericht Neukirchen
(Krs. Ziegenhain)

1191

Ausschlußurteil

6 F 11/65: Der Brief über die im Grundbuch von Bensheim, Band 64, Blatt 3413, in Abteilung III, Nr. 2, für den Bäckermeister Johann Heinrich Schmitt und dessen Ehefrau Katharina Schmitt, geb. Fertig, eingetragene mit 5 von Hundert verzinsliche Grundschuld von 1551,89 GM (i. W.: eintausendfünfhunderteinundfünfzig 89/100 Goldmark) wird für kraftlos erklärt.

614 Bensheim, 29. 3. 1966

Amtsgericht

1192 Güterrechtsregister

Neueintragung

GR 303: Klempner und Installateur Willy Fey und dessen Ehefrau Anna Elisabeth Fey, geb. Busch, in Schenkklengsfeld Durch Vertrag vom 16. März 1966 ist der Güterstand der Gütergemeinschaft vereinbart.

643 Bad Hersfeld, 13. 4. 1966

Amtsgericht

1193

Neueintragung

GR 842 — 13. 4. 1966: Friedrich Rajewski, Kaufmann, und Ingrid, geb. Urfels, Friedberg.

Durch notariellen Vertrag vom 22. November 1965 ist mit dem Tage der Eheschließung (24. Dezember 1965) Gütertrennung vereinbart.

635 Bad Nauheim, 13. 4. 1966

Amtsgericht

1194

Neueintragung

GR 843 — 13. 4. 1966: Camille Schrepfer, Dipl. Kaufmann, und Ingeborg, geb. Winkler, Bad Nauheim.

Durch notariellen Vertrag vom 10. März 1966 ist rückwirkend ab 1. Juli 1958 Gütertrennung vereinbart.

635 Bad Nauheim, 13. 4. 1966

Amtsgericht

1195

Neueintragung

GR 278 — 6. April 1966: Die Eheleute, kaufmännischer Angestellter Peter Friedrich Kemmann und Renate Hildegard Kemmann, geb. Grau in Breidenstein, haben durch Ehevertrag vom 25. Februar 1966 den gesetzlichen Güterstand aufgehoben; dadurch ist Gütertrennung eingetreten.

356 Bledenkopf, 4. 4. 1966

Amtsgericht

1196

6 GR 503 — 7. 4. 1966: Maurer Horst Robert Störmer und Ehefrau Albertine Irene, gesch. Pifke, geb. Pust, Gastwirtin, Reichensachsen, Landstraße 23.

Durch notariellen Ehevertrag vom 14. Juli 1965 ist Gütertrennung vereinbart.

344 Eschwege, 12. 4. 1966

Amtsgericht

1197

5 GR 1232 — 28. 3. 1966: Erwin Rotter, Maurer, in Oberbimbach (Krs. Fulda), und Hannelore, geb. Weißhaupt.

Durch notariellen Vertrag vom 26. Februar 1966 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Das Gesamtgut verwaltet der Ehe-mann. Der Überlebende setzt die Gütergemeinschaft mit den gemeinschaftlichen Abkömmlingen fort.

5 GR 1233 — 1. 4. 1966: Josef Reuß, Fußbodenverleger in Oberbimbach (Krs. Fulda), und Maria, geb. Schramm.

Durch notariellen Vertrag vom 26. Februar 1966 ist Gütergemeinschaft verein-

bart. Das Gesamtgut verwaltet der Ehemann. Der Überlebende setzt die Gütergemeinschaft mit den gemeinschaftlichen Abkömmlingen fort.

5 GR 1234 — 1. 4. 1966: Paul Weißmüller, Fabrikarbeiter, in Oberbimbach (Krs. Fulda), und Elisabeth, geb. Hack.

Durch notariellen Vertrag vom 26. Februar 1966 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Das Gesamtgut verwaltet der Ehemann. Der Überlebende setzt die Gütergemeinschaft mit den gemeinschaftlichen Abkömmlingen fort.

5 GR 1235 — 12. 4. 1966: Ernst Reichel, Zahnarzt, in Fulda, und Brigitte, geb. Hornung.

Durch notariellen Vertrag vom 24. März 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

64 Fulda, 13. 4. 1966

Amtsgericht, Abt. 5

1198

Neueintragung

GR 295 — 1. 4. 1966: Die Eheleute Bau-Ingenieur Gerhard Gesche und Heta Margarethe, geb. Raabe, Mörtenbach (Odenw.), Schillerstraße 4, haben durch Vertrag vom 31. Dezember 1962 Gütertrennung vereinbart.

6149 Fürth (Odenw.), 1. 4. 1966

Amtsgericht

1199

41 GR 1008 — 28. 3. 1966: Gartenbauer Hans-Jürgen Köhl und Gerda, geb. Henning in Großauheim, haben durch Vertrag vom 4. 3. 1966 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau, 5. 4. 1966

Amtsgericht, Abt. 41

1200

41 GR 1009 — 1. 4. 1966: Metzgermeister Helmut Engel und Elsbeth Engel, geb. Nicolaus in Hanau, haben durch Vertrag vom 20. 1. 1966 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau, 5. 4. 1966

Amtsgericht, Abt. 41

1201

41 GR 1010 — 13. 4. 1966: Hausmeister Josef Julius Zimmermann und Franziska Josephine, geb. Denker, Hanau, haben durch Vertrag vom 23. 3. 1966 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau, 15. 4. 1966

Amtsgericht, Abt. 41

1202

GR 163: Lehrer Georg Ludwig Wilhelm Grebenstein und dessen Ehefrau Katharina Auguste Christa Grebenstein, geb. Theiß, beide in Stadt Allendorf, Schlesierstraße 28.

Durch notariellen Vertrag vom 30. September 1965 ist Gütertrennung vereinbart.

357 Kirchhain (Bz. Kassel), 23. 3. 1966

Amtsgericht

1203

8 GR 454 — 13. 4. 1966: Eheleute, Kaufmann Horst Günter Stein und Eva Maria, geb. Klamet, beide wohnhaft in Schönberg (Taunus).

In der notariellen Urkunde vom 7. Dezember 1965 ist Gütertrennung vereinbart.

624 Königstein (Taunus), 13. 4. 1966

Amtsgericht

1204

8 GR 453 — 13. 4. 1966: Eheleute, techn. Angestellter Rolf Neubronner und Barbara, geb. Schirm, beide wohnhaft in Glashütten (Taunus).

In der notariellen Urkunde vom 8. März 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

624 Königstein (Taunus), 13. 4. 1966

Amtsgericht

1205

Neueintragung

GR 127 — 4. 4. 1966: Eheleute Helmut Ruppert, Metzger, und dessen Ehefrau Elisabeth, geb. Helbig, Hüttengesäß, Bogenstraße 2.

Durch notariellen Vertrag vom 15. 2. 1966 — Urk.-Nr. 115/66 des Notars Dr. Alois Blaschke in Büdingen — haben die Eheleute, Metzger Helmut Ruppert und Elisabeth, geb. Helbig aus Hüttengesäß, Bogenstraße 2, für ihre Ehe die Zugewinnungsgemeinschaft ausgeschlossen und die Gütertrennung eingeführt.

6456 Langenselbold, 4. 4. 1966

Amtsgericht

1206

GR 86 — 12. 4. 1966: Dahlmann, Wolfgang, Kaufmann in Eisenbach, und Edith, geb. Fischbach.

Durch notariellen Vertrag vom 3. Dezember 1965 ist der Güterstand der Gütertrennung vereinbart.

625 Limburg (Lahn), 12. 4. 1966

Amtsgericht

1207

Veränderungen

GR 161 — 29. 3. 1966: Dr. med. Manfred Müller, prakt. Arzt, und Frau Elsbeth Müller, geb. Schuster in Anspach (Taunus).

Durch Vertrag vom 4. März 1966 ist die Gütertrennung aufgehoben und an ihrer Stelle der gesetzliche Güterstand der Zugewinnungsgemeinschaft vereinbart.

639 Usingen (Taunus), 29. 3. 1966

Amtsgericht

1208 Nachlaßsachen

Beschluß

41 VI 23/66: Die Verwaltung des Nachlasses des am 10. Dezember 1965 in Wiesbaden, seinem letzten Wohnsitz, verstorbenen Gastwirtes, Josef Weinberg, wird angeordnet.

Zum Nachlaßverwalter wird Herr Hans Machinek bestimmt.

62 Wiesbaden, 25. 1. 1966

Amtsgericht, Abt. 41

1209

Beschluß

Der Beschluß vom 25. 1. 1966 über die Anordnung der Verwaltung des Nachlasses des Gastwirtes Josef Weinberg, wird dahin abgeändert, daß an Stelle von Herrn Hans Machinek der Rechtsbeistand Max Hanke, Wiesbaden, Rheinbahnstraße 5, zum Nachlaßverwalter bestimmt wird.

62 Wiesbaden, 18. 3. 1966

Amtsgericht, Abt. 41

1210 Musterschutzregister

Neueintragung

MR 340 — 1. April 1966: Firma Hailo-Werk Rudolf Loh KG., Haiger (Dillkreis), 2 Fotos, darstellend einen Papierabfall-

sammler, Fabrikationsnummer 6305 — offen —. Flächenerzeugnis — plastisches Erzeugnis, Schutzfrist: 3 Jahre, Tag und Stunde der Anmeldung: 28. März 1966, um 11.00 Uhr.

634 Dillenburg, 1. 4. 1966

Amtsgericht

1211

Vereinsregister

Neueintragung

VR 183 — 6. 4. 1966: Schützenverein Bensheim 1963; Sitz Bensheim.

614 Bensheim, 6. 4. 1966

Amtsgericht

1212

Neueintragung

VR 114 — 13. 4. 1966: Turnverein 1897 Herbornseelbach e. V., in Herbornseelbach, 6348 Herborn, 7. 4. 1966

Amtsgericht

1213

VR 62: Turn- und Sportverein (TSV) Erksdorf. Sitz: Erksdorf.

357 Kirchhain (Bz. Kassel), 1. 4. 1966

Amtsgericht

1214

VR 69: Reit- und Fahrverein Lauterbach — Stadt und Land — Sitz: Lauterbach (Hessen).

Die Satzung ist am 30. 12. 1965 errichtet. Der Vorstand besteht aus einer Person.

642 Lauterbach, 14. 4. 1966

Amtsgericht

1215

VR 46 — 14. 4. 1966: Männergesangsverein Eintracht 1892 Hasselbach; Sitz: Hasselbach (Taunus).

625 Limburg (Lahn), 14. 4. 1966

Amtsgericht

1216

Neueintragung

VR 6 — 13. 4. 1966: ADAC — Ortsclub — Niederaula, im ADAC eingetragener Verein in Niederaula.

6434 Niederaula, 13. 4. 1966

Amtsgericht Bad Hersfeld
Zweigstelle Niederaula

1217 Vergleiche — Konkurse

81 N 35/66: In dem Nachlaßkonkursverfahren nach der Witwe Josepha Schwob, geb. Beck, verstorben am 19. April 1965 und zuletzt wohnhaft gewesen in Frankfurt (Main), Wolfsgangstraße 93, soll die Schlußverteilung erfolgen.

Hierfür stehen 635,74 DM zur Verfügung, wovon noch die Gerichtskosten und die Vergütung und Auslagen des Konkursverwalters in Abrechnung kommen. Zu berücksichtigen ist ein einziger Gläubiger, dessen Forderung mit 14 000,— DM festgestellt ist.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts — Konkursabteilung — Frankfurt (Main), auf.

6 Bergen-Enkheim, 12. 4. 1966

Der Konkursverwalter
Dr. Albin Fritsch
Rechtsanwalt u. Notar

1218

N 6/64: Konkursverfahren über den Nachlaß der Anneliese Meitzen, Romrod.

Beschluß

Das Verfahren wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

632 Aisfeld, 14. 4. 1966

Amtsgericht

1219

N 3/60: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Jesberger Polstermöbel-Werkstätten, Inhaber Waldemar Oehm in Jesberg, ist der Schlußtermin auf den 7. Juli 1966, um 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht hier, Krausgasse Nr. 30, Sitzungssaal, bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über evtl. nicht verwertbare Vermögensstücke sowie zur Anhörung der Gläubiger über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 13 600,— DM; die ihm zu erstattenden Auslagen werden auf 4 182,68 DM festgesetzt.

3587 Borken (Bz. Kassel), 12. 4. 1966

Amtsgericht

1220**Beschluß**

81 N 181/65: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Kauffrau Gitta Wurmman, geb. Rosenbaum, Frankfurt (Main), Höhenstraße 16-18, wird Termin zur Gläubigerversammlung auf den 6. Mai 1966, um 14.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt.

Tagesordnung: Anhängigmachen von Prozessen durch Verwalter; § 133 KO.

6 Frankfurt (Main), 13. 4. 1966

Amtsgericht, Abt. 81

1221

81 N 141/66 — **Anschlußkonkursverfahren:** Der Antrag der Erben Frau Gisela Annemarie Hildegard Badorff, geb. Lehrell, für sich und ihren minderjährigen Sohn Felix Werner Badorff, beide wohnhaft in Killinardish House, Killinardish, Co. Cork, Irland, über den Nachlaß des am 27. 5. 1964 verstorbenen, zuletzt Frankfurt (Main), Niddastraße 63, wohnhaft gewesenen Cornelius Anton Badorff, früheren Alleininhabers der Firma Anton Badorff, Rauchwaren-Großhandel, Frankfurt (Main), Niddastraße 63, das Vergleichsverfahren zu eröffnen, wird abgelehnt, weil die Antragsteller nach ihrer Erklärung die Voraussetzungen für ein Vergleichsverfahren nicht erfüllen können. Zugleich wird gemäß §§ 19, 102 der Vergleichsordnung heute am 14. April 1966, um 14.30 Uhr, das Anschlußkonkursverfahren über den bezeichneten Nachlaß eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsbeistand Helmut Burghardt, Frankfurt (Main), Leerbachstraße 107, Tel. 59 67 77.

Konkursforderungen sind bis zum 20. Mai 1966 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erst Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO, am 13. Mai 1966, um 14.30 Uhr, Prüfungstermin: 3. 6. 1966, um 9.15 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507. Offener

Arrest mit Anzeigepflicht bis 20. Mai 1966 ist angeordnet.

6 Frankfurt (Main), 15. 4. 1966

Amtsgericht, Abt. 81

1222

81 N 338/65: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Herrn Siegfried Gellert, Ffm.-Griesheim, Erzberger Straße 37, Inhaber einer Drogerie in Frankfurt (Main)-Griesheim, Alt Griesheim 53, soll Schlußverteilung vorgenommen werden.

Die verfügbare Masse beträgt 3 773,33 DM, von der noch Gerichts- und Veröffentlichungskosten sowie Auslagen und Honorar des Konkursverwalters abgehen. Zu berücksichtigen sind Forderungen der Klasse I/I mit 385,95 DM und der Klasse II mit 27 652,06 DM.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt (Main), Konkursgericht, auf.

6 Frankfurt (Main), 15. 4. 1966

Der Konkursverwalter:
Otto W. Baller

1223

81 N 305/65: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Italtexil Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt (Main), Eysseneckstraße 36, soll die Schlußverteilung stattfinden.

Die verfügbare Masse beträgt 3 504,27 DM. Hiervon gehen noch die Gerichtskosten des Verfahrens ab. An der Ausschüttung nehmen teil, Forderungen im Betrage von 325 536,99 DM.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht der Beteiligten auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt (Main) unter Aktenzeichen 81 N 305/64 offen.

6 Frankfurt (Main), 15. 4. 1966

Der Konkursverwalter:
Dr. J. Dillmann,
Rechtsanwalt

1224

81 N 142/66 — **Anschlußkonkursverfahren:** Der Antrag des Günther Freund, Kommanditgesellschaft, Hofheim (Taunus), Feldstraße 9, mit Fertigungsstätten in Zeegendorf bei Bamberg, Gräveneck bei Weilburg, Heimsheim bei Leonberg, Hofgeismar, Ravensburg und Saarbrücken, über ihr Vermögen das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses zu eröffnen, wird abgelehnt.

Zugleich wird gemäß §§ 19, 102 der Vergleichsordnung heute, am 15. April 1966, um 13.20 Uhr, das Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen der Antragstellerin eröffnet.

Der Rechtsanwalt Hans Revermann, Schwalbach (Taunus), Pfingstbrunnenstr. 5, Tel.: 8 17 37, wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 20. Mai 1966 bei dem Gericht zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag, anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf den 20. Mai 1966, um 14.00 Uhr, zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 3. Juni 1966, um 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11,

II. Stockwerk, Zimmer Nr. 215, Termin anberaumt.

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitz der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 20. 5. 1966 Anzeige zu machen.

Post- und Telegrafensperre wird angeordnet.

Zur Hinterlegungsstelle wird die Volksbank in Frankfurt-Niederrad bestimmt.

6 Frankfurt (Main), 18. 4. 1966

Amtsgericht, Abt. 81

1225

81 N 316/52: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Lederfabrik Bonames Dr. Schuler & Co., Frankfurt (Main)-Bonames, Am Burghof 20, Aktenzeichen: 81 N 316/52 des Amtsgerichts in Frankfurt am Main, ist eine Nachtragsverteilung angeordnet worden.

Es stehen 24 554,18 DM zur Verteilung, die nach Abzug der Kosten an Hand des Schlußverzeichnisses, welches beim Gericht offenliegt, ausgeschüttet werden.

6 Frankfurt (Main), 15. 4. 1966

Der Konkursverwalter
Dr. Deutscher,
Rechtsanwalt

1226

81 N 44/64: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Edgar Mazur, Gesellschaft für Gesundheitstechnische Anlagen mbH., Frankfurt (Main), Burgstraße 82, soll die Schlußverteilung erfolgen.

Die verfügbare Masse beträgt 2412,53 DM, von der noch die Kosten des Verfahrens abgehen. An der Ausschüttung nehmen teil bevorrechtigte Forderungen im Betrage von 17 460,80 DM.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht der Beteiligten auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt (Main), unter Aktenzeichen: 81 N 44/64, offen.

6 Frankfurt (Main), 14. 4. 1966

Der Konkursverwalter
Dr. J. Dillmann,
Rechtsanwalt

1227**Beschluß**

81 N 44/64: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Edgar Mazur, Gesellschaft für Gesundheitstechnische Anlagen mbH., Frankfurt (Main), Burgstraße 82, wird Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen, zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis, auf den 13. Mai 1966, um 8.50 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, Zimmer 507 (V. Stock), anberaumt.

Für den Konkursverwalter werden festgesetzt: Vergütung 1500,— DM, Auslagen 60,— DM.

6 Frankfurt (Main), 7. 4. 1966

Amtsgericht, Abt. 81

1228**Beschluß**

5 N 2/63: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Walter und Werner Schöning, Mech. Werkstätte

in Hirschberg. Das Verfahren wird mangels einer die Kosten des Verfahrens deckende Masse eingestellt.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 200,— DM, die zu erstattenden Auslagen werden auf 26,20 DM festgesetzt.

6348 Herboren, 14. 4. 1966 Amtsgericht

1229

N 1/53: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Glühlampenfabrik Germania, Gebr. Hild und Holstein oHG., in Bebra, wird, nachdem der in dem Vergleichstermin vom 4. Juni 1965 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluß vom 4. Juni 1965 bestätigt wurde, hiermit aufgehoben.

6442 Rotenburg (Fulda), 7. 4. 1966

Amtsgericht

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung. Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zumieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt, und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald spätestens zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

1230

4 K 48/65: Das im Grundbuch von Bensheim, Band 115, Blatt 4912, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Bensheim, Flur 2, Flurstück 136/14, Hof- und Gebäudefläche, Neugrabenstraße 10, Größe 5,04 Ar,

soll am 13. Juli 1966, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Bensheim, Wilhelmstraße 26, Zimmer 203, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 5. Januar 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Johann Rittersberger, b) dessen Ehefrau Anna Gertrude, geb. Groß, beide in Bensheim, je zur ideellen Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

614 Bensheim, 13. 4. 1966 Amtsgericht

1231

K 32/65: Das im Grundbuch von Nieder-Roden, Band 67, Blatt 2964, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Nieder-Roden, Flur 13, Flurstück 446, Hof- und Gebäudefläche, im Mühlfeldchen, Größe 1,16 Ar,

soll am 24. Juni 1966, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Dieburg, Marienstraße

Nr. 31 — Saal Nr. 10 — durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 11. 11. 1965 und 21. 1. 1966 (Tag der Versteigerungsvermerke): a) Maler Harry Arno Kurzer, b) dessen Ehefrau Lieselotte, geb. Simon, Nieder-Roden, zu je 1/2.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 75 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

611 Dieburg, 13. 4. 1966 Amtsgericht

1232

84 K 79/65: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll die auf Karl August Ritz eingetragene ideelle Hälfte des im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk 34, Band 96, Blatt 3790, eingetragenen Grundstücks,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bockenheim, Flur D, Flurstück 395/138, Hof- und Gebäudefläche, Große Seestraße 1, Größe 5,06 Ar,

am 30. Juni 1966, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, Zimmer 507, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 21. 9. 1965 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Schlosser Karl August Gottfried Ritz in Frankfurt (Main), zur ideellen Hälfte. Eingetragener Eigentümer der anderen Hälfte: Bauschlosser Peter Engelbert Ritz in Frankfurt (Main).

Der Wert der ideellen Grundstücks-hälfte ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 42 500,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 7. 4. 1966 Amtsgericht, Abt. 84

1233

84 K 68/65: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk 27, Band 24, Blatt 902, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 2 und 3, Gemarkung Frankfurt (Main), Flur 429, Flurstück 100/5, Gebäudefläche, Weidenbornstraße 7, Größe 0,01 Ar, und

Flur 429, Flurstück 6/2, Hof- und Gebäudefläche, Weidenbornstraße 7, Größe 3,52 Ar,

am 23. Juni 1966, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 31. August 1965 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Elise Herkert, geb. Eichhorn, in Frankfurt (Main).

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 250 000,— DM (Einzelwerte: lfd. Nr. 2: 700,— DM, lfd. Nr. 3: 249 300,— DM).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 14. 4. 1966 Amtsgericht, Abt. 84

1234

5 K 38/65: Die eine Miteigentumshälfte des im Grundbuch von Fulda, Band 139, Blatt 5708, eingetragenen Grundstücks,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Fulda, Flur 5, Flurstück 755/3, Lieg.-B. 4470, Geb.-B. 907/908, Hof- und Gebäudefläche, Petergasse, Haus-Nr. 18, 20, Größe 7,74 Ar, soll am 8. Juni 1966, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Fulda, Königstraße Nr. 38, Zimmer Nr. 34, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer dieser Miteigentumshälfte am 10. Januar 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Kaufmann Josef Trabert in Fulda, b) Student Horst Trabert in Frankfurt (Main), in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

64 Fulda, 15. 4. 1966 Amtsgericht

1235

2 K 19/65: Die im Grundbuch von Trebur, Band 70, Blatt 3196, eingetragenen Grundstücke,

a):

Nr. 1, Gemarkung Trebur, Flur 1, Flurstück 170/1, Hof- und Gebäudefläche, Sackgasse 1, Größe 12,54 Ar (Schätzwert: 58 540,— DM),

b):

Nr. 2, Gemarkung Nauheim, Flur 12, Flurstück 27, Ackerland, neben der Herrnwiese, Größe 67,20 Ar (Schätzwert: 16 800,— DM),

sollen am 14. Juni 1966, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude (Arbeitsamtsgebäude), Oppenheimer Straße 4, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 29. März 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks): Hans Walter Schlepback, Trebur, jetzt: Dortelweil, zu 1/2, dessen Ehefrau Grete, geb. Daniels, daselbst, zu 1/2.

Steigleibhaber werden darauf aufmerksam gemacht, daß auf Antrag 1/10 des Bargebotes als Sicherheit zu leisten ist.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

608 Groß-Gerau, 23. 3. 1966

Amtsgericht

1236

Beschluß

2 K 10/64: Die ideellen Hälften der im Grundbuch von Eddersheim, Band 14, Blatt 564, eingetragenen Grundstücke:

lfd. Nr. 12, Gemarkung Eddersheim, Flur 11, Flurstück 70, Lieg.-B. 685, Gartenland, Mainuferstraße, Größe 2,24 Ar,

lfd. Nr. 13, Gemarkung Eddersheim, Flur 8, Flurstück 102, Lieg.-B. 685, Ackerland, auf dem Sand, Größe 15,85 Ar,

lfd. Nr. 14, Gemarkung Eddersheim, Flur 12, Flurstück 62, Lieg.-B. 685, Geb.-B. 125, Hof- und Gebäudefläche, Obere Bleichstraße 17, Größe 2,41 Ar,

sollen am Freitag, dem 24. 6. 1966, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hochheim (Main), Kirchstraße 21, Zimmer Nr. 13, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 6. 8. 1964 (Tag des Versteigerungsvermerks): Werkmeister Josef Heinrich Staab, Helga Staab, geb. am 7. 7. 1939, Inge Katharina Staab, geb. am 24. 3. 1943, Franz Werner Staab, geb. am 19. 8. 1944, alle in Eddersheim in Erbengemeinschaft.

Der Wert der Grundstückshälften ist nach § 74a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt: Grundstück lfd. Nr. 12: 2240,— DM;

Grundstück lfd. Nr. 13: 1485,— DM; Grundstück lfd. Nr. 14: 21 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6203 Hochheim (Main), 5. 4. 1966

Amtsgericht

1237

Beschluß

K 1/66: Das im Grundbuch von Lützel-Wiebelsbach, Band 13, Blatt 635, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Flur 8, Nr. 159/1, Bauplatz, Waldstraße, Größe 699 qm,

soll am Dienstag, dem 6. September 1966, um 14.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Höchst (Odw.), Zimmer 10 (Sitzungsraum), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 19. 1. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Fabrikarbeiter Heinrich Schmauß, b) seine Ehefrau Gisela, geb. Heckmann, beide wohnhaft in Winterbach/Reims, im Guthorn, in Gütergemeinschaft.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a ZVG Abs. 5 unter Zugrundelegung der ortserichtlichen Schätzung auf 10 800,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6128 Höchst (Odw.), 12. 4. 1966

Amtsgericht

1238

Beschluß

K 5/65: Die im Grundbuch von Burg-Gemünden (Krs. Alsfeld), Band 12, Blatt 460, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Burg-Gem., Flur 4, Flst. 68/2, Bleidenröder Str. 32, Hof- und Gebäudefläche, Größe 12,01 Ar, Ackerland, Größe 17,05 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Burg-Gem., Flur 4, Flst. 68/3, Hof- und Gebäudefläche, Größe 8,72 Ar, Ackerland, Größe 17,55 Ar, sollen am 29. Juni 1966, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 2, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12. Juli 1965: Kaufmann Heinrich Richber, Burg-Gemünden (Krs. Alsfeld), Bleidenröder Straße 40.

Der Gesamtwert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 240 000,— DM (i. W.: Zweihundertvierzigtausend Deutsche Mark) festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6313 Homberg (Krs. Alsfeld), 6. 4. 1966

Amtsgericht

1239

5 K 4/66: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Kirchhain belegene, im Grundbuch von Kirchhain, Band 76, Blatt 2827 eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am Donnerstag, dem 16. Juni 1966, um 11.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Kirchhain, Zimmer Nr. 20, versteigert werden:

lfd. Nr. 1, Flur 2, Flst. 46/3, Ackerland, bei der Papiermühle, Größe 7,04 Ar,

Der Zwangsvollstreckungsvermerk ist am 11. 2. 1966 in das Grundbuch eingetragen worden. Als Eigentümerin war damals die Ehefrau des Fuhrunternehmers Heinrich Seibel, Dorothea Seibel, geb. Jagust in Kirchhain, eingetragen.

Durch rechtskräftigen Beschluß des Amtsgerichts Kirchhain vom 2. März 1966 ist gem. § 74a ZVG der Wert des Grundstücks auf 5632,— DM (i. W.: fünftausendsechshundertzweiunddreißig Deutsche Mark) festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

357 Kirchhain (Bez. Kassel), 15. 4. 1966

Amtsgericht

1240

Beschluß

7 K 7/66: Das im Grundbuch von Lampertheim, Bezirk Lampertheim, Band 23, Blatt 1628, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Lampertheim, Flur V, Flurstück 175/2, Hof- und Gebäudefläche, Eleonorenstraße 18 1/2, Größe 1,57 Ar,

soll am Mittwoch, dem 22. Juni 1966, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Lampertheim, Zimmer Nr. 17, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. 2. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Alberstadt, Heinrich, in Lampertheim, zu je 1/2; b) Alberstadt, Karl, in Lampertheim, zu je 1/2.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 40 000,— DM.

Die Zwangsvollstreckung bezieht sich nur auf den 1/2 Anteil des Heinrich Alberstadt.

Auf Verlangen ist Sicherheit in Höhe von 1/10 des Bargebotes zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

684 Lampertheim, 5. 4. 1966

Amtsgericht

1241

Beschluß

7 K 35/65: Das im Grundbuch von Lampertheim, Bezirk Viernheim, Band 113, Blatt 5374, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Viernheim, Flur 16, Flurstück 163/54, Bauplatz, das Kleine Bruchfeld, Größe 38,67 Ar,

soll am Mittwoch, dem 29. 6. 1966, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Lampertheim, Zimmer Nr. 17, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 10. 12. 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks): Johann Georg Finkenberger, in Mannheim-Almenhof.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 121 357,— DM.

Auf Verlangen ist Sicherheit in Höhe von 1/10 des Bargebotes zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

684 Lampertheim, 5. 4. 1966

Amtsgericht

1242

K 1/61: Die im Grundbuch von Michelstadt, Band 24 + 7, Blatt 1332 und 477, eingetragenen Grundstücksanteile,

Gemarkung Michelstadt, Flur I, Flurstück 63, Hof- und Gebäudefläche, Mauerstraße 25, Größe 0,22 Ar, zu 1/2, und

Flur I, Nr. 64, Hof- und Gebäudefläche, Mauerstraße 25 und 27, Größe 1,87 Ar, zu 47/187,

sollen am Donnerstag, dem 25. August, 1966, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Erbacher Straße 9, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 8. Februar 1961 (Tag des Versteigerungsvermerks): bei den Grundstücksanteilen: Elisabeth Fladung, geb. Härtwig, Langen-Brombach.

Der Wert der Grundstücksanteile wurde festgesetzt auf: 4000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

612 Michelstadt (Odw.), 14. 4. 1966

Amtsgericht

1243

7 K 1/65: Die im Grundbuch von Heusenstamm, Band 28, Blatt 1451, in der Gemarkung Heusenstamm, Flur 5, LB 624, gelegenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Flurstück 97, Hof- und Gebäudefläche, beim Apfelbaum, Größe 6,44 Ar,

lfd. Nr. 2, Flurstück 98, Hof- und Gebäudefläche, daselbst, Größe 17,62 Ar,

lfd. Nr. 3, Flurstück 99, Hof- und Gebäudefläche, daselbst, Größe 9,31 Ar,

lfd. Nr. 4, Flurstück 463, Ackerland, die kurzen Weißenäcker, Größe 10,19 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 22. Juni 1966, um 9.00 Uhr im Gerichtsgebäude Offenbach (Main), Kaiserstraße 16, Zimmer 38, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am Tage des Versteigerungsvermerks (21. 1. 1965): Kaufmann Willi Kleemann, Heusenstamm, Hohebergstraße 88.

Der Wert der Grundstücke, einschließlich des Wertes der wesentlichen Bestandteile und der beweglichen Gegenstände, ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 321 690,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

605 Offenbach (Main), 6. 4. 1966

Amtsgericht, Abt. 7

1244

7 K 9/65: Das im Grundbuch von Neu-Isenburg, in Band 138, Blatt 5418, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Neu-Isenburg, Flur 4, Nr. 2/16, LB 3622, Hof- und Gebäudefläche, Friedhofstraße, Größe 6,20 Ar,

soll am Mittwoch, dem 15. Juni 1966, vorm., um 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Offenbach (Main), Kaiserstraße 16, Zimmer 38, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am Tage des Versteigerungsvermerks (31. 3. 1965): Wilhelm von Albert, Kaufmann, in Frankfurt (Main).

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 55 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

605 Offenbach (Main), 13. 4. 1966

Amtsgericht, Abt. 7

1245

Beschluß

K 9/62: Das im Grundbuch von Bebra, Band 56, Blatt 1913 eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Bebra, Flur 8, Flurstück 174/2, Hof- und Gebäudefläche, Nürnberger Straße 68, Größe 2,89 Ar,

soll am 8. Juli 1966, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Rotenburg (Fulda), Untertor Nr. 2, Zimmer 8a, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 11. Oktober 1962 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Paul Dörschel, Bebra, Nürnberger Straße.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf 141 530,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6442 Rotenburg (Fulda), 1. 4. 1966

Amtsgericht

1246

3 K 36/65: Die Eigentumshälfte des im Grundbuch von Wetzlar, Band 151, Blatt 5914, eingetragenen Grundstücks,

Nr. 1, Gemarkung Wetzlar, Flur 44, Flurstück 4/17, Hof-, und Gebäudefläche, Am Entenspiel 2,

soll am 15. Juni 1966, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, Wertherstraße 2, Zimmer Nr. 49, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 1. Sept. 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks):

bezüglich der Eigentumshälfte: Friseur Franz Troitsch in Wetzlar.

Beschluß

Der Wert des ganzen Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 66 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

633 Wetzlar, 13. 4. 1966

Amtsgericht

1247

3 K 2/66: Das im Grundbuch von Nauborn, Band 42, Blatt 1412 A, eingetragene Grundstück,

Nr. 6, Gemarkung Nauborn, Flur 11, Flurstück 132/2, Hof- und Gebäudefläche, hinten am Langenberg, Größe 6,08 Ar,

soll am 15. Juni 1966, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, Wertherstraße 2, Zimmer 49, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 7. Februar 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Technischer Angestellter Helmut Strunk in Nauborn.

Beschluß

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 76 050,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

633 Wetzlar, 13. 4. 1966

Amtsgericht

1248

1 K 9/65: Die im Grundbuch von Witzenhausen, Band 66, Blatt 834 A, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 10, Gemarkung Witzenhausen, Flur 11, Flurstück 130/1, Hof- und Gebäudefläche, unter den Weinbergen, Haus Nr. 11, und Hutung, daselbst, Größe 15,34 Ar,

lfd. Nr. 11, Gemarkung Witzenhausen, Flur 11, Flurstück 135/1, Hutung, am Spohnberg, Größe 16,58 Ar,

sollen am 15. Juni 1966, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Walburger Straße 38, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 21. Dezember 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Erich Klußmann in Bielefeld, jetzt unbekanntem Aufenthalts.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG durch Beschluß vom 8. März 1966 auf 1100,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

343 Witzenhausen, 12. 4. 1966

Amtsgericht

Andere Behörden und Körperschaften

1249

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen von Ober-Erlenbach nach Bad Homburg v. d. H.

Dem Unternehmer Wilhelm Ludwig Blaich und der Frau Margarethe Anna Blaich in Bad Homburg v. d. H., Frankfurter Landstraße 146, wurde auf Grund des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) vom 21. 3. 1961 die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen nach § 42 PBefG von Ober-Erlenbach nach Bad Homburg v. d. H. über Ober-Eschbach — Gonzenheim auf die Dauer von 8 Jahren (bis 31. März 1974) erteilt.

Das Unternehmen unterliegt der Aufsicht des Landrates des Obertaunuskreises in Bad Homburg v. d. H.

Wiesbaden, 1. 4. 1966

Der Regierungspräsident
III 4b — 2 — Az.: 66 f 02

1250

Aufforderung: Herr Reimar Sippel, Kassel, Nahlstraße 1, hat die Kraftloserklärung seines Sparkassenbuches Nr. 2 224 485 beantragt.

Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

35 Kassel, 14. 4. 1966

STADTSPARKASSE KASSEL
Der Vorstand

1251

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 6. 4. 1966 ist das Sparkassenbuch Nr. 07-25765 lautend auf Wilhelm Weber, Frankfurt (Main), Hallgartenstraße 73 für kraftlos erklärt worden.

16 Frankfurt (Main), 6. 4. 1966

STADTSPARKASSE FRANKFURT AM MAIN
Der Vorstand

1252

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 7. 4. 1966 ist das Sparkassenbuch Nr. 151 433, lautend auf Paula Krack geb. Hasenauer, Zirkenbach, Hsnr. 45, als kraftlos erklärt worden.

64 Fulda, 13. 4. 1966

STÄDTISCHE SPARKASSE UND LANDESLEIHBANK FULDA
Der Vorstand

1253

Aufforderung: Herr Mustafa Cinar, 623 Frankfurt (Main)-Griesheim, Lager Holzmann hat die Kraftloserklärung des auf seinen Namen lautenden Sparkassenbuches Nr. 16-14864 beantragt.

Der oder die Inhaber des Sparkassenbuches werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

6 Frankfurt (Main), 14. 4. 1966

STADTSPARKASSE FRANKFURT AM MAIN

1254

Aufforderung: Die Nachgenannten haben die Kraftloserklärung der auf ihren Namen ausgestellten Sparkassenbücher beantragt: 1. Herbert Nolte, Hofgeismar, Sparkassenbuch Nr. 4.662, 2. Ella Feuerstack, Gottsbüren, Sparkassenbuch Nr. 19.435, 3. Hans-Jörg Henne, Hofgeismar, Sparkassenbuch Nr. 26.069, 4. Bärbel Pahnke, Hofgeismar, Sparkassenbuch Nr. 26.241, 5. Sofie Rätzel, Hofgeismar, Sparkassenbuch Nr. 26.444, 6. Friedchen Cramme, Liebenau, Sparkassenbuch Nr. 106.

Die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

352 Hofgeismar, 12. 4. 1966

Kreissparkasse Hofgeismar
Der Vorstand

Öffentliche Ausschreibungen

1255

Ingenieurleistungen zu vergeben

Auringen: Bei der Gemeinde Auringen sind die Ing.-Leistungen für Tiefbau (Kanal, Wasser und Straßen) zu vergeben.

Der Investitionsplan der Gemeinde Auringen beträgt bis 1970 etwa 1,5 Mill. Als erste Maßnahme ist im Haushaltsplan 1966 der Ausbau der Wasserversorgung (Hochbehälter) mit DM 230 000,— vorgesehen.

Interessenten, die nachweislich für solche Ing.-Arbeiten befähigt sind, wollen ihre Interessen innerhalb 14 Tagen nach Erscheinen dieser Anzeige mitteilen.

6201 Auringen, 13. 4. 1966

Der Gemeindevorstand:
gez. W a g e n f ü h r
Bürgermeister

1256

Bad Hersfeld: Die Bauleistungen für den Neubau der Schwalmbrücke im Zuge der Teilumgehungsstraße Treysa, B 454 in Treysa, Krs. Ziegenhain, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.

- ca. 1 800 cbm Erdarbeiten
- ca. 1 700 cbm Beton und Stahlbeton
- ca. 95 t Baustahl I, IIa, IIb, IVb und Spannstahl
- ca. 1 220 qm senkrechte Isolierung
- ca. 250 qm Isolierung Kupferriffelblech
- ca. 550 qm Mastixisolierung und sonstige Nebenarbeiten

Bauzeit: 210 Werktage

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen sind bis zum 28. 4. 1966 unter Beifügung der Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 20,— DM für zwei Ausfertigungen anzufordern. Der Betrag ist bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Ffm., Nr. 6753, unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin am 18. 5. 1966, um 11 Uhr, im Gebäude des Hessischen Straßenbauamtes Bad Hersfeld. Zuschlags- und Bindefrist 24. Juni 1966

643 Bad Hersfeld, 12. 4. 1966

Hessisches Straßenbauamt

1257

BAD HERSFELD: Die Bauleistungen für die Herstellung von Teppichbelägen auf Landesstraßen im Bauamtsbezirk Bad Hersfeld sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- A. L 3171 Ortsdurchfahrt Schenkklengsfeld
 - ca. 3 960 qm Sandasphalt zwischen Oberlengsfeld und Ransbach
- L 3172 ca. 3 900 qm Sandasphalt
- L 3159 Ortsdurchfahrt Bad Hersfeld
 - ca. 9 600 qm Sandasphalt zwischen Niedergrenzbach und Obergrenzbach
- B. L 3153 ca. 9 150 qm Sandasphalt
- C. L 3145 zwischen Dittershausen und Treysa
 - ca. 2 500 qm Sandasphalt

Bieter müssen die Bewerbungsunterlagen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen sind bis zum 3. 5. 1966 unter Beifügung der Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 5,— DM für zwei Ausfertigungen (zusammen A—C = DM 15,—) anzufordern. Der Betrag ist bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 6755 unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin am 11. Mai 1966, um 11.00 Uhr im Gebäude des Hessischen Straßenbauamtes Bad Hersfeld. Zuschlags- und Bindefrist: 21 Werktage.

643 Bad Hersfeld, 15. 4. 1966

Hessisches Straßenbauamt

1258

Darmstadt: Die Bauleistungen für den Um- und Ausbau der Bundesstraße Nr. 3 zwischen BAB-Kreuz Viernheim und Landesgrenze Baden bei Weinheim sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.

- ca. 400 000 cbm Erdbewegung (bauseitige Entnahme)
- ca. 130 000 qm Bodenverfestigung mit Zement
- ca. 140 000 qm bit Fahrbahndecke (bit. Unterbau, dopp. Binder, AFB)
- ca. 13 000 qm Betonrandstreifen 0,50 m breit, 0,30 bzw. 0,24 m hoch
- ca. 5 000 lfd. m Entwässerungsleitungen versch. Durchmesser und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit für die Hauptarbeiten: 270 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen sind bis 25. April 1966 anzufordern; sie werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 66,00 DM bis zum 29. April 1966 portofrei zugestellt. Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Darmstadt, Neckarstraße 3a, Postscheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 355 99 unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin am 18. Mai 1966, um 11.00 Uhr im Sitzungszimmer (Nr. 323/24) des Straßen-Neubauamtes Hessen-Süd, Darmstadt, Rheinstraße 19/21. Zuschlags- und Bindefrist: 30. Juni 1966.

61 Darmstadt, 13. 4. 1966

Straßen-Neubauamt Hessen-Süd
Darmstadt

1259

Dillenburg: Für die Anlage erhöhter Fußwege und Ausbau der ÖD. Sechshelden/Dillkreis sollen u. a. vergeben werden:

1 400 cbm Bodenaushub

- 440 t Hartsteinbrechsand 0/3
- 1 100 t Hartsteinsplitt 0/35
- 900 t Schotter 35/55
- 2 350 qm Asphaltbinder 0/25
- 2 450 qm Asphaltfeinbeton 0/3
- 725 m Betonhochbordsteine
- 725 m Betonhalbrinne
- 980 qm bit. Fußwegbefestigung

Bauzeit: 40 Werktage

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 5,— DM abgegeben. Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Dillenburg (Postscheckkonto Ffm. Nr. 6820) unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin: 10. Mai 1966, um 11.00 Uhr, im Hess. Straßenbauamt Dillenburg, Moritzstr. Zuschlags- und Bindefrist bis 7. 6. 1966.

634 Dillenburg, 15. 4. 1966

Hess. Straßenbauamt

1260

HANAU: Die Arbeiten für den Ausbau der Landesstraße Nr. 3271 von km 2,400 — km 7,700 zwischen Langenselbold und Kreisgrenze bei Niedergründau Kreis Hanau sollen in öffentlicher Ausschreibung vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- 2 000 t Bindemittel-Mineralgemisch 0/35 mm
- 300 t Bindemittel-Mineralgemisch 0/25 mm
- 1 300 t Asphaltbinder 0/18 mm
- 4,7 t Haftkleber
- 15 500 qm Asphaltfeinbeton 0/12 mm— 70 kg/qm
- 11 000 qm Bankette
- 8 100 lfd. m Gräben und verschiedene Nebenarbeiten.

Bauzeit: 40 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 8,— DM abgegeben. Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Hanau, Postscheckkonto 6752 Frankfurt (Main) zu Gunsten des Hess. Straßenbauamtes Hanau unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Die Unterlagen können ab Dienstag, den 28. April 1966 beim Hess. Straßenbauamt Hanau abgeholt werden.

Eröffnungstermin ist am Dienstag, den 10. Mai 1966 vorm. um 11.00 Uhr in vorstehendem Amt. Zuschlags- und Bindefrist: 18 Werktage.

645 Hanau, 18. 4. 1966

Hessisches Straßenbauamt

1261

WIESBADEN: Die Fahrhahnflückungen und Instandsetzungsarbeiten auf Landesstraßen im Bereich des Straßenbauamtes Wiesbaden, Rj. 1966, sollen in 6 Losen vergeben werden. (Los 1: SM Rüdesheim, Los 2: SM Bad Schwalbach, Los 3: SM Wiesbaden, Los 4: SM Limbach, Los 5: SM Hofheim, Los 6: SM Königstein).

Auszuführen sind:

- Lieferung und Einbau von insgesamt 340 t Straßenteer, 330 t Kaltasphalt, 5 600 t Basaltesplitt, 400 t Asphaltfeinbeton, 1000 t geteerte Splitte, 500 t Schotter, 160 t Bitukies sowie verschiedene Instandsetzungsarbeiten.

Bauzeit bis 31. 7. 1966.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 4,80 DM je Los ab 29. 4. 1966 abgegeben. Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Wiesbaden, Postscheckkonto Frankfurt/Main Nr. 6830 zu Gunsten des Hessischen Straßenbauamtes Wiesbaden unter Angabe des Kennwortes: „Flickarbeiten Land — Straba Wiesbaden“ einzuzahlen. (Abgabe der Unterlagen gegen Einzahlungsquittung).

Eröffnung: Im Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstraße 8, Zimmer 13, am 10. Mai 1966, um 10.30 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 15 Werktage.

62 Wiesbaden, 19. 4. 1966

Hessisches Straßenbauamt

1262

In der Gemeinde Weiskirchen Kreis Offenbach (Main) (rund 4000 Einwohner) ist ab 1. November 1966 die Stelle des

hauptamtlichen Bürgermeisters

neu zu besetzen.

Weiskirchen ist eine aufstrebende Industriegemeinde, die im Rahmen der Entwicklung des Unterraingebietes stark wachsen wird.

Die Amtszeit beträgt 6 Jahre. Im Falle der Wiederwahl gilt die Hessische Gemeindeordnung entsprechend, Amtsgehalt und Dienstaufwandsentschädigung richten sich nach der Gruppe W 4 des Gesetzes über die Bezüge der Wahlbeamten der Gemeinden und Landkreise vom 29. 10. 1953 in der derzeit gültigen Fassung. Bewerber müssen die für das Amt erforderliche Eignung besitzen und sollen nach Möglichkeit über Verwaltungserfahrung verfügen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, Lichtbild, Nachweis der bisherigen Tätigkeit, Zeugnisabschriften und Referenzen) sind bis zum 15. Mai 1966 einschließlich im verschlossenen Umschlag mit dem Kennwort „Bürgermeisterwahl“ an den Vorsitzenden des Bürgermeister-Wahlausschusses Bernd Kaweck, 6051 Weiskirchen (Kreis Offenbach/Main), Postfach 51, zu richten.

6051 Weiskirchen (Krs. Offenbach/Main), 15. 4. 1966

Der Gemeindevorstand

1263

In der Kreisstadt Rotenburg (Fulda) (rd. 9 000 Einwohner) ist zum 1. 1. 1967 die Stelle des

hauptamtlichen Bürgermeisters

neu zu besetzen Die Stadt Rotenburg (a. d. Fulda) ist ein landschaftlich sehr schön gelegener Luftkurort mit Fremdenverkehr und Garnisonstadt.

Die Amtszeit beträgt 6 Jahre; im Falle der Wiederwahl bis höchstens 12 Jahre.

Die Besoldung richtet sich nach der Gruppe W 6 des Gesetzes über die Bezüge der Wahlbeamten der Gemeinden und Landkreise vom 29. 10. 1953. (GVBl.) für das Land Hessen, Seite 172), in der zur Zeit gültigen Fassung.

Bewerber sollen nicht über 50 Jahre alt sein und müssen über umfassende und praktische Erfahrungen auf allen Gebieten der Kommunalverwaltung verfügen.

Schriftliche Bewerbungen mit Lichtbild, handgeschriebenen Lebenslauf, beglaubigten Zeugnisabschriften, Nachweis der bisherigen Tätigkeiten und Referenzen bitten wir bis zum 16. 5. 1966 an den Vorsitzenden des Ausschusses für die Vorbereitung der Bürgermeisterwahl, Herrn Stadtverordnetenvorsteher Helmut Ebert, 6442 Rotenburg (Fulda), Unter der Schanze 17, einzureichen.

Persönliche Vorstellungen nur nach besonderer Aufforderung.

6442 Rotenburg (Fulda), 13. 4. 1966

Der Wahlausschuss
der Stadtverordnetenversammlung
der Kreisstadt Rotenburg (Fulda)

PRILLER & KRAUS

BAUDEKORATION

Frankfurt am Main

Dlemelstraße 3

Telefon 77 90 07

Berater und Lieferer bei staatlichen und kommunalen Baumaßnahmen



SCHRÖDER-PLANUNG DIPL.-ING. HEINZ A. SCHRÖDER

Mit 200 qualifizierten Mitarbeitern führen wir für Sie aus:

Planung, Konstruktion und Bauleitung für Hoch- und Ingenieurbau, Tiefbau und Verkehr, Maschinen- und Elektrotechnik

ZENTRALE: 61 DARMSTADT · RHEINSTRASSE 22
Telefon 2 62 43 - 5 FS 04 - 189428



LOUIS BERGER GMBH. ARCHITEKTUR- UND INGENIEURBÜRO

Frankfurt/Main, Baseler Straße 46, Tel. 33 86 60 u. 33 86 70
Beratung · Planung · Bauleitung



WILHELM FIESELER OHG WIESBADEN

Adelheidstr. 21 · Tel.-Sa.-Nr. 3 94 11
Elektrotechnische Großhandlung seit 1914

Geb Brüder Sorg Holzbauwerke

Baracken-, Hallen-
und Fertighausbau

6391 Gemünden/Taunus

Kreis Usingen

Tel. Rod a. d. Weil 06083-341
oder 289

639 USINGEN/Ts. Tel. 06081-681

6292 WEILMONSTER/Ts.
Tel. 06472-247

H. Osterhagen

Tanküberprüfung

Tankreinigung

Kunststoffauskleidung

Frankfurt/M.,
Mainzer Landstraße 691
Ruf (06 11) 38 21 53

Ingenieurbüro

Dipl. Ing. Hans Kleinlogel

beratender Ingenieur VBI

Staatl. vereidigter Sachverständiger

Karlstraße 19 · DARMSTADT · Tel.: 70156

Ingenieurbüro Techna

Ing. Gesellschaft m. b. H.

Straßen — Brücken — Autobahnen

6 Frankfurt/Main

Adalbertstraße 18 · Telefon 70 33 25



1264

Im Rechtsamt des Main-Taunus-Kreises (rd. 153 000 Einwohner), Sitz Ffm.-Höchst, (Ortsklasse S), ist ab 1. Juli 1966 durch das Ausscheiden des jetzigen Stelleninhabers die

Stelle eines Kreisrechtsrates

zu besetzen.

Die Tätigkeit bietet ein weites, interessantes Arbeitsfeld. Die Besoldung erfolgt nach Bes. G. A 13 des Hess. Besoldungsgesetzes bzw. BAT III, wenn die beamtenrechtlichen Voraussetzungen noch nicht erfüllt sind.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild und Zeugnisabschriften werden bis 15. Mai 1966 erbeten an:

623 Frankfurt (Main)-Höchst, 14. 4. 1966

Kreisausschuß des Main-Taunus-Kreises
(623) Ffm.-Höchst
Postfach 82

1265

Bei der Kreisstadt Friedberg (Hessen) — Ortsklasse A — ist die

Stelle des Bauhofmeisters

zum 1. Juli 1966 neu zu besetzen. Es kommen nur solche Bewerber in Frage, die über die erforderlichen Fähigkeiten und Erfahrungen verfügen und die Leitung einer solchen Stelle mit rund 50 Bediensteten ordnungsgemäß übernehmen können.

Vergütung erfolgt nach Gruppe V c BAT.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, einem Lichtbild und beglaubigten Zeugnisabschriften werden bis 1. 6. 1966 an den Magistrat der Kreisstadt Friedberg (Hessen) erbeten.

636 Friedberg (Hessen), 15. 4. 1966

Der Magistrat
Rauter
Bürgermeister

Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Anstalten

Staats-Anzeiger

Jahrgang 1965

komplett in
Original-Einbanddecke
gebunden
zum Preise von DM 52,—
und Versandkosten
sofort lieferbar

Staats-Anzeiger

62 Wiesbaden

Wilhelmstraße 42

Bequeme Sitzbänke mit und ohne Rückenlehne
aus la Grauguß-Bankgestellen, schwarz lackiert, und 5 Sitzleisten in den
Farben Rot, Grün oder Gelb an gewerbli. Verbraucher u. Verwaltungen

Modell Paris
(mit Rückenlehne) DM 115,—

Modell Stuttgart
(ohne Rückenlehne) DM 92,—



EISENWERK WINNWEILER · 6752 Winnweiler 120
G. H. Krämer KG.

Lieferant für Verwaltungen, Behörden und Anstalten

HERRY BRECHT

Großhandelshaus für Heimtextilien

Frankfurt/Main, Große Friedberger Str. 33-35
Fernruf: Sa.-Nr. 2 01 51

Teppiche, Gardinen,
Möbel- und
Dekorationsstoffe,
Dekoplastik,
Matratzendreie

Frankfurt (Main)

Karl Reiszahn

Papier- und Buchhandlung · Schulbedarf
Bürobedarf

Wiesbaden Wellritzstraße 46 · Ruf 23307

TRIUMPH - BUROMASCHINEN

Büroeinrichtungen — Bürobedarf

Ernst Baums oHG., Gießen

Bahnhofstr. 26 Tel. Sa.-Nr. 7 10 96 Marburger Str. 15

Der Staatsanzeiger für das Land Hessen erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 660. Herausgeber: der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ltd. Ministerialrat Gemmer. für den übrigen Teil Paul Hartelt.
Verlag Verlag Kultur und Wissen GmbH., 62 Wiesbaden Postscheckkonto 6 Frankfurt/Main Nr. 143 60 Bankkonten: Bank für Gemeinwirtschaft 45 Mainz Nr. 78 326 Deutsche Effekten- und Wechselbank, 62 Wiesbaden Nr. 69 655 Druck Pressehaus Geisel Nachf. 62 Wiesbaden, Bahnhofstraße 43
Anzeigenannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger, 62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42 Ruf Sa.-Nr. 3 96 71 Fernschreiber 04-186 648
Preis von Einzelstücken: bis 32 Seiten Umfang DM 1,30 und DM —,25 Versandkosten bis 40 Seiten DM 2,— und DM —,30, bis 48 Seiten DM 2,30 und DM —,40 über 48 Seiten DM 2,50 und DM —,40. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages
Anzeigenschluß: 7 Tage vor Erscheinen. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 5 v. 1. 1. 1966. Umfang dieser Ausgabe 28 Seiten.

Wohnungsbaurichtlinien 1965

Im Sonderdruck des StAnz. sind folgende Erlasse und Verordnungen zusammengefaßt:

Förderung des sozialen Wohnungsbaues in Hessen durch öffentliche Mittel — Wohnungsbaurichtlinien 1965 —

Bestimmungen für die Übernahme von Bürgschaften zur Förderung des Wohnungsbaues sowie der Instandsetzung und Modernisierung von Wohngebäuden im Lande Hessen (Bürgschaftsbestimmungen 1962)

Hessische Verordnung zur Durchführung des Wohnungsbindungsgesetzes 1965 (WoBindVO) vom 15. Oktober 1965

Hessische Verordnung zur Durchführung des Dritten Bundesmietengesetzes

Richtlinien über die Regelung des Verfahrens zur Durchführung des Gesetzes zur Sicherung der Zweckbestimmung von Sozialwohnungen (Wohnungsbindungsgesetz 1965 — WoBindG 1965) vom 24. August 1965 (BGBl. I S. 954 — Wohnungsbindungsrichtlinien —)

Mietregelung nach §§ 8 und 29 des Gesetzes zur Sicherung der Zweckbestimmung von Sozialwohnungen (WoBindG 1965) vom 24. August 1965 (BGBl. I S. 954 ff.) und des § 6 des Dritten Bundesmietengesetzes vom 24. August 1965 (BGBl. I S. 971 ff.)

Richtlinien über die Gewährung von staatlichen Wohnungsfürsorgemitteln im Lande Hessen (WF-Richtlinien 1965) vom 25. August 1965. StAnz. S. 1279. mit Ergänzung vom 15. Dezember 1965. StAnz. 1966 S. 16

Ablösung von staatlichen Arbeitgeberdarlehen vom 3. September 1964. StAnz. S. 1214. mit Änderung vom 21. Dezember 1965. StAnz. 1966 S. 72

er 48 Seiten umfassende Sonderdruck wird zum Stückpreis von DM 2.50 und DM -40 Verpackungs- und Versandkosten. liefert Einzahlungen mit genauem Bestellvermerk auf das Postscheckkonto des Verlages.

Bei schriftlicher Bestellung von mehr als 10 Exemplaren erfolgt Lieferung auf Rechnung zum ermäßigten Preis.

Verlag Kultur und Wissen GmbH

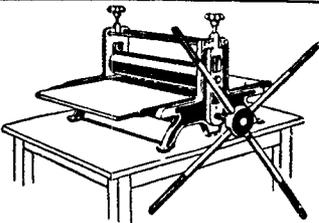
Wiesbaden. Wilhelmstraße 42

Postscheckkonto Frankfurt/M., Nr. 143 60

Lieben Sie gutes Brot?

Böckenhaimer





Wenzel-Pressen
Bestens bewährt für Druck von Linol- und Holzschnitt und von Radierungen

PAUL WENZEL
6112 Groß-Zimmern, Ritterseestr. 40/II

Wer seine Gesundheit liebt, trinkt

auf alle Fälle

Hessen Quelle

ein wertvolles Mineralwasser aus Bad Vilbel



Linnenfohl

DUROMA KAFFEE

mit **kofrosta** GARANTIE

Stätten gepflegter Gastlichkeit

HOTEL NASSAUER HOF, Wiesbaden

Führendes Haus.

250 Betten, 150 Privatbäder mit Thermalwasseranschluß, Restaurant, Bar, Konferenzräume für 10—150 Personen, Großgarage und Tankstelle im Hause, Fahrer-Zimmer.

Telefon: 3 96 81, Fernschreiber 04/186 847.

HOTEL ROSE, WIESBADEN



Weltbekanntes Haus — Jeder Komfort Thermalbadehaus mit allen medizinischen Bädern

Tel. 3 95 91 - Tel.-Adr. Rosotel - Fernschr. 04-186 815 die gemütliche „ROSE-STUBE“ mit direktem Eingang vom Kranzplatz

Schloß-Hotel „Grüner Wald“



u. Schloßrestaurant, Wiesbaden, Marktstr. 10

Tel.-Sammel-Nr. 3 95 11 · Telex 04 186-719

Inhaber Erich Köhler

Das gediegene und komfortable Haus in zentraler Lage, 150 Betten, Konferenz- und Ausstellungsräume für Familienfeste und Tagungen. Gute Parkmöglichkeiten. Internationale Küche.

TAUNUS-HOTEL

Rheinstraße 17—21, Tel. 3 97 91, an der Rhein-Main-Halle

150 Betten · 50 Bäder

Restaurant und Hubertusklausen

7 Konferenz- und Ausstellungsräume, Garagen, Parkpl.

BÄREN-HOTEL, Restaurant und Badhaus

Eigene Thermalquelle, Pauschalkuren

Thermalbäder, Massagen für Passanten, alle Krankenkassen zugelassen

Inhaber: Familie Bödecker

BÄRENSTRASSE 3 · FERNSPRECHER 2 62 67 u. 2 92 21

Blum das moderne, vollklimatisierte Hotel
das international bekannte Café
das exquisite Restaurant
Seit 1878 in Familienbesitz

Wiesbaden,

Wilhelmstraße 44-46, Telefon 3 96 11, FS 04-186692

In Zuschriften an den Staats-Anzeiger bitte

Ihre Postleitzahl nicht vergessen!

aller Welt



Spezialisten für Öl



Endlich ein Dieselmotoren-Schmieröl, das Ihre Betriebskosten senkt:

DELVAC

1100 - 1200 - 1300

Sie, der wirtschaftlich denkende Verbraucher, verlangen ein vollendet ausgeglichenes Öl – einen Öltyp für alle Kraftstoffe, für alle Motorentypen, für alle Einsatzbereiche, für alle Ölwechsellvorschriften.

Wir, Mobil, erfüllen Ihre Forderungen mit DELVAC. DELVAC ist vollendet ausgeglichen. Wie unterschiedlich die Bedingungen Ihres Betriebes auch sind... welche Dieselmotorentypen Sie auch verwenden... welche Ölwechselvorschriften Sie auch einhalten müssen... welche Kraftstoffe Sie auch tanken

Das neue DELVAC

- gleicht sich extrem unterschiedlichen Betriebsbedingungen vollendet an
- schmiert Ihre Dieselmotoren rationeller ■ vereinfacht Ihre Lagerhaltung

Also: DELVAC senkt Ihre Betriebskosten!

Wir beraten Sie gern in allen Schmierungsfragen:
Mobil Oil A.G., 2 Hamburg 1, Steinstraße 5

MD - 139

DELVAC von



vollendet ausgeglichen